

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Heinrich August Winkler
Wie konnte es zum
30. Januar 1933 kommen?

Arno Klönne
Hitler-Jugend
und Jugendopposition
im Dritten Reich

Helga Grebing
Flucht vor Hitler?

Hans-Ulrich Wehler
30. Januar 1933 –
Ein halbes Jahrhundert danach

ISSN 0479-611 X

B 4-5/83
29. Januar 1983

Heinrich August Winkler, Dr. phil., geb. 1938; Studium der Geschichte, Philosophie, Politikwissenschaft und des Öffentlichen Rechts in Münster, Heidelberg und Tübingen; 1964—1972 Assistent und Professor an der Freien Universität Berlin; seit 1972 ordentlicher Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg i. Br.

Veröffentlichungen u. a.: Preußischer Liberalismus und deutscher Nationalstaat, Tübingen 1964; Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, Köln 1972; Revolution, Staat, Faschismus, Göttingen 1978; Liberalismus und Antiliberalismus, Göttingen 1979; Die Sozialdemokratie und die Revolution von 1918/19, Berlin 1980²; Hrsg.: Die große Krise in Amerika, Göttingen 1973; Organisierte Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge, Göttingen 1974; Nationalismus, Königstein 1978; Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945—1953, Göttingen 1979; Der Nationalismus als Weltproblem der Gegenwart, Göttingen 1982.

Arno Klönne, Dr. phil., geb. 1931, Professor für Soziologie an der Universität-Gesamthochschule Paderborn.

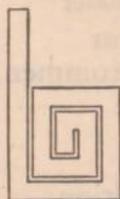
Veröffentlichungen u. a.: Sozialkunde der Bundesrepublik Deutschland (zusammen mit Dieter Claessens und Armin Tschoepe), Düsseldorf 1981¹¹; Die deutsche Arbeiterbewegung — Geschichte, Ziele, Wirkungen, Düsseldorf 1980; Jugend im Dritten Reich — Die Hitler-Jugend und ihre Gegner, Düsseldorf 1982.

Helga Grebing, Dr. phil., Dr. rer. pol. habil., geb. 1930, o. Prof. für Geschichte (Neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts) an der Universität Göttingen; Vorsitzende des Arbeitskreises „Geschichte des Landes Niedersachsen (nach 1945)“, Hannover/Göttingen.

Neuere Buchpublikationen: Der Revisionismus. Von Bernstein bis zum „Prager Frühling“, München 1977; gemeinsam mit Peter Pozorski u. Rainer Schulze: Die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland 1945—1949, Bd. 1 u. 2, Stuttgart 1980; Hrsg.: Fritz Sternberg. Für die Zukunft des Sozialismus, Köln 1981; Hrsg. u. a.: Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945—1949, erscheint Stuttgart 1983.

Hans-Ulrich Wehler, Dr. phil., geb. 1931; Studium der Geschichte und der Soziologie an den Universitäten Köln, Bonn, Athens/Ohio, USA; 1968—1970 Privatdozent in Köln; 1970/71 Professor an der Freien Universität Berlin; seit 1971 Professor für Allg. Geschichte an der Universität Bielefeld. 1972 Gastprofessor an der Harvard University, Cambridge/Mass.; 1976 an der Princeton University, Princeton/N. J.; 1983 an der Stanford University, Stanford/Cal., USA.

Veröffentlichungen: Sozialdemokratie und Nationalstaat, 1840—1914, 1962, 2. Aufl. 1971; Bismarck und der Imperialismus, 1919, 5. Aufl. 1983; Krisenherde des Kaiserreichs 1871—1918, 1970, 2. Aufl. 1979; Geschichte als Historische Sozialwissenschaft, 1973, 3. Aufl. 1980; Das deutsche Kaiserreich 1811—1918, 1973, 5. Aufl. 1983; Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus 1865—1900, 1974; Modernisierungstheorie und Geschichte, 1975; Historische Sozialwissenschaft und Geschichtsschreibung, 1980; Nationalitätenpolitik in Jugoslawien, 1980; Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik, 1982.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang, Holger Ehmke.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Wie konnte es zum 30. Januar 1933 kommen?

Keine Frage der deutschen Geschichte wühlt bis heute Deutsche wie Nichtdeutsche so auf wie die, warum Hitler am 30. Januar 1933 die Macht übernehmen konnte. Denn noch immer trägt die Welt an den Folgen dieses Tages. Ohne „Drittes Reich“ hätte es nach menschlichem Ermessen keinen Zweiten Weltkrieg, keinen Massenmord an den europäischen Juden und keine Teilung Deutschlands und Europas gegeben. Wäre Hitler nicht zwölf Jahre lang deutscher Reichskanzler gewesen — die Welt, in der wir leben, sähe anders aus. Selbst viele von denen, die später Hitlers Ras-

senwahn zum Opfer fallen sollten, konnten auch nach 1933 lange Zeit nicht glauben, daß im „Land der Dichter und Denker“ die Staatsgewalt eines Tages Verbrehen gigantischen Ausmaßes anordnen würde. Zwar hatte Hitler in „Mein Kampf“ weder an seinem Judenhaß Zweifel gelassen noch an seinem festen Willen, einen „Lebensraumkrieg“ gegen das bolschewistische Rußland zu führen. Aber für denkbar zu halten, daß aus den Tiraden eines politischen Pamphlets bitterer Ernst werden könnte — das überstieg das Vorstellungsvermögen der meisten Anhänger wie auch der meisten Gegner Hitlers.

Schutzbehauptungen und Anklagen

Nachdem alles vorüber war, setzten auf breiter Front Versuche ein, das kaum faßbare Geschehen zu deuten. Manche, vor allem solche, die vor 1933 für Hitler gestimmt hatten, gaben vor, der Nationalsozialismus sei die einzige Alternative zum Kommunismus gewesen. In Wirklichkeit hatte die KPD auf dem Höhepunkt ihrer Wahlerfolge, bei der Reichstagswahl vom 6. November 1932, ganze 16,9 Prozent der Stimmen erhalten. Andere sprachen entschuldigend vom „Dritten Reich“ als einem „Betriebsunfall“ der deutschen Geschichte. Hitler sei nur auf Grund der Massenarbeitslosigkeit und der allgemeinen Not an die Macht gekommen. Daran war wohl richtig, daß die Nationalsozialisten ohne die Weltwirtschaftskrise nicht zur Massenbewegung aufgestiegen wären. Aber in anderen Ländern, in den USA zum Beispiel, hatte die Krise ähnliche Ausmaße wie in Deutschland, und dennoch war das überkommene demokratische System dort niemals ernstlich bedroht.

Sehr verbreitet war nach 1945 die Ansicht, „Versailles“ sei an allem schuld — der Friedensvertrag von 1919 also, der Deutschland nicht nur mit Gebietsverlusten und der Pflicht zur Zahlung von Reparationen belastet hatte, sondern auch mit dem Makel, die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg zu tragen. Daß die deutsche Führung 1914 zur Auslösung des Ersten Weltkrieges tatsächlich entscheidend beigetragen hatte (wenn man auch

von einer „Alleinschuld“ nicht sprechen kann), wollte in Deutschland nach 1918 kaum jemand wahrhaben. Um so größer war die Empörung über die Sanktionen, mit denen die Alliierten und vor allem Frankreich ihre Forderungen an das besiegte Deutschland durchzusetzen versuchten — bis hin zur Ruhrbesetzung des Jahres 1923. Aber in den Jahren danach war Deutschland wieder weitgehend rehabilitiert worden. Das Vertragswerk von Locarno (1925) und der Eintritt in den Völkerbund (1926) waren Stationen des deutschen Wiederaufstiegs. Die Wunden von Versailles begannen allmählich zu verheilen.

Einige sozialdemokratische Gegner Hitlers machten zwei Geburtshelfer des Nationalsozialismus namhaft: „Versailles und Moskau“. Neben den Siegern des Ersten Weltkrieges müsse man den Kommunisten die Hauptschuld am Scheitern der Weimarer Republik geben. Daß die KPD durch ihren Kampf gegen die Sozialdemokraten (die „Sozialfaschisten“, wie sie seit 1929 polemisch genannt wurden) die Arbeiterbewegung und damit das Lager der Republikaner auf verhängnisvolle Weise geschwächt hat, steht außer Frage. Und auch daran ist nicht zu zweifeln, daß das kommunistische Versprechen, in Deutschland eine „Diktatur des Proletariats“ nach sowjetischem Vorbild zu errichten, manche Bürger in die Arme Hitlers getrieben hat. Aber eine zureichende Erklärung für den Erfolg Hitlers sind

die Aktivitäten und die Propaganda der Kommunisten nicht.

Aus der Sicht der Kommunisten war Hitlers Machtübernahme eine Machenschaft des Großkapitals. Der Faschismus sei, so erklärte das 13. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Dezember 1933 in einer prinzipiell bis heute maßgebenden Definition, „die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“¹⁾. Tatsächlich hatten einige führende Großunternehmer, vor allem der Schwerindustrie, die Nationalsozialisten finanziell gefördert; einige waren im Herbst 1932 auch brieflich beim Reichspräsidenten von Hindenburg vorstellig geworden, um Hitlers Ernennung zum Reichskanzler zu erreichen. Die Mehrheit der Großindustriellen

wünschte jedoch ein anderes Regime als das nationalsozialistische: Die Exportindustrie hätte es am liebsten gesehen, wenn die Präsidentschaftregierung Brüning länger bestanden hätte. Die meisten Schwerindustriellen betrachteten Franz von Papen als ihren Mann und zogen ihn infolgedessen als Kanzler Hitler vor. Für den Aufstieg der NSDAP waren die Beiträge der Mitglieder und Spenden der zahllosen Förderer aus der mittelständischen Industrie wichtiger als die Gelder des Großkapitals. Auf seine Ernennung zum Reichskanzler hatten Großindustrielle viel weniger Einfluß als Großgrundbesitzer aus den Ostprovinzen Preußens: Sie hatten das Privileg des direkten Zugangs zum Reichspräsidenten, ihrem Standesgenossen Paul von Hindenburg — und darauf kam in den letzten Monaten der Weimarer Republik alles an.

Der deutsche „Sonderweg“

Aber war Hitlers Aufstieg zur Macht überhaupt zu erklären, wenn man nur die Zeit zwischen 1918 und 1933 ins Auge faßte? Mußte man nicht viel tiefer in die Geschichte zurückgehen, um die „deutsche Katastrophe“ zu begreifen, von der 1946 der Historiker Friedrich Meinecke sprach?²⁾ Aus dem Ausland hatte man schon vor 1945 Stimmen gehört, die die Herrschaft Hitlers als logischen Endpunkt der deutschen Geschichte bezeichneten. Luther, Friedrich der Große und Bismarck wurden als Vorläufer des „Führers“ dargestellt, als Erzieher zu Untertanengeist, Militarismus und nationaler Überhebung. Wenn man derart groben und polemischen Deutungen das Feld nicht überlassen wollte, mußte man ihnen bessere entgegensetzen. Aber an der Frage, ob die deutsche Geschichte nicht doch schon vor langem eine Richtung genommen hatte, die von der Geschichte Westeuropas deutlich abwich — an dieser Frage war nach 1945 nicht länger vorbeizukommen.

Es gab viele unterschiedliche Antworten auf diese Frage. Manche Historiker, sowohl deutsche als auch angelsächsische, gingen bis in das hohe Mittelalter zurück — und in der Tat

ließ sich bereits damals so etwas wie eine deutsche „Sonderentwicklung“ feststellen: Während sich in Frankreich und England große Nationalstaaten unter *einem* König und mit *einer* Hauptstadt herausformten, entstanden in der Mitte Europas viele kleinere und mittlere Territorialstaaten. Im Zeitalter der Reformation wurden die Landesherrn der protestantischen Gliedstaaten des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation zu Verteidigern der neuen Konfession, und so bildete sich allmählich eine enge Bindung zwischen dem Landesherrn und seinen Untertanen heraus, die die Glaubenskriege des 16. und 17. Jahrhunderts überdauerte.

Mit dem, was sie für ihre Staaten taten, schnitten die deutschen Fürsten im europäischen Vergleich nicht schlecht ab. Im Gegenteil: Im ausgehenden 18. Jahrhundert galt der Herrscher des mittlerweile bedeutendsten deutschen Staates, König Friedrich II. von Preußen, auch in Frankreich und England als Musterbeispiel eines aufgeklärten Monarchen. In Preußen war eine Revolution, wie sie 1789 in Frankreich stattgefunden hatte, nicht zu erwarten. Durch rechtzeitige Reformen wurde die Unzufriedenheit im Volk soweit abgebaut, daß die Grundlagen des Staates nicht in Gefahr gerieten. Der Historiker Rudolf Stadelmann hat diesen Sachverhalt mit einer überraschend klingenden Bemerkung kommentiert. In einem Aufsatz über die tiefe-

¹⁾ Theo Pirker (Hrsg.), Komintern und Faschismus. Dokumente zur Geschichte und Theorie des Faschismus, Stuttgart 1965, S. 187.

²⁾ Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe, Wiesbaden 1946.

ren Ursachen der deutschen „Sonderentwicklung“ schrieb er: „Nicht die deutsche Reaktion, sondern der deutsche Fortschritt hat Deutschland gegenüber dem Westen zurückgeworfen“³⁾.

Was Stadelmann meinte, war dies: Kleinere Korrekturen von „oben“ hatten die Generalbereinigung überholter Zustände verhindert, und so konnten altertümliche Herrschaftsverhältnisse, von denen — um nur einige Beispiele zu nennen — Niederländer, Engländer und Franzosen sich längst getrennt hatten, in Deutschland bis ins 20. Jahrhundert hinein fortbestehen. Die Deutschen waren „das Volk ohne Revolution“. Um nochmals Stadelmann zu zitieren: „Der Mangel an Befreundung mit der Praxis und den Ideen der westeuropäischen Revolutionen, der Mangel an Erfahrung und Erziehung auf dem Feld der radikalen Abkehr von der absolutistischen Vergangenheit der neuen Jahrhunderte ist der eigentliche Pariastempel, der unserer Geschichte aufgeprägt ist seit etwa drei Generationen. Die Verfemung des deutschen Namens hat in dem Ausbleiben einer normalen revolutionären Pubertätskrise der deutschen Entwicklung ihre erste und wahrscheinlich wichtigste Wurzel.“⁴⁾

Als Stadelmanns Aufsatz erschien, schrieb man das Jahr 1948. Damals wurde in Deutschland der gescheiterten bürgerlichen Revolution gedacht, die vor genau hundert Jahren stattgefunden hatte. Diesen Versuch einer Auflehnung hatte es immerhin gegeben. Aber

konnten die Deutschen stolz darauf sein? Die gemäßigten Liberalen, die im ersten freigeählten deutschen Parlament, der Frankfurter Paulskirche, den Ton angaben, hatten diese Revolution nicht eigentlich gewollt; sie hatten sich ihr, nachdem der Funke der Rebellion von Frankreich aus den Rhein übersprungen hatte, nur angeschlossen. Viele von ihnen hatten innenpolitisch eng begrenzte Forderungen. In den Einzelstaaten sollten Verfassungen mit den Fürsten vereinbart werden; im neu zu gründenden Reich sollte sich der König von Preußen als deutscher Kaiser mit der Volksvertretung die Macht teilen.

Die Revolution scheiterte aber nicht nur daran, daß die Paulskirche keinerlei Machtmittel besaß, um den alten Gewalten ihren Willen aufzuzwingen. Es gab auch noch einen anderen, weniger sichtbaren Grund für den Mißerfolg der deutschen Revolution: Das übrige Europa hätte es nicht hingenommen, wenn die Männer der Paulskirche sich angeschickt hätten, ihre außenpolitischen Absichten in die Tat umzusetzen — und die waren viel weniger begrenzt als die innenpolitischen. Sie zielten auf die deutsche Hegemonie über ganz Mittel- und Südosteuropa. Das hätte eine Umwälzung der europäischen Machtverhältnisse bedeutet, und dagegen hätten sich Rußland und Frankreich, die schon den bescheiden erscheinenden Versuch einer „kleindeutschen“ Reichsgründung ohne Österreich mit äußerstem Mißtrauen verfolgten, aber auch England zur Wehr gesetzt.

Bismarcks „Revolution von oben“

Mit Bismarcks Reichsgründung von 1871 konnte sich Europa leichter abfinden. Dem preußischen Junker, der die Geschichte des neuen Deutschen Reiches leitete, nahm man es gemein hin ab, wenn er versicherte, Deutschland sei nun „saturiert“; es habe keinerlei Gebietsforderungen an andere Mächte. Er hatte die diplomatische Erfahrung, die den bürgerlichen Liberalen fehlte. Und die deutschen Liberalen selbst? Sie hatten durch Bismarcks Kriege — 1864 gegen Dänemark, 1866

gegen Österreich, 1870/71 gegen Frankreich — eines ihrer beiden großen Ziele erreicht: die Einheit Deutschlands. Dem anderen Ziel, der Freiheit, waren sie dagegen nicht sehr viel näher gekommen. Es gab zwar viele Reformen, die das liberale Bürgertum seit langem gefordert hatte: die Gewerbefreiheit und die Freizügigkeit, die Vereinheitlichung des Bankwesens, Gesetze zur Ausgestaltung des Rechtsstaates. Aber ein parlamentarisches Regierungssystem ähnlich dem englischen oder belgischen, wie es viele Liberale wünschten, lehnte Bismarck mit Erfolg ab. Er wollte die Zügel in der Hand behalten — vor allem in der Außenpolitik. Der Reichstag

³⁾ Rudolf Stadelmann, Deutschland und die westeuropäischen Revolutionen, in: ders., Deutschland und Westeuropa, Laupheim 1948, S. 28.

⁴⁾ Ebd., S. 14.

sollte auf die Rolle als Gesetzgeber beschränkt bleiben.

Ein Teil der Liberalen resignierte. Viele „Nationalliberalen“, wie sie sich seit 1866 nannten, hatten das Gefühl, sich übernommen zu haben: Einheit und Freiheit zugleich herzustellen, das hatte die Kräfte des Bürgertums überfordert. Und es war ja auch mehr als das, was sich die französischen Revolutionäre von 1789 zur Aufgabe gesetzt hatten: Der Nationalstaat, dem sie einen bürgerlichen Inhalt geben wollten, existierte in Frankreich längst.

Ein anderer Teil der Liberalen, der linke Flügel der Nationalliberalen und die Deutsche Fortschrittspartei, erkannte zwar Bismarcks historische Leistung als Reichsgründer an, weigerte sich aber, ihm unbedingte Gefolgschaft zu leisten. Diese Liberalen drängten weiter auf eine Machtverlagerung zugunsten des Reichstages, eine schrittweise Parlamentarisierung. In diesem Punkt waren sie mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die durch Bismarcks Sozialistengesetze der Jahre 1878 bis 1890 radikalisiert, aber nicht vernichtet wurde, einer Meinung. Für große Teile des Bürgertums war freilich gerade der Aufstieg der Sozialdemokratie ein Grund, nach rechts zu rücken. Vor einer Bewegung, die sich selbst „revolutionär“ nannte, konnte das Bürgertum nicht durch den Reichstag, sondern nur durch Militär und Polizei geschützt werden — so dachten viele. Das katholische Zentrum, das von Bismarck im „Kulturkampf“ den „Reichsfeinden“ zugezählt worden war, zog taktisches Lavieren einem klaren Bekenntnis zur Parlamentarisierung des Kaiserreiches vor. Die Anhänger des parlamentarischen Systems im Bürgertum blieben daher vor 1914 in der Minderheit.

„Revolutionen machen in Preußen nur die Könige“, hatte Bismarck einmal gesagt⁵⁾. Seinem eigenen Werk bescheinigten Altkonservative, Liberale und Sozialisten in seltener Eintracht revolutionäre Züge. „Revolutionär“ war die Enthronung deutscher Fürsten, die der Ver-

größerung Preußens im Weg standen; „revolutionär“ war die Durchsetzung der deutschen Einheit im Krieg gegen Frankreich; „revolutionär“ war die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für Männer — 1867 im neu geschaffenen Norddeutschen Bund, 1871 im Deutschen Reich, nicht jedoch in Preußen, wo weiterhin das besitzfreundliche Dreiklassenwahlrecht galt.

Aber Bismarcks Revolution war eine Revolution von oben. Bismarck modernisierte den Obrigkeitsstaat, indem er ihm durch das allgemeine Reichstagswahlrecht eine neue populäre Basis gab. Die politische Macht indessen ging nicht vom Volk aus, sondern vom Kaiser, der zugleich König von Preußen war. Preußens alte Herrschaftsschicht, der Grund- und Militäradel, blieb in einer privilegierten Position. Die Rittergutsbesitzer und die Generalität übten mehr politischen Einfluß aus als das wirtschaftlich so erfolgreiche Bürgertum — von der Arbeiterschaft ganz zu schweigen. Deutschland blieb ein Obrigkeitsstaat, bis der Reichstag, wenige Wochen vor dem Ende des Ersten Weltkrieges, im Oktober 1918, durch eine Verfassungsänderung den Reichskanzler vom Vertrauen des Reichstages abhängig machte und damit das parlamentarische System einführte.

Die Reichstagsmehrheit, die diesen einschneidenden Beschluß faßte, kam nicht aus freien Stücken zustande. Sie handelte unter dem Druck jener Obersten Heeresleitung, die sich bisher immer gegen eine Erweiterung der Parlamentsrechte gewehrt hatte. Aber im Herbst 1918 war auch General Ludendorff, dem „starken Mann“ der deutschen Generalität, klargeworden, daß der Krieg für Deutschland verloren war. Die Verantwortung für die Folgen wollte er jener Reichstagsmehrheit aus Sozialdemokraten, Linksliberalen und katholischem Zentrum zuschieben, die sich im Juli 1917 für einen Verständigungsfrieden ausgesprochen und damit, wie Ludendorff es darstellte, die Moral der Truppe untergraben hatte. Die Parlamentarisierung Deutschlands begann mit einer Dolchstoßlegende.

Die umstrittene Revolution von 1918/19

Aber die letzte „Revolution von oben“ kam zu spät, um die Revolution von unten noch zu

verhindern. Als Ende Oktober 1918 die Marineleitung, ohne von der Regierung in Berlin autorisiert zu sein, der Flotte den Befehl zum Auslaufen gegen England gab, wurde für jedermann sichtbar, daß die Parlamentarisie-

⁵⁾ Fürst Otto von Bismarck, Die gesammelten Werke, Berlin 1924ff., Bd. 8, S. 459.

rung nur auf dem Papier stand und sich an den tatsächlichen Machtverhältnissen nichts geändert hatte. Nur so ist es zu erklären, daß aus der Kieler Matrosenmeuterei binnen weniger Tage eine revolutionäre Erhebung in ganz Deutschland wurde — die „Novemberrevolution“.

In den Diskussionen über die Frage, wie es zum 30. Januar 1933 kam, spielt die Revolution von 1918/19 eine herausragende Rolle. War die Gründungsphase der Weimarer Republik nicht die Zeit, in der es geradezu einzigartige Chancen gab, mit dem Erbe des Obrigkeitsstaates zu brechen und den Grund für ein anderes, ein demokratisches Deutschland zu legen? Und wenn dem so war, woran lag es, daß diese Chancen nicht genutzt wurden und viele Überreste des Obrigkeitsstaates das Kaiserreich überlebten?

Die Historiker streiten bis heute über diese Fragen. Eine Richtung argumentiert, es sei 1918/19 um eine klare Alternative gegangen: proletarische Diktatur oder parlamentarische Republik. Hätte man die Revolution weitergetrieben bis zur völligen sozialen Umwälzung, so wäre dies nur im Bund mit Kommunisten und radikalen Linkssozialisten möglich gewesen und hätte in einer „Diktatur des Proletariats“ nach russischem Vorbild geendet. Wollte man aber die parlamentarische Republik, so mußte man sich mit konservativen Kräften wie dem alten Offizierskorps verbünden und den Versuch der sozialen Revolution niederschlagen.

Eine zweite Richtung widerspricht dieser These mit Nachdruck. Die Alternative zur „Weimarer Lösung“, dem Kompromiß zwischen den Sozialdemokraten und den alten Gewalten in Militär, ziviler Bürokratie und Unternehmertum, habe schon deswegen nicht im Kommunismus liegen können, weil dieser in den ersten Monaten nach Kriegsende noch gar keine Massen hinter sich hatte. Vielmehr sei es um einen „dritten Weg“, um grundlegende Veränderungen der überkommenen Machtverhältnisse gegangen — Veränderungen, die mit Hilfe der anfangs überwiegend sozialdemokratisch orientierten Rätebewegung durchzusetzen gewesen wären, wenn die Führer der Sozialdemokraten dies nur gewollt hätten.

Der Streit zwischen beiden Richtungen ist noch nicht abgeschlossen. Aber in einigen Punkten hat sich doch so etwas wie eine vorwiegende Meinung herauskristallisiert:

Erstens: Die regierenden Sozialdemokraten kamen, wenn sie kein Chaos heraufbeschwören wollten, an einer begrenzten Zusammenarbeit mit Trägern des alten Regimes nicht vorbei.

Zweitens: Das Ausmaß dieser Zusammenarbeit und damit der politischen und sozialen Kontinuität zwischen Kaiserreich und Republik war erheblich größer, als es die Situation erforderte. Mit anderen Worten: Die Sozialdemokraten hätten bei stärkerem Gestaltungswillen mehr verändern können und weniger bewahren müssen.

Drittens: Die Unterlassungen der ersten Stunde wurden zu einer schweren Belastung der jungen Demokratie. Aber ohne ein genaues Studium der folgenden vierzehn Jahre läßt sich daraus nicht schon der Schluß ableiten, daß der 30. Januar 1933 unvermeidbar war.

Die deutsche Revolution von 1918/19 war die erste Revolution in einer hochindustrialisierten Gesellschaft. Das erklärte zu einem guten Teil ihren Verlauf. Die klassischen Revolutionen des Westens — die englische des 17. Jahrhunderts, die amerikanische von 1776 und die französische von 1789 — hatten alle vor der Industriellen Revolution stattgefunden. Solange der Staat vor allem als „Nachwächter“ in Erscheinung trat, wie es der Ökonom Adam Smith einmal überspitzt ausgedrückt hat, war es verhältnismäßig einfach, die Inhaber der politischen Gewalt durch eine Volksrevolution zu stürzen. Selbst in einem autoritären Polizeistaat mußte ein revolutionäre Auswechslung der Machthaber nicht notwendig ein soziales und wirtschaftliches Chaos zur Folge haben — nämlich dann nicht, wenn die Gesellschaft noch überwiegend in der Landwirtschaft tätig war, also zu einem großen Teil aus Selbstversorgern bestand. In einer solchen Lage befand sich Rußland auch noch zur Zeit der Oktoberrevolution von 1917.

In einer hochindustrialisierten Gesellschaft ist die Situation völlig anders. Die Mehrheit der Bevölkerung ist von den Dienstleistungen des Staates und der Kommunen so existentiell abhängig, daß ein Zusammenbruch des öffentlichen Dienstes unvermeidlich das Leben der Gesellschaft insgesamt lähmen muß. Je höher entwickelt eine Gesellschaft ist, desto größer ist auch ihr Bedarf an Kontinuität — vor allem im Bereich der täglichen Daseinsvorsorge.

Die Angst Friedrich Eberts und der anderen sozialdemokratischen Volksbeauftragten — der Revolutionsregierung zwischen November 1918 und Januar 1919 —, eine radikale Revolution werde Deutschland in ein allgemeines Chaos stürzen, ist nur auf diesem Hintergrund zu verstehen. Deutschland war ein hochindustrialisiertes Land, es brauchte ein erhebliches Maß an alltäglicher Kontinuität. Ebert und seine Freunde setzten daher auf die Mitarbeit der alten Beamten, auf die Mithilfe des hohen Offizierskorps, die man für die geordnete Heimführung von Millionen Soldaten benötigte, und auf das Zusammenspiel zwischen Gewerkschaften und Unternehmern.

Sich selbst sahen die sozialdemokratischen Volksbeauftragten eher als Konkursverwalter des alten Regimes denn als Gründerväter einer Demokratie. So schnell wie möglich demokratische Wahlen zu einer Verfassungskgebenden Deutschen Nationalversammlung herbeizuführen, um der Republik ein demokratisches Mandat und damit politische Legitimität zu geben: das war die Linie der Mehrheitssozialdemokraten. Die Unabhängigen Sozialdemokraten, die sich im Krieg von der alten Partei aus Protest gegen die Bewilligung von Kriegskrediten getrennt hatten und die vom 9. November bis Ende Dezember 1918 mit im „Rat der Volksbeauftragten“ saßen, waren anderer Ansicht: Sie wollten vor der Wahl einer Nationalversammlung einige durchgreifende Reformen durchführen — den Aufbau eines demokratischen Militärwesens etwa und die Sozialisierung des Steinkohlebergbaus —, um der Republik ein solides soziales Fundament zu geben.

Die große Mehrheit der Bevölkerung war für baldige Wahlen zur Nationalversammlung. Deutschland hatte die Erfahrung von einem halben Jahrhundert eines allgemeinen und gleichen Reichstagswahlrecht hinter sich. Eine „Diktatur des Proletariats“ nach russischem Vorbild erschien auch den meisten Arbeitern nicht als Gewinn an Freiheit, sondern als historischer Rückschritt. Auf dem ersten Kongreß der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte, der Mitte Dezember 1918 in Berlin stattfand, war nur eine kleine Minderheit für die Alleinherrschaft der Räte. Die überwältigende Mehrheit wollte die Wahlen zur Nationalversammlung zu einem möglichst frühen Termin. Sie wurden auf den 19. Januar 1919 festgesetzt.

Aber weder der frühe Wahltermin noch der Grad der industriellen Entwicklung können

voll erklären, warum sich 1918/19 an den gesellschaftlichen Machtverhältnissen in Deutschland so wenig änderte. Ebert und seine Freunde sahen nur die Gefahren, die der jungen Republik von links drohten, die Gefahren von rechts unterschätzten sie. Sie vertrauten darauf, daß die Oberste Heeresleitung ein loyaler Partner der neuen Regierung sein würde — auch bei der Bekämpfung von linksradikalen Umsturzversuchen, wie man sie, nicht ohne Grund, befürchtete. Aber die alten Militärs wollten den Staat nach ihrem Bild gestalten und die Revolution, soweit es ging, rückgängig machen. Es geschah nichts, um diese Pläne zu durchkreuzen. Republikertreue Offiziere, die es auch gab, wurden nicht ermutigt. Der Aufbau einer neuen demokratischen Volkswehr blieb in Ansätzen stecken — dies freilich nicht nur auf Grund mangelnder Energie der Volksbeauftragten, sondern auch weil viele sozialdemokratische Arbeiter davor zurückscheuten, sich in einen „Bruderkampf“ mit kommunistischen und anderen linksradikalen Arbeitern verstricken zu lassen.

Die regierenden Sozialdemokraten wußten, daß es unter den hohen Beamten — vor allem in den östlichen Provinzen Preußens — und unter den Richtern zahlreiche Anhänger des alten Regimes gab, die der Republik in unverhohlener Feindschaft gegenüberstanden. Aber sie blieben alle im Amt und bekamen so die Möglichkeit, den neuen Staat von innen heraus auszuhöhlen.

Aus der Zeit des Kaiserreiches wußte man auch, daß zu den entschiedensten Gegnern einer Demokratisierung Deutschlands die ostelbischen Rittergutsbesitzer gehörten. Stets hatten sie die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts und die Parlamentarisierung des Reiches bekämpft. Aber ihre Macht wurde 1918/19 kaum angetastet. Im März 1920 bildeten sie die Reservearmee der schwarzweißroten Putschisten um den ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Kapp und den General Lüttwitz.

Schließlich war aus der Zeit vor 1914 bekannt, daß die meisten Schwerindustriellen den Standpunkt des „Herrn im Haus“ nicht nur innerhalb des Betriebs vertraten, sondern auch auf die Politik übertrugen: Deutschland sollte ein autoritärer Obrigkeitsstaat bleiben und daher keinen Schritt in Richtung Demokratie tun. Von daher hatte die Forderung nach einer Sozialisierung des Steinkohlebergbaus, wie sie seit der Jahreswende 1918/19 in

zunehmendem Maß von den Bergleuten des Ruhrgebiets erhoben wurde, vor allem einen politischen Sinn: Es galt, den antidemokratischen Kräften einen wichtigen gesellschaftlichen Rückhalt zu nehmen.

Aber die Sozialdemokraten im Rat der Volksbeauftragten und in der ersten Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, die nach der Wahl zur Nationalversammlung gebildet wurde, fürchteten, eine Änderung der Eigentumsverhältnisse im Steinkohlebergbau könne leicht zum Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens führen, das auf eine hinreichende Versorgung mit Kohle dringend angewiesen war. Dazu kam die Sorge, die Alliierten würden sozialisierte Betriebe als Faustpfänder für deutsche

Reparationsleistungen in Beschlag nehmen. So unterblieb die Sozialisierung des Kohlebergbaus. Die Radikalisierung eines erheblichen Teils der deutschen Arbeiter geht vor allem auf die Enttäuschung hierüber zurück.

Es war nicht so, daß die Regierenden der frühen Republik ihre Entscheidungen leichtfertig getroffen hätten. Fast immer konnten sie gewichtige Gründe zugunsten dessen ins Feld führen, was sie taten oder unterließen. Sie konzentrierten sich ganz darauf, die unmittelbaren Nöte des Tages zu bewältigen. Dieser Aufgabe entledigten sie sich eindrucksvoll. Die andere Aufgabe, die sich ihnen stellte, war die vorsorgliche Sicherung der parlamentarischen Demokratie. Und diese Aufgabe wurde kaum gesehen — geschweige denn gelöst.

Der labile Parteienstaat

Vorbelastungen erwachsen der jungen Republik nicht nur aus den Entscheidungen der revolutionären Übergangsperiode zwischen dem Sturz der Monarchie am 9. November 1918 und der Wahl der Nationalversammlung am 19. Januar 1919. Eine Vorbelastung bildete auch, so paradox es klingt, ihr Grundgesetz — die Weimarer Reichsverfassung, die am 11. August 1919 von der Nationalversammlung verabschiedet wurde. Gewiß: Wegen der Grundrechte, die sie den Deutschen gewährte, konnte man sie als die freieste Verfassung der Welt feiern. Aber zu den Freiheiten, die in ihr verankert waren, gehörte auch die Freiheit, die demokratische Republik auf legale Weise, nämlich durch Mehrheitsentscheidung, abzuschaffen.

Und es gab innerhalb dieser Verfassung noch eine Art „Reserveverfassung“: Der Reichspräsident, der direkt vom Volk auf sieben Jahre zu wählen war, konnte unter bestimmten — oder vielmehr: ziemlich unbestimmten — Bedingungen als Ersatzgesetzgeber an die Stelle des Reichstags treten. Der vielzitierte Artikel 48 der Reichsverfassung, auf den sich der Reichspräsident beim Erlaß von Notverordnungen stützen konnte, war von der Nationalversammlung als Vorkehrung für den Krisenfall gedacht. Gab es keinen handlungsfähigen Reichstag, so fiel dem Staatsoberhaupt eine nahezu diktatorische Machtfülle zu. Aber die bloße Möglichkeit einer Präsidialregierung förderte den Hang der Parteien, sich der politischen Verantwortung zu entziehen.

Schon unter dem ersten — noch von der Nationalversammlung gewählten — Reichspräsidenten Friedrich Ebert wurde vom Artikel 48 ein ausgiebiger Gebrauch gemacht — oft nur im Sinne einer beschleunigten Gesetzgebung in dringenden Fragen der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Voll sichtbar wurden die Gefahren, die im Artikel 48 lagen, erst sehr viel später, in der Endphase der Weimarer Republik. An der Spitze des Staates stand damals kein überzeugter Demokrat. Im kaiserlichen Feldmarschall Paul von Hindenburg, der 1925 zum Nachfolger des verstorbenen Sozialdemokraten Friedrich Ebert gewählt worden war, erblickten viele Deutsche einen „Ersatzkaiser“. Die Verfassungsväter hatten in ihrer Mehrheit eine solche Lösung wohl nicht gewünscht, aber sie haben sie ermöglicht.

Hatte Weimar angesichts solcher innerer Vorbelastungen — von den äußeren ganz zu schweigen — überhaupt eine Chance, sich zu einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie zu entwickeln? Die Antwort kann nur lauten: *Wenn* sich die Parteien, die für eine parlamentarische Mehrheitsregierung gebraucht wurden, so verhielten, wie es das parlamentarische System verlangte, dann ja. Aber hier eben lag die Schwierigkeit. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 hatten die beiden sozialdemokratischen Parteien zusammen keine Mehrheit erhalten; deshalb war eine Koalition zwischen SPD, Zentrum und Deutscher Demokratischer Partei notwendig geworden. Diese „Weimarer

Koalition" verfügte über eine solide Mehrheit. Aber bei den Reichstagswahlen vom Juni 1920, wenige Monate nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch, verlor sie die Mehrheit. Seitdem war die einzig denkbare Form einer Mehrheitsregierung eine „Große Koalition“, die außer den Parteien der „Weimarer Koalition“ auch Stresemanns Deutsche Volkspartei (DVP) umfaßte — eine rechtsliberale, ihrem Programm nach auf die parlamentarische Monarchie festgelegte Partei. Da die SPD eine Zusammenarbeit mit dieser Partei für unzumutbar hielt, regierten zunächst Minderheitskabinette, an denen einmal die DVP, ein andermal die SPD beteiligt war. Erst im Krisenjahr 1923 kam es zu einer kurzlebigen Großen Koalition unter der Kanzlerschaft Gustav Stresemanns.

Auch in den „goldenen Jahren“ der Republik zwischen 1924 und 1928 regierten meistens bürgerliche Minderheitsregierungen, mitunter auch rechte Mehrheitsregierungen, in denen die monarchistische Deutschnationale Volkspartei Minister stellte. Die SPD beteiligte sich erst 1928 wieder an der Reichsregierung, dem Kabinett der Großen Koalition unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller. Es zerbrach im März 1930, einige Monate nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, am Streit um die Arbeitslosenversicherung.

Von einer wirklichen politischen Stabilität konnte in der Weimarer Republik niemals die Rede sein. Woran lag das? Einmal daran, daß die Deutsche Volkspartei dem parlamentarischen System skeptisch bis ablehnend gegenüberstand und zu Kompromissen mit den Sozialdemokraten, vor allem in sozialpolitischen Fragen, nur sehr schwer zu bewegen war. Zum anderen gab es auch in der SPD, seit sie sich 1922 mit den Unabhängigen Sozialdemokraten wieder zu einer Partei vereinigt hatte, eine starke linke Strömung, die eine Koalition mit bürgerlichen Parteien und vor allem mit der unternehmerfreundlichen DVP grundsätzlich ablehnte. Infolgedessen zog die Par-

teiführung, die die Einheit der SPD nicht aufs Spiel setzen wollte, die „Tolerierung“ einer bürgerlichen Regierung in der Regel der eigenen Machtbeteiligung vor. Dazu kam die Angst, durch Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien Wähler an die Kommunisten zu verlieren. Da die deutsche Wirtschaft in den Jahren der Weimarer Republik sich in einer Phase der „relativen Stagnation“ befand, war es sehr schwierig, die gegensätzlichen Interessen von Unternehmern und Arbeiterschaft auszugleichen. Zuwächse gab es kaum zu verteilen — und das spiegelte sich in den politischen Konflikten zwischen den Flügelparteien der Großen Koalition wider.

Das Zerbrechen der Großen Koalition Ende März 1930 bedeutete das Ende des parlamentarischen Regierungssystems überhaupt. Vordringlich fiel der SPD die Schuld an der Aufkündigung des Parteienbündnisses zu. Die Sozialdemokraten hatten eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 3,5 auf 4 Prozent des Lohnes verlangt, die DVP dagegen eine Senkung der Leistungen. Ein vom Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Heinrich Brüning, in letzter Stunde vorgelegter Kompromißvorschlag, der die Entscheidung in der Hauptsache vertagte, erhielt die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien und — mit Ausnahme des Arbeitsministers — auch die der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder. Aber die sozialdemokratische Reichstagsfraktion entschied sich, gedrängt vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, gegen den Kompromiß und damit gegen die Große Koalition.

Die Tage dieses letzten parlamentarischen Kabinetts der Weimarer Republik wären aber ohnehin gezählt gewesen. Reichspräsident und Reichswehr, Unternehmerverbände und Deutsche Volkspartei strebten seit langem auf eine vom Reichstag weitgehend unabhängige Präsidialregierung zu, und daß die SPD die Verantwortung für den Bruch der Großen Koalition übernahm, konnte diesen Kräften nur willkommen sein.

Der Präsidialstaat: eine Alternative?

Unter den Historikern gibt es keine einheitliche Meinung darüber, ob die Weimarer Republik als Präsidialsystem eine echte Überlebenschance hatte. Manche Geschichtsforscher rechtfertigen die Politik Heinrich Brünings —

des ersten Reichskanzlers, der ausschließlich mit Notverordnungen nach Artikel 48 regierte — als unter den gegebenen Umständen unvermeidbar. Aus dieser Sicht war eine gemäßigte, von der Reichstagsmehrheit tole-

rierte Präsidialregierung die einzig verbliebene und zugleich entwicklungsfähige Alternative zum gescheiterten parlamentarischen System.

Andere Historiker sehen in der Kanzlerschaft Brünings den Beginn eines verhängnisvollen Prozesses, der mit innerer Notwendigkeit zur Machtübernahme Hitlers führte. Brüning's rigorose Sparpolitik sei ein Rückfall in den autoritär-bürokratischen Regierungsstil des Kaiserreichs gewesen; sie habe die wachsende Radikalisierung der Massen als Preis für die erhoffte Gesundung der deutschen Wirtschaft bewußt hingenommen und damit den Aufstieg der NSDAP, der Partei Hitlers, direkt gefördert.

Die Wendung zum Präsidialsystem war spätestens von dem Augenblick an vorgezeichnet, als sich herausstellte, daß die bürgerliche Minderheitsregierung Brüning weder von den Sozialdemokraten noch von den Deutschnationalen toleriert werden würde. Das war im Juli 1930 der Fall. Brüning's erste Notverordnung datiert vom 16. Juli. Das Verlangen des Reichstags, die Verordnung aufzuheben, wurde vom Reichspräsidenten mit der Auflösung der Volksvertretung beantwortet. Die Neuwahl am 14. September 1930 verhalf den Nationalsozialisten zum ersten großen Durchbruch auf Reichsebene: Die Zahl ihrer Mandate stieg von 12 auf 107. Erst nach dieser Wahl entschied sich die SPD für die Tolerierung Brüning's im Sinne einer Politik des „kleineren Übels“.

Zugunsten seiner eisernen Sparpolitik, die sich unter anderem in starken Kürzungen von Sozialleistungen und in der Senkung der Beamtengehälter äußerte, konnte Brüning gewichtige Argumente vorbringen: Der Grundsatz des in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Haushalts entsprach nicht nur der damals herrschenden Lehre der Wirtschaftswissenschaften; es war auch richtig, daß Deutschland sparen mußte, um seinen Reparationspflichten nachzukommen und gleichzeitig den Siegermächten klarzumachen, daß es durch eben diese Pflichten überfordert wurde. Das Reparationsargument verlor jedoch erheblich an Überzeugungskraft, als der

amerikanische Präsident Hoover vorschlug, vom 1. Juli 1931 ab auf ein Jahr alle zwischenstaatlichen Zahlungsschulden — also auch die deutschen Reparationen — aufzuschieben. Jetzt hätten Mittel für Zwecke der Arbeitsbeschaffung und damit einer Belebung der darniederliegenden Konjunktur zur Verfügung gestanden. Doch Brüning ging es darum, die Reparationslasten ein für allemal zu beseitigen, und darum änderte er seine Sparpolitik nicht im geringsten. Die steigenden Arbeitslosenzahlen und die innenpolitische Radikalisierung waren ihm dabei gar nicht unwillkommen: Die Alliierten sollten sehen, wohin sie Deutschland trieben.

Seit dem Sommer 1931 war Brüning's Sparkurs also nicht mehr aus ökonomischen Sachzwängen, sondern nur noch aus seinen politischen Zielsetzungen heraus zu erklären. Zu diesen Zielen gehörte aber sehr viel mehr als bloß die endgültige Lösung des Reparationsproblems. Die Senkung der Lohnkosten sollte Deutschland Exportvorteile gegenüber seinen wichtigsten Konkurrenten verschaffen und den deutschen Anspruch auf einen Großmachtstatus materiell untermauern. Auch innenpolitisch hatte Brüning weit ausholende Absichten, die er freilich strikt geheimhielt: Das Reich sollte zur Monarchie und zu den wesentlichen Elementen der Bismarckschen Reichsverfassung zurückkehren. Das parlamentarische System war also, soweit es auf Brüning ankam, nicht nur vorübergehend außer Kraft gesetzt; seine Abschaffung sollte definitiv sein.

Aber so eindeutig die restaurativen Züge der Brüning'schen Politik waren, den konservativen Kreisen in Schwerindustrie, Großlandwirtschaft und Reichswehr waren sie nicht „rechts“ genug. Vor allem die Tolerierung durch die SPD war diesen Kräften ein Dorn im Auge. Brüning's Sturz im Mai 1932 ging nicht zuletzt auf das Konto jener hochverschuldeten Rittergutsbesitzer aus dem östlichen Preußen zurück, die Hindenburg einzureden vermochten, Brüning sei ein „Agrarbolshewist“. (Der sachliche Hintergrund dieser Behauptung war Brüning's Absicht, nicht mehr entschuldungsfähige Güter für Zwecke der Siedlung zwangsweise zu enteignen.)

Siege und Niederlagen der NSDAP

Brüning's Nachfolger, der hochkonservative Zentrumspolitiker Franz von Papen, genoß zwar die Unterstützung der großen Inter-

senverbände von Landwirtschaft und Industrie. Eine Tolerierungsmehrheit im Reichstag aber gab es für ihn nicht mehr; seine eigene

Partei sah in ihm einen Verräter. Von den Nationalsozialisten wurde Papen zunächst geschont, weil er das von der Regierung Brüning verhängte Verbot der beiden Privatarmeen Hitlers, der SA und der SS, wieder aufgehoben hatte und der NSDAP auch in zwei anderen Punkten entgegenkam: dem „Preußenschlag“ vom 20. Juli 1932, durch den die sozialdemokratisch geführte Minderheitsregierung im größten deutschen Staat ihres Amtes enthoben wurde, und der Auflösung des Reichstages.

Ob Hitlers Weg zur Macht hätte aufgehalten werden können, wenn die Sozialdemokraten sich gegen Papens Staatsstreich in Preußen zur Wehr gesetzt hätten, ist umstritten. Die Aussichten für einen erfolgreichen Gegenschlag waren jedoch sehr schlecht. Die Gewerkschaften fürchteten, daß ein Generalstreik angesichts der inzwischen sechs Millionen Arbeitslosen sofort in sich zusammenbrechen würde. Man mußte damit rechnen, daß beschäftigungslose Arbeiter freigewordene Arbeitsplätze besetzten und sich in Kämpfe mit den Streikenden verwickeln ließen. Ein bewaffneter Widerstand gegen die Reichswehr hätte den Bürgerkrieg bedeutet — und die sichere Niederlage der Arbeiterschaft. Infolgedessen wird man SPD und Freien Gewerkschaften nachträglich den Verzicht auf massive Reaktionen kaum vorwerfen können. Aber es trifft sicherlich zu, daß das kampflöse Abtreten der preußischen Regierung auf große Teile der Arbeiterschaft demoralisierend gewirkt hat.

Der große Erfolg, den die NSDAP bei der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 errang — sie wurde die stärkste Partei und steigerte die Zahl ihrer Mandate von 107 auf 230 —, schuf eine neue innenpolitische Situation. Da Nationalsozialisten und Kommunisten zusammen mehr als die Hälfte der Sitze erhalten hatten, war eine „parlamentarische“ Krisenlösung nur noch mit einer der beiden totalitären Parteien möglich. Eben diesen Versuch machten Zentrum und Bayerische Volkspartei, die sich nach der Wahl intensiv um eine Koalition mit der Partei Hitlers bemühten — vergeblich. Der Führer der NSDAP wollte Zentrum und BVP nicht die rechtsstaatlichen Zusicherungen geben, auf denen sie bestanden. Er wollte die ganze Macht, und die war nur über Sondervollmachten des Reichspräsidenten zu erreichen. Hindenburg jedoch, der im April 1932 bei den Reichspräsidentenwah-

len als Kandidat der „Weimar Koalition“ und der gemäßigten Rechten Hitler überlegen geschlagen hatte, hielt den Führer der Nationalsozialisten für einen diktaturlüsternen Abenteuerer und weigerte sich, ihm das Kanzleramt zu übertragen.

Die zweite Reichstagswahl des Jahres 1932 am 6. November brachte zwar starke Verluste der NSDAP — gegenüber dem 31. Juli büßte sie etwa 2 Millionen Stimmen ein —, aber eine regierungsfähige Mehrheit war nicht in Sicht. Dem Vorschlag Papens, angesichts des parlamentarischen Patts nunmehr ein auf die Reichswehr gestütztes autoritäres Regime zu errichten, wurde der Boden durch den Reichswehrminister, General von Schleicher, selbst entzogen: Er erklärte die Truppe für außerstande, gegen „links“ und „rechts“ gleichzeitig zu kämpfen. Als Papen diese Auskunft mit seinem Rücktritt beantwortete, wurde Schleicher, der schon der „starke Mann“ im Kabinett seines Vorgängers gewesen war, am 2. Dezember 1932 selbst zum Reichskanzler ernannt.

An die Kanzlerschaft Schleichers knüpft sich eine wissenschaftliche Diskussion, die bis heute nicht endgültig abgeschlossen ist: Hat damals noch eine letzte Chance bestanden, die Machtübernahme Hitlers zu verhindern? Schleicher strebte auf der einen Seite danach, Gregor Strasser, den Reichsorganisationsleiter der NSDAP und mächtigsten Mann der Partei nach Hitler, für eine Mitarbeit in der Regierung zu gewinnen und so die Nationalsozialisten zu zähmen — und gegebenenfalls zu spalten. Auf der anderen Seite knüpfte Schleicher auch Verbindungen zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der SPD, die er für eine Tolerierung seines Kabinetts zu gewinnen suchte.

Beide Hoffnungen schlugen fehl. Strasser wagte nicht, gegen den Willen Hitlers zu handeln, und legte, als der „Führer“ der NSDAP eine Zusammenarbeit mit Schleicher strikt ablehnte, seine Parteiämter nieder. Die Gewerkschaften waren zwar nicht grundsätzlich abgeneigt, Schleicher, der sich selbst als „sozialen General“ bezeichnete und erstmals ein staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm vorlegte, zu unterstützen. Aber die SPD fürchtete für den Fall einer Tolerierung Schleichers eine kommunistische Verleumdungskampagne und bewog die Gewerkschaften, die Kontakte zum Reichskanzler abzubrechen.

Hätte die SPD eine Kanzlerschaft Hitlers verhindern können, wenn sie auf Schleichers Wünsche eingegangen wäre? Dafür spricht nichts. Schleicher wurde von großen Teilen des Unternehmerlagers und von den Agrariern scharf angegriffen, weil er sich von dem autoritären Staatsmodell Papens entfernt hatte und eine gewisse „Reparamentarisierung“, also eine Aufwertung des Reichstags, zu betreiben schien. Er scheiterte schließlich, ähnlich wie Brüning, an der „Kamarilla“ um Hindenburg. Dazu gehörten Rittergutsbesitzer, die eine parlamentarische Enthüllung des „Osthilfeskandals“, der Veruntreuung öffentlicher Mittel für hochverschuldete Güter, verhindern wollten; hohe Reichswehroffiziere, die seit längerem mit den Nationalsozialisten sympathisierten; Franz von Papen, der Schleicher seinen eigenen Sturz nicht verzeihen konnte und wieder zur Macht strebte; Hindenburgs wendiger Staatssekretär Meißner, der dieses Amt schon unter Ebert innegehabt hatte; schließlich der „in der Verfassung nicht vorgesehene“ Sohn des Reichspräsidenten, Oskar von Hindenburg.

Dieser „Kamarilla“, in ihrer Zusammensetzung ein typisches Überbleibsel des alten, vorrepublikanischen Deutschland, gelang es, den greisen Feldmarschall im Verlauf des Januar 1933 davon zu überzeugen, daß es keine Alternative mehr zu einer Kanzlerschaft Hitlers gab. Was Schleicher vorschlug — eine Auflösung des Reichstags und die Aufschiebung von Neuwahlen bis zum Herbst 1933 —, lehnte Hindenburg als Aufforderung zum Verfassungsbruch ab. Wenn ein Kanzler Hitler von Papen als Vizekanzler und anderen konservativen Ministern „ingerahmt“ wurde, dann mochte diese Lösung immer noch erträglicher erscheinen als der von Schleicher empfohlene Weg, der leicht in den Bürgerkrieg führen konnte: So sah es Hindenburg — und so sollte er es nach dem Wunsch seiner engsten Berater sehen.

Hitler ist nicht allein auf Grund seiner Wahlerfolge an die Macht gelangt, aber diese Erfolge bildeten eine notwendige Voraussetzung dafür, daß ihm am 30. Januar 1933 das Kanzleramt übertragen wurde. Wie sind die Erfolge des Wahlkämpfers Hitler zu erklären? Hitler war der einzige wirklich charismatisch begabte Führer im Lager der Rechten. Der „Führerkult“ diente dazu, Menschen sehr unterschiedlicher Herkunft und mit sehr unterschiedlichen Interessen unter der Haken-

kreuzfahne zu versammeln. Eine ähnliche Aufgabe erfüllte der extreme Nationalismus der NSDAP: Auch er sollte helfen, die sozialen Gegensätze vergessen zu machen, die die Deutschen trennten. Die Demütigung durch die Niederlage von 1918 schuf für radikal nationalistische Parolen einen guten Resonanzboden. Nationalismus war auch ein Mittel, sich vom Internationalismus der Marxisten abzugrenzen: Wer national war, der konnte kein Proletarier sein. Das klarzustellen, war manchen Arbeitern, aber vor allem vielen Angestellten wichtig, die oft kaum mehr verdienten als einfache Handarbeiter.

Mit Hilfe von Führerkult und Nationalismus gelang es Hitler, seine Partei in eine „Volkspartei“ zu verwandeln — die einzige, die es vor 1933 gab. Die Arbeiter waren in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei erheblich schwächer vertreten als diejenigen, die sich dem „Bürgertum“ zurechneten; aber keine andere Partei — das auf katholische Mitglieder und Wähler beschränkte Zentrum ausgenommen — umfaßte in derart breiter Streuung Angehörige verschiedener sozialer Schichten wie die Partei Hitlers.

Der Haß auf die Juden spielte eine große Rolle für das innere Parteileben, den Zusammenhalt der „alten Kämpfer“, auch bei der gezielten Umwerbung von Gruppen, in denen Vorurteile gegenüber Juden seit langem besonders stark waren: Studenten, Kleinhändler und Handwerker, Handlungsgehilfen und Bauern. In der allgemeinen Wahlpropaganda der Jahre nach 1929 traten jedoch antisemitische Parolen hinter nationalistischen und antimarxistischen Schlagworten zurück.

Der Sozialismus, den die Partei in ihrem Namen führte, hatte sehr viel weniger Gewicht als der Nationalismus. In der Frühzeit der NSDAP hatte Hitler noch gehofft, vor allem Arbeiter für seine „Bewegung“ gewinnen zu können. Nachdem diese Erwartung sich nicht erfüllt hatte, wurde der „Sozialismus“ der Partei abgeschwächt und umgedeutet: Mit diesem Begriff sei nicht die Enteignung der Besitzenden gemeint, hieß es, sondern die Schaffung von Eigentum für alle; nationaler Sozialismus bedeute den Vorrang des Gemeinnutzes vor dem Eigennutz. Es gab jedoch durchaus Gruppen, die den „Sozialismus“ in Namen und Programm der NSDAP ernst nahmen, nicht zuletzt die nationalsozialistischen Arbeiter und Angestellten.

Der Aufstieg der NSDAP zur Massenbewegung begann erst 1929 — nach Beginn der Weltwirtschaftskrise. Vorher hatte es nur einige wenige örtliche Hochburgen der NSDAP gegeben, nicht zuletzt in ländlichen Gebieten, die seit 1927 von einer schweren Agrarkrise heimgesucht wurden. Die Wähler der NSDAP kamen vor allem aus den bürgerlichen Parteien, namentlich aus dem konservativen und liberalen Lager, aus mittelständischen und regionalen Splitterparteien sowie aus den großen Gruppen der bisherigen Nicht- und Jungwähler. Vergleichsweise wenige Wähler mußten vor 1933 die beiden katholischen Parteien, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, an die NSDAP abgeben. Dasselbe gilt für die Sozialdemokraten und Kommunisten.

Wenn es ein gemeinsames Motiv der Wähler der NSDAP gab, dann war es die Erwartung, Hitler werde die parlamentarische Demokratie, die man für abgewirtschaftet hielt, zerschlagen und an ihrer Stelle ein zugleich strenges und gerechtes, nach außen selbstbewußtes und im Innern volkstümliches Regime errichten. Eine radikale Änderung der

Warum die Macht an Hitler fiel

Wenn Hitler eine „Volksgemeinschaft“ versprach, die an die Stelle des Klassenkampfes treten sollte, so kam er damit einer weit verbreiteten Sehnsucht entgegen. Mit „Klassenkampf“ verbanden große Teile des Bürgertums die Vorstellung von „russischen Zuständen“, von kommunistischem Terror und wirtschaftlichem Chaos. Auch die Sozialdemokraten sprachen von „Klassenkampf“, und in der Theorie war damit immer noch gemeint, daß die Arbeiterklasse eines fernen Tages die Bourgeoisie völlig aus ihren Machtpositionen verdrängen und das kapitalistische Privateigentum durch gesellschaftliches Eigentum ersetzen werde. In der Praxis bedeutete „Klassenkampf“ für Sozialdemokraten und Freie Gewerkschaften aber längst etwas anderes: Kampf um die soziale Gleichberechtigung der Arbeiter, Kampf also gegen überholte gesellschaftliche Vorrechte und für mehr Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft.

Aber gerade diese Zweideutigkeit des Klassenkampfbegriffs half den Nationalsozialisten. Da die Sozialdemokraten theoretisch an der Lehre vom Klassenkampf festhielten, wurden sie von Hitler — und nicht nur von ihm

politischen Verhältnisse bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der überkommenen Eigentumsverhältnisse — das war die Hoffnung, die die meisten Anhänger in die „Hitler-Bewegung“ setzten. Vor allem aber würden die Nationalsozialisten für „Arbeit und Brot“ sorgen — waren sie doch die einzige Partei, die im Sommer 1932 mit einem großangelegten Arbeitsbeschaffungsprogramm aufwartete.

Die Demokratie als eine undeutsches, dem geschlagenen Land von den Siegern aufzuzwingendes System zu verleumden, war bei allen Gruppen und Parteien der Rechten üblich. Aber nur der NSDAP gelang es, sich zu einer wirklichen Massenbewegung gegen die Demokratie zu entwickeln. Sie brach konsequent mit dem Stil bürgerlicher Honorarierpolitik, der in den liberalen Parteien, in geringerem Maß auch in der Deutschnationalen Volkspartei gepflegt wurde. Vieles von dem, was sich als massenwirksam erwies, hatten die Nationalsozialisten der Arbeiterbewegung abgesehen: Straßenaufmärsche und Kundgebungen, der Einsatz von Fahnen und Musik.

— mit den Kommunisten in einen Topf geworfen. „Antimarxismus“ bedeutete für die Nationalsozialisten nicht nur Kampf gegen die „Diktatur des Proletariats“, sondern gegen jede Art von selbständiger Arbeiterbewegung. „Volksgemeinschaft“ — das hieß in Wahrheit: Unterdrückung und Verschleierung von sozialen Konflikten. Da diese Konflikte aus der Sicht der Nationalsozialisten nur das Werk von „volksfremden“, zumeist jüdischen Agitatoren waren, war die Vernichtung des „Marxismus“ Grundlage des sozialen Friedens. Und da erst die Demokratie den „Marxisten“ freien Spielraum gegeben hatte, mußte diese Staatsform radikal beseitigt werden.

Unter voller Ausnutzung des Arsenal einer Demokratie Massen für den Kampf gegen eben diese Demokratie zu mobilisieren: das war es, was Hitler gelang. Es gelang ihm, weil Deutschland beides kannte: die Tradition obrigkeitstaatlicher Unterdrückung und die Tradition des allgemeinen Wahlrechts. Es gelang ihm, weil die Weimarer Verfassung seiner Bewegung keine Hindernisse in den Weg legte und die „staatstragenden“ Parteien nicht wußten, was sie der parlamentarischen Demo-

kratie schuldig waren. Es gelang ihm, weil es bereits ein Vorbild für eine erfolgreiche Bekämpfung von „Marxismus“ und liberaler Demokratie gab: das faschistische Italien. Es gelang ihm, weil er es verstand, der Angst vor sozialem Abstieg die Hoffnung auf nationalen Wiederaufstieg entgegenzusetzen. Und es gelang ihm schließlich, weil die anderen politischen Kräfte, die Parteien wie die Präsidentialregierungen, auf die Herausforderung der Weltwirtschaftskrise keine Antwort zu geben wußten, die von einer Mehrheit der Wähler verstanden und bejaht werden konnte.

Auf dem Höhepunkt seiner Wahlerfolge — am 31. Juli 1932 — konnte Hitler einen Stim-

menanteil von 37,4 Prozent verbuchen. Von der absoluten Mehrheit war er aber immer noch weit entfernt, und bei der folgenden Reichstagswahl am 6. November 1932 sank seine Partei auf 33,1 Prozent der Stimmen ab. *Auf Grund der Wahlergebnisse mußte Hitler also nicht an die Macht kommen. Er kam an die Macht, weil die Teile der alten Führungsschicht, die Zugang zum Reichspräsidenten hatten, einen radikalen Bruch mit dem „System“ von Weimar wünschten und weil ein solcher Bruch einen Rückhalt in den Massen brauchte. Für diesen Ausweg aus der Krise gab es im Januar 1933 nur einen Kandidaten: Adolf Hitler.*

Hitler-Jugend und Jugendopposition im Dritten Reich

Für Jugendliche heute ist es ohne Zweifel wichtig, Anschauungsmaterial, Material zum Nachdenken über die deutschen Zustände zwischen 1933 und 1945 unter dem spezifischen Blickwinkel des jugendlichen Lebens damals zu erhalten, auch deshalb, weil die nachwachsende Generation nicht ohne weiteres davor geschützt ist, an die Leitbilder jener Zeit wieder anzuknüpfen. Die Auseinandersetzung mit dem System der Jugendsozialisation im NS-Staat ist aber nach wie vor auch für jene Generation aktuell, die zu Zeiten der Hitler-Jugend aufwuchs und die ihre Erfahrungen und Meinungen ja weitervermittelt.

Immerhin war für etliche Millionen Jungen und Mädchen in Deutschland zwischen 1933 und 1945 die *Hitler-Jugend* neben Familie und Schule die entscheidende Sozialisationsinstanz; für den nationalsozialistischen Staat galt diese Jugendorganisation als „Garant der Zukunft“. Der Dienst in der HJ sollte die im Dritten Reich Aufwachsenden möglichst restlos an die Leitbilder des NS-Systems binden und jene Verhaltensweisen eintrainieren, deren es für den faschistischen Alltag bedurfte.

Die Erinnerungen derjenigen, die damals in der HJ mitmachten, vermitteln bis heute höchst widersprüchliche Eindrücke. Den einen erscheint im nachhinein die Staatsjugendorganisation des Dritten Reiches als eine nahezu politikferne Veranstaltung, in der Jugendliche ihren mehr oder weniger „romantischen“ Freizeitinteressen nachgehen konnten und dabei staatliche Hilfe fanden. Für andere ist der Blick zurück in die HJ-Zeit die Erinnerung an jugendlichen „Idealismus“, an politische Gläubigkeit, die „verraten“ oder mißbraucht worden sei. Für wieder andere Angehörige der HJ-Generation blieb von dem NS-Jugenddienst am ehesten die Erfahrung eines Drills, dem man sich nur notgedrungen unterwarf, dem man möglichst zu entkommen suchte¹⁾.

Bei der wissenschaftlich fundierten Information über das Dritte Reich ist die Frage nach dem Leben der *Jugend* „unterm Hakenkreuz“ bisher vergleichsweise zu kurz gekommen. Das ist teils Ursache, teils aber auch Folge von Fehleinschätzungen dieses Sektors der faschistischen²⁾ Vergangenheit, die in der öffentlichen oder veröffentlichten Meinung weit verbreitet sind; diese hängen wiederum zusammen mit der falschen Verallgemeinerung ausschnittshafter eigener Erfahrungen (siehe oben), die jeweils Momente von Wahrheit enthalten, an der historischen Wirklichkeit in ihrer Totalität jedoch vorbeigehen.

Die lange Zeit in der seriösen politisch-historischen Publizistik praktizierte Vernachlässigung des Themas „Jugend im Dritten Reich“ hat der *Rechtfertigungsliteratur* Raum verschafft. In den letzten Jahren erschienen etliche Buchveröffentlichungen ehemaliger Hitler-Jugendführer über die NS-Staatsjugendorganisation, in denen etwa folgendes Bild vermittelt wird: Die HJ sei „die Vollendung der deutschen Jugendbewegung aus der Zeit vor 1933“ gewesen, habe deren „Zersplitterung überwunden“ und alle sozialen und konfessionellen Abstände und Konflikte zugunsten der „einen Volksjugend“ aufgehoben. Von dieser „historischen Leistung“ der HJ zehre noch heute die gesellschaftliche Ausgeglichenheit der Bundesrepublik. Diese „Einheit der Jugend in der HJ“ habe sich ganz und gar freiwillig hergestellt; die HJ habe es „niemals nötig gehabt, irgendeinen Zwang auszuüben“. Die HJ sei nie „Staatsorganisation geworden, sondern Jugendbewegung geblieben“, sie habe sich von jeder „Obrigkeitshörigkeit“ und jedem „politischen Mißbrauch“ ferngehalten: „Was eine lebendige, begeisterungsfähige und engagierte Gemeinschaft mit Selbstführung der Jugend sein kann, erfuhr die deutsche Jugend in Stadt und Land bis hin zum kleinsten Dorf erstmals durch die HJ im Dritten Reich.“

¹⁾ Siehe hierzu etwa die Erfahrungsberichte ehemaliger Hitlerjugendlicher bei Hermann Glaser und Axel Silenius (Hrsg.), *Jugend im Dritten Reich*, Frankfurt 1975. Immer noch interessant auch die frühen Sammlungen solcher Berichte: Kurt Haß (Hrsg.), *Jugend unterm Schicksal — Lebensberichte junger Deutscher*, Hamburg 1950; *Arbeitsgemeinschaft „Wir alle“* (Hrsg.), *Generation ohne Sicherheit*, Wiesbaden o. J., um 1949.

²⁾ Für die Kennzeichnung von „Systemeigenschaften“ des NS-Staates und bestimmten Leitbildern der NS-Organisationen wird im folgenden der „epochal“ gemeinte, u. a. bei Ernst Nolte umrissene Begriff „Faschismus“ eingesetzt, der auf Verallgemeinerung zielt, ohne daß damit die Unterschiede der einzelnen nationalen Ausformungen verwischt werden sollen.

Das gab es vorher nicht und nachher nicht wieder...³⁾

Solcherart Glorifizierungen finden ihr Publikum. Aufnahmebereit sind dafür nicht nur Angehörige jener Generation, die im Dritten Reich großgeworden ist und in der manche Frauen und Männer noch heute das nostalgisch verklärte Jugenderlebnis nicht in den Gesamtzusammenhang des damaligen politischen Herrschaftssystems hineinzudenken vermögen. Ansprechbar sind für Idealisierungen der Hitler-Jugend nicht nur junge Leute, die heute rechtsextremen Jugendorganisationen zuneigen. Auch in der gegenwärtigen jugendlichen Aussteigerszene, deren Gefühlswelt gewiß ansonsten nicht in der Tradition des Nationalsozialismus steht, gibt es Bewunderer für die „strahlenden Gesichter“ einstiger Hitler-Jugendlicher, kommt Anerkennung dafür auf, daß die Jugend damals doch wenig-

stens „echt begeistert“ gewesen sei. Mit der Realität des jugendlichen Lebens im NS-Staat, mit der wirklichen Funktion der HJ im faschistischen System stimmen solche Bilder und Vorstellungen nicht überein; es sind Halb- (oder Viertel-)Wahrheiten, die sich nur zu rasch in gefährliche Unwahrheiten verwandeln.

Welchen Fragestellungen muß eine Aufarbeitung des Themas „Jugend im Dritten Reich“ nachgehen, um Fehleinschätzungen der eben angedeuteten Art ebenso zu vermeiden wie allzu rasche historische Aburteilungen? (Klischees von der Vergangenheit, wenn auch politisch gut gemeint, in denen der einzelne sich nicht wiederfindet, klären nicht auf.) Wo liegen brauchbare Ergebnisse der bisherigen Forschung zum Thema? In welche Richtung könnten weitere Untersuchungen gehen? Dazu einige Hinweise:

Von der Jugendbewegung zum Staatsjugenddienst

Der rasche Erfolg der Organisationsbemühungen der Hitler-Jugend bei den Jungen, vor allem den „Pimpfen“, und dann auch bei den Mädchen in den Jahren 1933 bis 1935 ist weder allein durch die Auflösung und Verbote konkurrierender Jugendorganisationen und den (ohne Zweifel auch wirksamen) staatlichen Druck, der hinter der HJ stand, zu erklären, noch etwa der Attraktivität „originärer“ Hitler-jugendlicher Lebensformen zuzuschreiben⁴⁾. Die HJ, bis 1933 ein vergleichs-

weise nicht sehr bedeutender Jugendverband, sammelte und integrierte vielmehr nach der Machtergreifung, d.h. auf der Basis der ihr vom NS-Staat verschafften *Monopolstellung*, Potentiale, die andere Jugendorganisationen und Jugendbünde ihr vor 1933 gewissermaßen bereitgestellt hatten.

Die HJ knüpfte zunächst an eine Jugendmentalität an, die nicht auf ihrem eigenen Boden, sondern auf dem der *Jugendbewegung* in all ihren Ausformungen gewachsen war. Ein vages Bedürfnis nach der „Einheit der Jugend“, nach einer Abkehr von der konventionellen Politik „der Alten“, nach dem „Aufbruch der jungen Generation“, der zugleich „Erneuerung der Nation“ bedeuten sollte, war in den Jahren vor 1933 bei den „bewegten“ jungen Leuten fast durchweg verbreitet, bis weit in die konfessionellen Jugendverbände und zum Teil auch bis in die Arbeiterjugendbewegung hinein⁵⁾. Hier konnte die HJ ein bereits erschlossenes Terrain besetzen und ausweiten — und sie mußte es, vom Herrschaftsanspruch des Faschismus her betrachtet, besetzen, weil sich hier sonst andere Strömungen

³⁾ So die Interpretation bei Gottfried Griesmayr und Otto Würschinger, *Idee und Gestalt der Hitlerjugend*, Leoni 1979. Ähnlich Erich Blohm, *Hitlerjugend — Soziale Tatgemeinschaft*, Vlotho 1979. Auch Herbert Taege, *Über die Zeiten fort ...*, Lindhorst 1978, bringt eine Apologie der HJ, macht aber immerhin den Widerspruch vom Anspruch der HJ und der Realität der NS-Politik zum Thema.

⁴⁾ Vgl. hierzu Hans-Christian Brandenburg, *Die Geschichte der HJ*, Köln 1982; Werner Klose, *Generation im Gleichschritt — Die Hitlerjugend*, Oldenburg 1982. Bei beiden Werken handelt es sich um — leider kaum überarbeitete — Neuausgaben von 1968 bzw. 1964 zuerst erschienenen Titeln. Das Buch von Hannsjoachim W. Koch, *Hitlerjugend*, München 1981, bringt eine Neufassung der Studie desselben Autors, die 1975 unter dem Titel „Geschichte der Hitlerjugend“ in Percha erschienen ist; der wissenschaftliche Gebrauchswert ist in der Neufassung eher reduziert. Die Rolle des ersten NS-Reichsjugendführers untersucht, mitunter allzu sehr personalisierend, Michael Wortmann, *Baldur von Schirach — Hitlers Jugendführer*, Köln 1982.

⁵⁾ Zur Einordnung der Hitler-Jugend in die Gesamtentwicklung der Organisation von Jugend in Deutschland seit der Jahrhundertwende siehe Hermann Giesecke, *Vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend*, München 1981.

hätten entwickeln können. Insofern reagierten NS-Staat und NS-Reichsjugendführung, indem sie die HJ mit einem totalen Erfassungsanspruch im Feld der Organisation der Jugend ausstatteten, auf die „dynamische“ Verfassung der Jugendgeneration, die sie vorfanden, und sie zogen für einige Jahre noch aus dieser Dynamik ihren Nutzen.

Die Leitbilder, unter denen nach 1933 die HJ die Gesamtheit der Jugend für sich gewinnen wollte, hatten für große Teile der Bündischen Jugend und vielfach auch in den konfessionellen Jugendverbänden, in der Turnerjugend usw. schon vor 1933 Geltung; „Führer und Gefolgschaft“, „Blut und Boden“, „Nation und Sozialismus“, „Volksgemeinschaft“, „soldatische Tugenden“ — das waren ideologische Standards in weiten Teilen der organisierten Jugend der Endphase der Weimarer Republik, mehrdeutig sicherlich, aber eben deshalb für die HJ später so erfolgreich verwendbar. Die Anziehungsfähigkeit dieser Leitbilder lag darin, daß sich mit ihnen die von der Jugendbewegung entwickelten Formen gruppierter Geselligkeit, also Räume jugendlicher Lebensweise abseits der Erwachsenenengesellschaft verbinden ließen.

Die HJ nach 1933 war erfolgreich, soweit und solange sie diese jugendbewegten Lebensformen übernahm. Der freiwillige Zustrom, den die HJ zeitweise und teilweise durchaus hatte, der „Idealismus“, der zumindest in den ersten Jahren des NS-Staates ihr zugutekam, die Attraktivität, die das Angebot der HJ für Jugendliche in bestimmten Lebensverhältnissen auch später noch enthielt — all diese Erscheinungen sind plausibel erklärbar, wenn man bedenkt, daß mit der Hitler-Jugend weitverbreitete Erwartungen der Zeit vor und um 1933 sich zu erfüllen schienen: Jugendbewegtes Leben und Treiben wurde nun staatlich anerkannt und als Möglichkeit verfügbar auch für solche Gruppen oder Schichten von Jugendlichen, die in den Jugendbünden oder -verbänden vor 1933 sozusagen zu kurz gekommen waren, also etwa für Jungen und Mädchen in der Provinz und auf dem Lande und überhaupt für Mädchen, die in den Jugendorganisationen vor 1933 durchweg „unterprivilegiert“ vertreten waren. Eine jugendspezifische Organisationschance schien mit der HJ nun für die Gesamtheit der nachwachsenden Generation gegeben; soziale Abstände, Stadt-Land-Unterschiede oder geschlechtsspezifische Differenzen im Hinblick auf jugendverbandliche Aktivität schienen beiseite geräumt.

Wenn von Faschismusanalitikern gelegentlich der deutschen Gesellschaft nach 1933 ein „Modernisierungsschub“ zugesprochen wird, so trifft diese Kennzeichnung, soweit es um die Sozialgeschichte der Jugend geht, den eben beschriebenen Effekt, und bezeichnend ist, daß die Hitler-Jugend auch in den späteren Jahren des Dritten Reiches den meisten inneren Zuspruch und das wenigste Widerstreben bei Jugendlichen in jenen Lebenslagen fand, die durch ein Nachholbedürfnis an jugendverbandlichen Organisationsmöglichkeiten geprägt waren. Insbesondere der Bund Deutscher Mädel und seine Jungmädelorganisation blieben offenbar weithin noch attraktiv, als die männlichen Einheiten der HJ, vor allem die für die über 14jährigen, vielfach schon innerlich verödet waren. Vom Anschein her läßt sich demnach sagen, daß die Hitler-Jugend nach 1933 zunächst eine Verallgemeinerung der Jugendbewegung bedeutete.

Allerdings war der Schein trügerisch. Die Verallgemeinerung von Jugendbewegung im NS-System war ihrem Wesen nach zugleich *Verstaatlichung*, und beides ließ sich auf Dauer nicht miteinander vereinbaren. Das charakteristische Moment des Entwicklungsprozesses der Hitler-Jugendorganisation nach 1933 lag eben darin, daß diese Schritt für Schritt immer enger in NS-staatliche Zwecke eingebunden, immer mehr in bürokratische Formen hineingezwängt und nach militärischen Vorbildern ausgerichtet wurde⁶⁾.

Der Glanz jugendbewegten Lebens ging mehr und mehr verloren; am Ende dieser Entwicklung stand, schon vor Kriegsbeginn entschieden, die „Jugenddienstpflicht“, die notfalls mit Polizeigewalt durchzusetzen war. Auch dann bestanden unter günstigen Bedingungen hier

⁶⁾ Näheres zur Struktur und Funktion der HJ und zum Wandel von der NS-Jugendbewegung zur Staatsjugend bei Arno Klönne, *Jugend im Dritten Reich — Die Hitler-Jugend und ihre Gegner*, Düsseldorf 1982. In Fotos und Dokumenten wird der Entwicklungsprozeß der HJ aufgezeigt bei Heinz Boberach, *Jugend unter Hitler*, Düsseldorf 1982. Der bis dahin meist vernachlässigte Aspekt der spezifischen Mädchenerziehung in der HJ ist behandelt bei Martin Klaus, *Mädchen in der Hitlerjugend*, Köln 1980. Von demselben Verfasser ist eine weitere und umfassende Publikation zu diesem Thema in Vorbereitung. Das Buch von Karl-Heinz Huber, *Jugend unterm Hakenkreuz*, Berlin 1982, gibt einen flott geschriebenen Überblick der Jugendgeschichte im Dritten Reich, leider ganz ohne Hinweise auf die Herkünfte der Zitate und Quellen.

oder dort noch Nischen für jugendbündisches Leben in einzelnen Jungvolk- oder Jungmädleinheiten; vom System und von der typischen Praxis der HJ her war jedoch der Anspruch auf „eigene Bestimmung“ und „eigene Verantwortung“ verdrängt. Zwar blieb in einem bis dahin nie gekannten Ausmaß „Jugend von Jugend geführt“, aber ein enges Netz von politischen Vorgaben und Dienstvorschriften entschied, wohin und wie zu füh-

ren war. Die Entwicklung der Hitler-Jugend hin zu Zwang und Drill war nicht etwa durch pädagogisches Ungeschick der HJ-Spitze, also gewissermaßen zufällig zustande gekommen. Verursachend war vielmehr ein inneres „Gesetz“ des Dritten Reiches: Jegliche Jugendbewegung, und sei sie noch so nationalistisch oder völkisch gestimmt, enthielt Risiken für den Bestand des NS-Herrschaftssystems und war deshalb auszurotten.

Oppositionelle Jugendgruppen — Motive und Erscheinungsformen

Der totalitäre Anspruch des NS-Staates auf Organisation des Jugendlebens ist schon zu Beginn des Dritten Reiches und später erneut auf vielfältige Opposition bei nicht unerheblichen Teilen der jungen Generation gestoßen. Der zunehmende Zwangscharakter der NS-Jugenderziehung und die immer stärkere Reglementierung jugendlichen Lebens durch die HJ und in der HJ waren auch Reaktionen auf oppositionelles Verhalten jugendlicher und jugendlicher Gruppen, und sie riefen selbst wiederum neues Widerstreben hervor⁷⁾. Bei vielen jungen Leuten, die in das Dritte Reich hineinwuchsen oder in ihm aufwuchsen, „mißlang“ die NS- und HJ-Sozialisation. Das Spektrum „abweichenden Verhaltens“ jugendlicher im NS-Staat reichte von Fortsetzungen der verbotenen Arbeiterjugendverbände über resistente kirchliche Jugendkreise und illegale Fortführungen der bündischen Jugend bis hin zu „wilden Gruppen“ (wie der NS-Staat sie nannte) vom Typ der Edelweißpiraten oder der Swing-Jugend. NS-Staat und Reichsjugendführung sahen in dieser jugendlichen Opposition eine Gefährdung des Systems, dies um so mehr, je weniger sich die anfängliche Attraktivität des HJ-Dienstes als generell haltbar erwies. Im folgenden sollen die wichtigsten Erscheinungsformen und Richtungen der Jugendopposition im Dritten Reich kurz skizziert werden und auf spezifische Entstehungsbedingungen jugendlicher Widerständigkeit gegen den NS-Staat hingewiesen werden⁸⁾.

⁷⁾ Zum Zusammenhang von HJ-Entwicklung und Herausbildung jugendlicher Opposition vgl. Klönne, a. a. O. Eine ausführliche Darstellung der repressiven Politik der NS-Organen gegenüber widerstrebenden Jugendlichen findet sich bei Heinrich Muth, Jugendopposition im Dritten Reich, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Heft 3/1982.

⁸⁾ Die Reichweite jugendlicher Opposition gegen

Die erste Phase der Opposition jugendlicher gegen das Hitler-System war geprägt durch den unmittelbaren politischen Widerstand aus den Reihen der bereits vor 1933 in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus engagierten Jugendorganisationen der Arbeiterbewegung, also vor allem des Kommunistischen Jugendverbandes (KJVD), der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), der „Naturfreunde“, des Jugendverbandes der SAP (SJVD) und anderer linker „Zwischengruppen“. Zahlenmäßig geringer, in der Bedeutung für spätere Widerstandsaktivitäten aber von erheblichem Gewicht, waren die ebenfalls dieser ersten Phase einer noch von Verhaltensmustern der Weimarer Republik und ihren Konflikten bestimmten Jugendopposition zuzurechnenden Gruppen der jungen „Nationalrevolutionäre“ (soweit sie sich nicht dem NS-Staat einfügten), der Schwarzen Front (Strasser) und der Linkskatholiken, bei denen durchweg jugendbewegte Herkünfte vorlagen. Eine Reihe von Führern dieser Gruppen haben später vom erzwungenen Exil aus Verbindungen gerade zur bündischen Opposition in Hitler-Deutschland gehalten.

Die Motivation für diese Form der Jugendopposition gleich nach der Machtergreifung lag nicht so sehr im Konflikt mit der NS-Jugenderziehung und NS-Jugendorganisation (die HJ war zu dieser Zeit noch im Aufbau begriffen), sondern vielmehr im Abwehrkampf gegen die endgültige Durchsetzung der NS-Herrschaft. Bei den meisten jungen Kommu-

die HJ und den NS-Staat wird auch in der wissenschaftlichen Literatur vielfach noch unterschätzt. So vertritt z. B. Peter D. Stachura in: Manfred Heinenmann (Hrsg.), Erziehung und Schulung im Dritten Reich, Bd. 1, Stuttgart 1980, die These, von einer wirksamen Widerständigkeit jugendlicher im Dritten Reich könne gar keine Rede gewesen sein.

nisten oder Sozialisten, die sich an diesem Widerstand beteiligten, war in den Jahren 1933/34 noch die Hoffnung vorhanden, der NS-Staat sei auf kurze Sicht durch illegale Arbeiterbewegung machtpolitisch zu „kippen“. (Die antifaschistischen „Randgruppen“ waren da durchweg etwas realistischer als die Gruppen der großen Arbeiterparteien). Die Perspektive des Widerstandskampfes der Jungkommunisten und vieler junger Sozialisten lag demnach zu dieser Zeit in dem Versuch, die verbotenen Organisationen als „Massenverbände“ aufrechtzuerhalten, Agitationsmaterial breit zu streuen, Impulse für einen direkten „Machtkampf“ zu geben. Die politischen Erwartungen, die sich mit dieser Form jungen Widerstandes verbanden, waren illusionär, was sich um 1935 auch bei den Leitungen der Arbeiterparteien im Exil als Einsicht durchsetzte; die Opfer waren hoch. Angesichts der gnadenlosen Verfolgung solcher Aktivitäten durch den NS-Staat blutete insbesondere die junge kommunistische Opposition in diesen Jahren aus — im direkten Sinne des Wortes.

Als die Arbeiterparteien in der Illegalität ihre Strategie auf die tatsächlichen Kampfbedingungen unter dem deutschen Faschismus umzustellen begannen, das Bündnis mit anderen Richtungen der Jugendverbände oder Jugendbewegung suchten und die Chancen einer zunächst *vorpolitischen* oppositionellen Strömung in der Jugend des Dritten Reiches zur Kenntnis nahmen, waren ihre eigenen Verluste unter jungen Leuten schon so hoch, daß sich nur noch selten personelle Anknüpfungspunkte für eine neue Art illegaler Jugendarbeit boten. Ab 1934/35 waren die Versuche, kommunistische oder sozialistische Jugendgruppen in breiterem Umfang illegal aufrechtzuerhalten, fast überall endgültig zerschlagen. Die Gründe dafür liegen in der schon angedeuteten illusionären Einschätzung der Entwicklung des NS-Regimes, auch in der Intensität der Verfolgung und Brutalität der Bestrafung, mit der die Staatsorgane gegen solche Gruppen voringen; hinzu kam, daß der kommunistischen oder sozialistischen Jugendillegalität jener halblegale oder legale Rückhalt fehlte, wie ihn die konfessionellen Jugendgruppen in den Kirchen besaßen; auch hatten die kommunistischen oder sozialistischen Jugendgruppen weitaus weniger als die illegalen bündischen oder späteren „wilden“ Gruppen ein subkulturelles, auf Organisation kaum angewiesenes „Jugendmilieu“ anzubieten, durch das Nachwuchs sich hätte gewin-

nen lassen. Erfolgreicher waren in dieser Hinsicht jene parteilich nicht gebundenen linken Jugendgruppen etwa vom Typ der „Naturfreunde“, die auf eigene Faust örtlich versuchten, den Wander- und Fahrtenbetrieb aufrechtzuerhalten und unter dieser Tarnung sozialistische Ideen und Traditionen weiterzuführen. Daß frühere Angehörige des KJVD, der SAJ, des SJVD usw. bei den späteren Untergrundaktivitäten in der Erwachsenenillegalität, auch in den Kriegsjahren, vielfach die Aktiven stellten, steht auf einem anderen Blatt⁹⁾.

Die zahlenmäßig stärkste Richtung „abweichenden Verhaltens“ von Jugendlichen im NS-Staat — durch alle Phasen der Entwicklung des Dritten Reiches und seiner staatlichen Jugenderziehung hindurch — war zweifellos durch die *konfessionellen* Jugendgruppen, vor allem durch die *katholische* Jugend repräsentiert. Die Konfliktpunkte und die Entstehungs- und Existenzbedingungen oppositionellen Verhaltens lagen hier freilich ganz anders als bei der Jugendopposition aus der Arbeiterbewegung, wobei wiederum zwischen der katholischen und der evangelischen Jugendarbeit erhebliche Differenzierungen zu machen sind.

In den evangelischen Jugendverbänden vor 1933 überwogen, soweit es politische Interessen oder Tendenzen gab, Sympathien für die Deutschnationalen oder für die NSDAP; schon von daher lag 1933 die Zustimmung zur „Nationalen Erhebung“ nahe. Dies mußte allerdings nicht Selbstaufgabe der evangelischen Jugendorganisationen bedeuten. Das zeitweilige Übergewicht der regimetreuen „Deutschen Christen“ in den Leitungsgremien der Evangelischen Kirchen und die Durchsetzung des von Hitler favorisierten Ludwig Müller als „Reichsbischof“ führten im Dezember 1933 zu einem Abkommen zwischen der NS-Reichsjugendführung und der Evangelischen Reichskirchenleitung, wonach alle Mitglieder der evangelischen Jugendverbände unter 18 Jahren der HJ eingegliedert werden

⁹⁾ Eine Gesamtdarstellung des Widerstandes illegaler Arbeiterjugendbewegung gegen den NS-Staat existiert bislang nicht. Die Geschichte des KJVD in der Zeit nach 1933 ist behandelt bei Karl Heinz Jahnke, Jungkommunisten im Widerstandskampf gegen den Hitlerfaschismus, Berlin (Ost) 1977. Diese Studie steht allerdings vorwiegend unter organisationspolitischen Aspekten. Der Widerstand aus der SAJ und dem SJVD oder aus parteipolitisch nicht festgelegten sozialistischen Jugendgruppen hat immer noch keine Würdigung gefunden.

sollten. Mit dieser Vereinbarung, die gegen den Willen der Leitungen der evangelischen Jugendverbände zustande gekommen war, hatte der NS-Staat die Evangelische Jugend schon früh auf den rein seelsorgerisch-kirchlichen Bereich zurückgedrängt. Ein eigentlich jugendbündisches Leben war auf evangelischer Seite infolgedessen ab 1934 kaum noch möglich und wenn, dann nur in kleinen illegalen Kreisen. Wo freilich die kirchlichen Institutionen gegenüber dem NS-Staat ihre Selbständigkeit behaupteten und sich im Zusammenhang mit der Bekennenden Kirche, vielfach zum weltanschaulichen Abstand vom NS-Regime hinentwickelten, bildete sich eine neue, stark theologisch und gemeindlich geprägte Form kirchlich-evangelischer Jugendarbeit heraus, die auch als Lebenszusammenhang Jugendlicher gegenüber dem Nationalsozialismus resistent blieb und bis in die Kriegsjahre hinein viele Tausende von jungen evangelischen Christen umschloß. Die Zeitschrift „Junge Kirche“ kann als Organ dieser Richtung angesehen werden¹⁰).

Auf seiten der katholischen Jugend war das Terrain für die Absichten des NS-Staates um einiges schwieriger. Zwar blieb man auch hier von der „nationalen Hochstimmung“ des Jahres 1933 nicht unberührt und neigte vielfach autoritären Staatsvorstellungen zu; bei einigen katholischen Bischöfen gab es im übrigen 1933 Tendenzen, sich auf eine Eingliederung auch der katholischen Jugend in die HJ einzulassen, sofern diese dafür das Recht zur kirchlichen Betreuung ihrer katholischen Mitglieder garantierte. Aber die weltanschauliche Ablehnung des Nationalsozialismus, die — anders als bei der Evangelischen Kirche — beim deutschen Katholizismus vor 1933 dominiert hatte, war nach der Machtergreifung nicht einfach verschwunden; es blieben starke Vorbehalte gegenüber dem neuen Staat. Die katholischen Jugendorganisationen nahmen allen Eingliederungsideen gegenüber eine so eindeutig ablehnende Haltung ein, daß sich rasch ein alltäglicher, emotionaler Gegensatz zwischen HJ und katholischen Jugendgruppen herausbildete. Der Abschluß des Reichskonkordats zwischen der Hitler-

Regierung und dem Vatikan gab dann der katholischen Jugendverbandsarbeit zumindest zeitweise und teilweise einigen Schutz. So kam es, daß die katholischen Jugendorganisationen im Dritten Reich länger überleben konnten als alle anderen Jugendverbände, wenn auch durch Tätigkeitsbeschränkungen, Repressalien gegenüber Jugendlichen und Eltern, regionale Verbote usw. ihr Aktionsradius immer mehr eingeschränkt wurde, bis dann um 1937/38 auch diese Jugendverbände endgültig aufgelöst und verboten wurden.

Die Umstellung der katholischen Jugendarbeit von den Bünden und Verbänden auf die innerkirchliche Ebene, d. h. die Pfarrgemeindejugend, war schon vorher notgedrungen eingeleitet worden. Aber auch nach 1938 existierten im Raum kirchlicher Jugendseelsorge faktisch jugendbündische Lebensformen in großem Umfange weiter; Wallfahrten, Prozessionen, Bekenntnistage und ähnliche Anlässe wurden zu öffentlichen Demonstrationen einer zumindest in den dominant katholischen Gebieten nach wie vor starken katholischen Jugendbewegung. Der katholischen Jugend war zugute gekommen, daß sie etliche Jahre halblegal verbandlich weitergeführt werden konnte; in dieser Zeit nahm sie viel eindeutiger als vor 1933 Elemente jugendbewegt-bündischen Milieus in sich auf, wovon auch die 1933 bis 1935 geradezu aufblühenden katholischen Jugendblätter „Junge Front“ (später „Michael“) und „Die Wacht“ zeugen. In den überwiegend katholischen Regionen konnte zu dieser Zeit die katholische Jugendbewegung fast überall ihre Positionen halten und zum Teil noch ausbauen. Die — im Vergleich zu den evangelischen Kirchen — gute Verankerung der katholischen Kirche bei der Land- und Arbeiterbevölkerung und jugendliches Interesse an einer attraktiven Alternative zur HJ wirkten hier offenbar zusammen, wobei die zuletzt genannte Motivation allem Anschein nach ab 1934, als der erste Glanz der neuen „Einheitsjugend“ wegbröckelte, eher noch zunahm. Das Ende 1936 verkündete „Gesetz über die Hitlerjugend“, das den formellen Schritt zur Staatsjugend mit Totalitätscharakter bedeutete, richtete sich nicht zuletzt gegen die Katholischen Jugendorganisationen und ihre Anziehungsfähigkeit¹¹).

¹⁰) Über die Auseinandersetzungen evangelischer Jugendkreise mit dem NS-Staat berichten, allerdings zeitlich oder regional begrenzt: Manfred Priepke, Die Evangelische Jugend im Dritten Reich 1933—1936, Hannover und Frankfurt 1960; Heinrich Riedel, Kampf um die Jugend — Evangelische Jugendarbeit 1933—1945, München 1976; Manfred Müller, Jugend in der Zerreißprobe, Stuttgart 1982.

¹¹) Auch über die katholische Jugendbewegung in der NS-Zeit liegt noch keine umfassende Darstellung vor. Wichtige Einzelstudien, meist mit regionalen Schwerpunkten: Heinrich Roth, Katholische Jugend in der NS-Zeit, Düsseldorf 1959; Barbara

Die Unterdrückung der legalen Möglichkeiten der katholischen Jugendbewegung durch den NS-Staat um 1937/38 wurde vor allem auch damit begründet, daß katholische Jugendgruppen auf breiter Front „bündische Betätigungen“ fortsetzten. Generell bildete die „*Bündische Jugend*“ in der Sicht der NS- und HJ-Führungen ein Zentrum jugendlicher Opposition; dabei wurden unter diesem Sammelbegriff allerdings recht unterschiedliche Strömungen zusammengefaßt, deren Gemeinsamkeit in bestimmten Formen der selbstbestimmten jugendlichen Gruppe und in einem jugendlichen „Milieu“ bestand, das an die Tradition der Jugendbewegung aus der Zeit vor 1933 anknüpfte.

Daß zumindest die Mehrheit der um 1933 existierenden Verbände und Gruppen der Bündischen Jugend dem Dritten Reich durchaus Sympathien entgegenbrachten, ist nicht zu bezweifeln; allerdings ging man hier davon aus, daß innerhalb oder außerhalb der Hitler-Jugend jugendbewegtes Leben sich weiterhin frei entwickeln können¹²⁾. Exakt in diesem Punkt lag dann auch früher oder später der Anstoß zum Konflikt mit der HJ und dem Nationalsozialismus. Die enorme Aufwärtentwicklung der HJ in den ersten Jahren nach der Machtergreifung wäre nicht ohne die Übernahme bündischer Formen des Jugendlebens und bündischer Führer denkbar gewesen; andererseits lag es in der inneren Logik der NS-staatlichen Jugendorganisation, daß sie Zug um Zug Reglementierung an die Stelle von Jugendbewegung setzten und bündische Einflüsse in den eigenen Reihen auszuschalten bemüht sein mußte. Solcherart „Säuberung“ wurde ab Herbst 1934 vor allem im „Jungvolk“ betrieben, das weiterhin bündisch „unterwandert“ war. Wenngleich hier (und auch bei den HJ-„Jungmädeln“) später noch Reste bündischen Jugendlebens blieben, so war doch ab 1936 klargestellt, daß Hitler-Jugend und bündische Jugend vom System her sich nicht vereinbaren ließen. Der Wandel der HJ zur Staatsjugend ließ aber die Motivation, neben der NS-Jugendorganisa-

tion bündisches Gruppenleben heimlich weiterzuführen, wieder stärker werden; darauf wiederum reagierte die NS-Reichsjugendführung mit noch massiverer Kriminalisierung „bündischer Umtriebe“.

Die HJ-Publizistik, zumal die interne, war ab 1936 voll von Polemiken gegen „bündische Zersetzung“, und die verfolgerischen Aktivitäten des Staates gegen illegale bündische Gruppen wurden forciert, bis hin zu solch grotesken Maßnahmen, daß der Besitz oder Gebrauch einer Kohte (Lappenzelt) bereits als „staatsgefährdend“ geahndet wurde. Wie beim katholischen Klerus, so wurde auch bei der bündischen Jugend der Vorwurf der Homosexualität als Waffe politischer Verfolgung eingesetzt. Bei den heimlichen bündischen Jugendkreisen erwiesen sich Überlieferungen aus dem Leben der von dj.1.11 inspirierten Jungenschaftsgruppen und des Nerother Wandervogel als besonders resistent gegenüber dem Nationalsozialismus. Dies muß nicht im Sinne einer unmittelbaren antifaschistischen Tradition dieser Richtungen interpretiert werden; plausibel ist, daß das „Kulturgut“ gerade dieser beiden Strömungen den deutlichsten Gegensatz zur HJ-Erziehung hergab und von daher für oppositionelle Jugendgruppen identitätsstiftend war¹³⁾.

An bündische Überlieferungen in gewissermaßen popularisierter Erscheinungsform knüpften auch die „*wilden*“ Jugendgruppen vom Typ der „Meuten“ oder der „Edelweißpiraten“ an, die in den Kriegsjahren den Höhepunkt ihrer Verbreitung fanden, sich aber bereits vor Kriegsbeginn vielfach herausbildeten. Ihre regionalen Schwerpunkte hatten diese spontanen Gruppen dort, wo vor 1933 populäre jugendbewegte Bünde stark vertreten waren und der NS-Staat das überkommene Milieu der Arbeiterbewegung und des „volkstümlichen Katholizismus“ nicht völlig verdrängen könne; am eindeutigsten trafen diese Merkmale im Rhein-Ruhrgebiet zusammen. Die Gruppen vom Typ der „Edelweißpiraten“ können gewiß nicht als Fortsetzung der früheren Arbeiterjugendbewegung interpretiert werden; sicher ist aber, daß sie

Schellenberger, Katholische Jugend und Drittes Reich, Mainz 1975; Oskar Neisinger, Flugblätter — Katholische Jugend im Widerstand gegen den NS, Würzburg 1982.

¹²⁾ Vgl. dazu Michael H. Kater, Bürgerliche Jugendbewegung und Hitlerjugend in Deutschland von 1926 bis 1939, in: Archiv für Sozialgeschichte, XVII. Band, Bonn 1977. Wichtige Beiträge zum Verhältnis von Jugendbewegung und NS bzw. HJ in den Jahrbüchern des Archivs der deutschen Jugendbewegung, Bde. 11 und 12, 1979 und 1980.

¹³⁾ Näheres bei Klönne, a. a. O. Zur NS-offiziellen Sichtweise der bündischen Opposition vgl. Max Nietzsche, Bund und Staat — Wesen und Formen der bündischen Ideologie, Würzburg 1942, ferner „Lagebericht: Kriminalität und Gefährdung der Jugend“, hrsgg. vom Jugendführer des Deutschen Reiches, Berlin 1941, Nachdruck unter dem Titel „Jugendkriminalität und Jugendopposition im NS-Staat“, eingeleitet von Arno Klönne, Münster 1981.

den Schwerpunkt ihrer Rekrutierung keineswegs in den bildungsbürgerlichen Schichten hatten, während die vom NS-Staat ebenso verfolgte „Swing“-Jugend ihren Boden eher im Gewerbebürgertum hatte und sich an ausländischen, „westlichen“ Mustern des Jugendlebens orientierte und nicht an der Tradition der deutschen Jugendbewegung¹⁴⁾.

Den NS-Organen galten die „wilden bündischen Gruppen“ gerade auch deshalb als systemgefährdend, weil sie sich ohne organisatorisches Gerüst, sozusagen per Ansteckung entwickelten und ausbreiteten; hinzu kam, daß diese Gesellungen weitgehend jenes romantische Gruppen- und Fahrtenleben praktizierten, das die HJ selbst einst der Jugend anzubieten schien, das ihr aber im Zuge ihrer quasimilitärischen Bürokratisierung abhanden gekommen war. Die „wilden Gruppen“ waren eine jugendgemäße Reaktion auf die innere Entwicklung der HJ und ihres Jugendpflichtdienstes, der dem Bedürfnis nach jugendlicher Selbstbestimmung in Kleingruppen immer weniger Lebensraum beließ.

Sicherlich waren auch die Jugendlichen, die sich in „wilden bündischen Gruppen“ zusammenfanden, nur eine Minorität innerhalb der damaligen Jugendgeneration (wie die oppositionellen Jugendkreise überhaupt); dennoch stellten sie den Herrschaftsanspruch der NS-Staatsjugendorganisation strukturell in Frage. Interne Denkschriften der Reichsjugendführung aus den Jahren 1941 und 1942 und ein Runderlaß des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei vom 25. Oktober 1944, um nur diese Dokumente zu nennen, bezeugen eindrucksvoll, daß der NS-Staat trotz aller Machtmittel nicht in der Lage war, die oppositionelle Bewegung unter Jugendlichen auszurotten¹⁵⁾.

Dieses Kapitel der Geschichte des Dritten Reiches und zugleich der Geschichte „beweg-

ter Jugend“ in Deutschland zur Kenntnis zu nehmen, setzt voraus, daß man sich von historischen Blickverengungen löst. Wer nur nach direkten Widerstandsaktivitäten junger Menschen im Dritten Reich fragt, etwa im Sinne der Handlungen der Gruppe um die Geschwister Scholl, erfährt nicht genug über die Einpassung oder Nicht-Einpassung der Jugend in das NS-Sozialisationsystem. Daß die jungen Leute der „Weißen Rose“ vielfach aus einer bündisch-jugendlichen Opposition herkamen (was in der Literatur oft zu kurz kommt), ist in gewisser Weise exemplarisch; es zeigt, daß Widerstand in einem totalitären System meist, wenn er aus der nachwachsenden Generation kommt, seine Vorgeschichte in einer noch keineswegs hochpolitischen Widerständigkeit, einer jugendspezifischen Opposition hat¹⁶⁾. Unter diesem Aspekt ist es, was das Verhältnis von Jugendbewegung und Drittem Reich angeht, nicht so interessant, nach den Stellungnahmen der Führer der Bünde zum neuen Staat 1933 zu fragen; wichtiger ist die Nachforschung, ob und wie das Milieu der jugendbewegten Gruppe, die „bündische Überlieferung“, ein Oppositionspotential gegenüber der NS-staatlichen Jugendsozialisierung und -Organisation enthielt.

So betrachtet, ist die Geschichte oppositioneller Bewegungen in der Jugend des Dritten Reiches noch keineswegs hinlänglich untersucht oder geschrieben; die Lebenswelt der jugendlichen Gruppen, die sich dem NS-System und der HJ entzogen oder gegen den damaligen Staat standen, ist bisher nicht annähernd dokumentiert, selbst dort nicht, wo beteiligte Personen und auskunftsträchtige Materialien die NS-Verfolgung und den Krieg überstanden haben. Für eine am sozialen Alltag orientierte Aufarbeitung der Jugendgeschichte unter dem Nationalsozialismus bleibt hier noch viel zu tun.

Die Folgen der HJ-Erziehung

Das Ausmaß, in dem sich Jugendliche zwischen 1933 und 1945 in verschiedenen „Ge-

genkulturen“ dem Sozialisationsanspruch des NS-Staates und der HJ entzogen, war beachtlich, und für einen großen Teil der damaligen

¹⁴⁾ Die Edelweißpiraten haben in den letzten Jahren zunehmend wissenschaftliche Würdigung erfahren. Vgl. Detlev Peukert, Die Edelweißpiraten — Protestbewegungen jugendlicher Arbeiter im Dritten Reich, Köln 1980; Matthias von Hellfeld, Edelweißpiraten in Köln, Köln 1981. Auch dieses Thema kann allerdings nicht als abgeschlossen gelten. Eine spezifische Darstellung der Jugendopposition vom Typ der „Swing“-Gruppen steht noch aus.

¹⁵⁾ Vgl. die Abdrucke dieser Dokumente in „Ju-

gendkriminalität und Jugendopposition“, a. a. O., sowie bei Peukert, a. a. O.

¹⁶⁾ Siehe dazu Richard Hanser, Deutschland zuliebe — Leben und Sterben der Geschwister Scholl, München 1980; Michael Verhoeven und Mario Krebs, Die Weiße Rose, Frankfurt 1982; Anneliese Knoop, Jugendwiderstand im Dritten Reich — Willi Graf und die Weiße Rose, in: Unsere Jugend, August 1982.

Oppositionsgruppen Jugendlicher gilt, daß hier die Tradition der deutschen Jugendbewegung noch einmal einen (jugendgeschichtlich wohl letzten) Ausdruck fand. Den Folgen der faschistischen Umstrukturierung der Gesellschaft, insbesondere der Verkehrung von Jugendbewegung in Staatsjugenddienst, konnten sich aber auch die widerständigen Gruppierungen in der Jugend nicht entziehen. Die vom NS-System her aufgezwungene Illegalität ließ öffentlichen Diskurs nicht zu und machte es den oppositionellen Richtungen unmöglich, ihren Protest in eine für die Jugendgeneration insgesamt sichtbare Alternative umzusetzen. Die Wirkung der HJ-Erziehung für die Mehrheit der Jugendlichen lag offenbar vor allem in einer Verhaltenswei-

se, die politisches Nachdenken, gesellschaftliches Experimentieren und die Herausbildung sozialer Utopien verdrängte oder verlorengelassen ließ. In welchem Umfange und auf welche Weise solche Prägungen nach 1945 unter anderen Vorzeichen weiterexistierten oder auch an die nachfolgenden Generationen weitergegeben wurden, ist eine offene Frage.

Aufs Ganze hin gesehen wird man festhalten müssen, daß Hitler-Jugend und NS-Jugendsozialisation die Chancen einer „Kultur-Pubertät“, oder anders gesagt: die Möglichkeiten eines gesellschaftlich und individuell produktiven Milieus jugendlich-gruppierter Selbstfindung für viele Heranwachsende damals nachhaltig zerstörten.

Flucht vor Hitler?

Historiographische Forschungsergebnisse über die Aussichten des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen die nationalsozialistische Machtübernahme

„Flucht vor Hitler“ — diesen Titel gab der 1980 verstorbene bayerische Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner seinen erst 1977 erschienenen, aber vierzig Jahre zuvor in der Schweizer Emigration verfaßten „Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik“¹⁾. Dieser „Bericht eines Mannes, der den Fall von Stufe zu Stufe mit seinen unendlichen seelischen Leiden miterlebt hat“, beginnt mit den erschütternden Sätzen: „Wer an einen Untergang nach heroischem Widerstand denkt, etwa an den Kampf der letzten Goten am Vesuv, an den heldenmütigen Widerstand der 1 400 Eidgenossen in der Schlacht bei St. Jakob an der Birs, an den Verzweigungskampf der österreichischen Arbeiter im Fe-

bruar 1934 oder an die Verteidigung Madrids durch die spanische Volksfront, der muß von meinem Bericht bitter enttäuscht sein. Wir leisteten keinen Widerstand. Wir warfen dem siegreichen politischen Gegner keine Prügel in den Weg.“²⁾ Wenig später heißt es im Rückblick auf die Politik der Tolerierung der Regierungen des Reichskanzlers Heinrich Brüning durch die Sozialdemokratie in den Jahren 1930 bis 1932: „Es war eine furchtbar opferreiche Politik. Wir schwammen wie auf einer Scholle mitten im Eismeer, täglich bröckelten Stücke ab, wir sahen den Tod vor uns, aber wir hofften, bevor er uns umkrallte, das feste Land zu gewinnen.“³⁾

Die Voten der Zeitzeugen ...

Nach den 1952 erstmals veröffentlichten Aufzeichnungen von Julius Leber während seines Gefängnisaufenthaltes 1933/35⁴⁾, in denen er mit der „Passivität“ der Führung seiner Partei und dem zu ihr spiegelbildlichen „Fatalismus weiter Parteikreise“ hart ins Gericht ging⁵⁾, hatte sich mit Hoegner ein weiterer Zeitzeuge zu Wort gemeldet, der sich wie Leber keineswegs auf dem linken Flügel der alten Sozialdemokratie einordnete. Mag sein, daß sich gerade deshalb Historiker besonders häufig auf die Urteile dieser beiden Sozial-

demokraten als ihrer eigenen Beweisführung willkommen berufen. Dabei wird oft übersehen, unter welchen Bedingungen und aus welcher psychologischen Situation heraus die Urteile erfolgt sind und daß Hoegner z. B. in seinen 1959 veröffentlichten Erinnerungen sehr viel bedenklicher, abwägender sein Urteil formuliert hat⁶⁾.

Aber die durch Leber und Hoegner erfolgte strenge Beurteilung der Haltung der sozialdemokratischen Führer besonders am 20. Juli 1932 beim Staatsstreich Papens gegen Preußen⁷⁾ ist von weiteren Zeitzeugen mit der gleichen Entschiedenheit erhärtet worden. So hat sich bereits Erich Matthias in seiner 1960 erschienenen Studie über die SPD am Ende der Weimarer Republik⁸⁾ auf eine Anzahl von Zeitzeugen berufen können, die die Einlas-

¹⁾ Wilhelm Hoegner, Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933, München 1977.

²⁾ Ebd., S. 9.

³⁾ Ebd., S. 19.

⁴⁾ Julius Leber, Gedanken zum Verbot der deutschen Sozialdemokratie Juni 1933, in: ders., Ein Mann geht seinen Weg. Schriften, Reden und Briefe von Julius Leber, hrsg. von seinen Freunden, Berlin, Frankfurt a. M. 1952, S. 185—247.

⁵⁾ Ebd., S. 243.

Vorabdruck des Beitrages der Verfasserin zur Festgabe zum 70. Geburtstag von Shlomo Na'aman, die 1983 in der Reihe der „Schriften aus dem Karl-Marx-Haus“, Trier, erscheinen wird.

⁶⁾ Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München 1959, S. 63.

⁷⁾ Hoegner, Flucht, S. 32; Leber, Gedanken, S. 242f.

⁸⁾ Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Erich Matthias, Rudolf Morsey, (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 99—278.

sungen von Otto Braun und Carl Severing — der beiden Führer, deren Namen nach Julius Leber „viel in dem großen Glauben breiter Massen“ bedeutet hatten — darüber, warum sie 1932 nicht diesem Glauben der Massen entsprechend gehandelt hatten, überwiegend als Selbstrechtfertigungszeugnisse erscheinen lassen⁹⁾. Angesichts dieser Voten der Zeitzeugen werden diejenigen, die auch weiterhin der Argumentation dieser beiden Führer zustimmen, zu bloßen Legitimatoren¹⁰⁾, deren Überlegungen vor der Wucht der Gegenargumente schemenhaft verblassen müssen.

Inzwischen haben sich weitere Zeitzeugen zu Protokoll der Geschichte gemeldet und ganz überwiegend die vorherrschende historiographische Linie eindrucksvoll bestätigt: Große Teile der sozialdemokratischen Parteianhän-

ger in der Eisernen Front und in den Betrieben wollten 1932/33 kämpfen; sie erhielten „kein Signal aus Berlin“ von der Parteiführung. Die wahrscheinlich letzte Chance für die Verwirklichung des Anspruchs der deutschen Arbeiterbewegung, den Nationalsozialismus zu verhindern, ist am 20. Juli 1932 verpaßt worden; danach verlor die Arbeiterbewegung in allen ihren Teilen ihre Widerstandskraft. Und falls es dennoch bis zum 30. Januar 1933 und in den Wochen danach „noch Chancen für eine Wende — oder mindestens für eine ehrenvolle Niederlage — gegeben haben sollte: sie sind nicht wahrgenommen worden“¹¹⁾. Dies schreiben bzw. sagen Zeitzeugen, die es sich nicht leicht machen, ihre Aussagen zu treffen und die die Gründe derjenigen, von denen sie sich damals am Handeln gehindert fühlten, nicht einfach unbeachtet lassen.

... und die Auffassungen der Historiker

Nach dieser eindeutigen Zeugenschaft können sich die Historiker in ihrer Überzeugung, daß ihren eigenen Analysen und Interpretationen ein hohes Maß an Realitätsnähe oder sogar -übereinstimmung zukommen dürfte, bestärkt finden, und dies um so mehr, da sie teilweise zu ihren Ergebnissen bereits zu einem Zeitpunkt gelangt sind, als sie angesichts der Forschungslage noch Pionierleistungen zu erbringen hatten. So hat Karl Dietrich Bracher schon 1955, seine Erwägungen über Papens Staatsstreich abschließend, festgestellt: „Man kann den für eine funktionierende Demokratie selbstverständlichen Motiven und Bedenken der verantwortlichen Preußen-Politiker die menschliche Achtung schwerlich versagen. Den gegebenen politischen Notwendigkeiten aber konnten sie nicht entsprechen. Es blieb doch die Möglichkeit einer

nachhaltigen Demonstration, einer Bekundung des ungebrochenen Selbstbehauptungswillens der Demokratie auch gegen zeitweilig überlegene Gewaltaktionen. Dies hätte über alle berechtigten sachlichen Erwägungen hinweg aus dem psychologisch-moralischen Zusammenbruch der republikanischen Kräfte doch noch ein demokratisches Selbstbewußtsein retten, den neuen Machthabern ihren Weg erschweren, die künftigen Entwicklungen verzögern und einschränken können. So hat das Verhalten der Führung der inneren Festigkeit und dem politischen Glauben besonders auch der SPD-Anhänger einen Schlag versetzt, der die Partei entscheidend lähmte und ihre Passivität gegenüber der Hitlerschen Machtergreifung, schließlich — kaum

⁹⁾ Vgl. in der Monographie von Erich Matthias (Anm. 8) die Aussagen u. a. von: Fritz Erler, Herbert Erler, Ernst Schumacher, Hans Jahn, Karl Meitmann, Georg Eckert, Emil Groß, Herbert Meyer, Herbert Weichmann, Fritz Sänger, Wolfgang Abendroth. Für Abendroth vgl. auch dessen autobiographischen Text: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgezeichnet und herausgegeben von Barbara Dietrich u. Joachim Perels, Frankfurt a. M. 1976. Vgl. auch Otto Buchwitz, 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (O) 1950, S. 118.

¹⁰⁾ So vor allem Friedrich Stampfer, Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik, 3. Aufl., Hamburg o. J. (1953).

¹¹⁾ So Willy Brandt, Links und frei. Mein Weg 1930—1950, Hamburg 1982, S. 51, mit dem Zusatz: „Dies schreibt einer, dem nichts fremder ist, als auf Kosten anderer tapfer reden zu wollen, und der auf seine Weise lernen mußte, daß man von einem Ochsen kein Schweinefleisch erwarten kann.“ Ferner Heinz Kühn, Widerstand und Emigration. Die Jahre 1928—1945, Hamburg 1980, insb. S. 42, 50f.; Max Diamat, Diszipliniert in den Untergang, in: Vorwärts v. 22. 7. 1982, S. 18; „Wir haben unsere letzte, unsere große Stunde verpaßt.“ Interview mit Karl van Berk zum „Preußenschlag“ am 20. Juli 1932, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 33. Jg. 1982, H. 8, S. 478—485; Adam Wolfram, Es hat sich gelohnt. Der Lebensweg eines Gewerkschafters, Koblenz 1977. So auch Alex Möller auf der Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum 50. Jahrestag des 20. Juli 1932 in Berlin (vgl. Anm. 21).

11 Monate später — ihre Auflösung besiegelte.“¹²⁾

Erich Matthias kommt in seinem 1960 veröffentlichten Beitrag nach sehr sorgfältigen Abwägungen zu dem gleichen Urteil: „Wie sehr auch der Boden schwankt, auf dem sich unsere Betrachtung bewegt, sicher ist folgendes: mit dem 20. Juli war die letzte Chance einer Ausweitung der republikanischen Widerstandsbasis nach rechts und nach links verscherzt; und die Auswirkungen eines vollen Mißerfolgs hätten nicht verheerender sein können als die politischen und psychologischen Folgen der Untätigkeit.“¹³⁾

Beide Autoren haben in der Zwischenzeit wiederholt — wenn auch nicht immer uneingeschränkt — Zustimmung gefunden; sie sind in weiteren Detailuntersuchungen bestätigt worden¹⁴⁾; sie sind aber auch — wenn auch manchmal um die Bedenken, die beide Autoren gegen ihre eigenen Schlußfolgerungen vorgetragen haben, verkürzt — in Beiträgen aufgenommen worden, die gezielt der politischen Bildungsarbeit dienen sollen¹⁵⁾.

Indessen haben Karl Rohe in seiner Monographie über das Reichsbanner¹⁶⁾ und Hagen Schulze in mehreren Veröffentlichungen¹⁷⁾ eine durchaus als alternativ zu bezeichnende

Interpretationsrichtung angeboten. Entgegen der überwiegenden Zeitzeugenmeinung und Historikerauffassung — Widerstand (insbesondere am 20. Juli 1932) war nicht nur nötig, sondern auch möglich — lautet die Summierung der Argumente bei Rohe eher: Widerstand war gewiß nötig, aber eben nicht möglich. Denn das Ausmaß des Widerstandswillens lasse sich nur schwer abschätzen; jede Untersuchung der Einsatzbereitschaft der Eisernen Front bleibe von der Quellenlage her gesehen fragmentarisch und quellenkritisch noch dazu problematisch, weil sie auf Aussagen der Beteiligten angewiesen sei, deren Subjektivität nicht auszuschalten ist. Eine flächendeckende, d. h. auf das ganze Deutsche Reich sich beziehende Widerstandsbereitschaft kann nicht nachgewiesen werden, auch gibt es auf einige Regionen bezogen einander ausschließende Hinweise; es hat zwar bei den Massen der Eisernen Front einen gewissen „Erregungszustand“ gegeben, der dazu geführt habe, daß sie „wohl durchweg einem Widerstandsappell Folge geleistet hätten, daß dagegen eine vor keinen Konsequenzen zurückschreckende Kampfschlossenheit nur bei wenigen besonders aktivistischen Gruppen anzutreffen war“¹⁸⁾. Rohe schließt seine Erwägungen mit den folgenden Überlegungen ab: „Daß die Linke eine Chance besaß, einen 20. Juli zu verhindern oder ihm eine Form zu geben, die nicht totale Preisgabe bedeutete ... scheint zumindest einer Überlegung wert zu sein. Skeptisch wird man dagegen die Möglichkeiten eines Widerstands am Tage des ‚Preußenschlages‘ selbst beurteilen müssen.“¹⁹⁾

Rohe unterschätzt zwar nicht den moralischen Gewinn, den ein kämpferischer Untergang hätte haben können, sagt aber ebenso deutlich, daß dieser „die mutmaßlichen Folgen einer solchen Handlung nicht“ aufgewogen hätte. Eine solche Feststellung tangiert nicht die Gesamteinschätzungen von Rohe: „Die kampflöse Kapitulation der Linken hat der Republik und dem Glauben an ihre innere Kraft das Rückgrat gebrochen und damit der nationalsozialistischen Machtergreifung den Weg bereitet.“²⁰⁾

Auch Hagen Schulze kommt im Unterschied zu Bracher und Matthias und in Übereinstim-

¹²⁾ Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, 2. verb. u. erw. Aufl., Stuttgart, Düsseldorf 1957, S. 599.

¹³⁾ Matthias in: Matthias/Morsey, Ende, S. 144.

¹⁴⁾ Vgl. z. B. Hans-Peter Ehni, Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928—1932, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 266 ff.

¹⁵⁾ Vgl. z. B. Heinrich Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, in: Susanne Miller, Heinrich Potthoff, Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848—1980, 4. überarb. u. erw. Aufl. 1981, S. 125—141; Wolfgang Benz, Staatsstreich gegen Preußen am 20. Juli 1932, in: Wolfgang Benz, Imanuel Geiss, Staatsstreich gegen Preußen. 20. Juli 1932, hrsg. v. d. Landeszentrale für politische Bildung NRW, Düsseldorf o. J. (1982), S. 30 f.

¹⁶⁾ Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966.

¹⁷⁾ Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt a. M., Berlin, Wien 1977, S. 746—755; ders., Die SPD und der Staat von Weimar, in: Michael Stürmer (Hrsg.), Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas, Königstein i. Ts. 1980, S. 272—286; ders., Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie 1932/33, Bonn-Bad Godesberg 1975, Einleitung S. XV—XXXIII; ders., Weimar. Deutschland 1917—1933 (Die Deutschen und ihre Nation), Berlin 1982.

¹⁸⁾ Rohe, Reichsbanner, S. 429 f.

¹⁹⁾ Ebd., S. 434 f.

²⁰⁾ Ebd., S. 436; Rohe teilt allerdings nicht die Auffassung, worauf noch zurückzukommen sein wird, daß nunmehr jegliche Widerstandskraft gebrochen gewesen sei.

mung mit Rohe zu der Auffassung, daß der 20. Juli 1932 keine wirkliche letzte Chance für einen Widerstand gegen die nationalsozialistische Machtübernahme gewesen sei. Schulze gewinnt seine Interpretationsergebnisse aus der Analyse des politischen Kräfteparallelogramms und der immanent fehlenden Voraussetzungen insbesondere bei den sozialdemokratischen Führungsspitzen für einen bürgerkriegsartigen Widerstand²¹⁾. Aber gerade diese fehlenden Voraussetzungen sind für ihn der Ansatzpunkt für seine Kritik an der SPD, die ihn wieder in Übereinstimmung mit Matthias bringt: „Gemessen an ihrer Verantwortung für die Stabilität und das Überleben der Weimarer Verfassungsordnung hat die deutsche Sozialdemokratie in der Krise des ersten demokratischen Experiments der deutschen Geschichte offenkundig versagt.“²²⁾ Sie hat versagt — wie bereits Matthias konstatiert hatte —, weil sie gefangen blieb in ihrem teils revolutionären, teils reformistischen Attentismus und in ihrem Anti-Etatismus, weil sie ihren überlebten „marxistischen Ballast“ weiterschleppte, sich in einem ihre Passivität und ihren Immobilismus überdeckenden Scheinaktivismus erschöpfte, ihrem Organisationspatriotismus erlag und in ein vulgärmarxistisches historisches Analogiedenken absank²³⁾.

Angesichts dieser Analyse- und Interpretationslage ist es nur konsequent, wenn Karl Dietrich Erdmann auf dem Kölner Kolloquium der Fritz-Thyssen-Stiftung im Juli 1979 über die Sozialdemokratie unter Verwendung der eben referierten Argumente das Urteil fällt, „daß die deutsche Sozialdemokratie in der Stunde der Krise der Demokratie nicht auf der Höhe der Situation war“²⁴⁾, und damit auch seine allgemeine Aussage über den Selbstmord der Weimarer Demokratie unter-

mauerte: „Die Weimarer Demokratie ist nicht an ihren Gegnern, sondern an sich selbst zugrunde gegangen.“²⁵⁾

Erst recht haben Historiker, die das legitime Bedürfnis leitet, an der „Trauerarbeit“ der Arbeiterbewegung teilzuhaben, und die aus der Geschichte überwiegend in jener zurückhaltenden Weise Lehren ziehen möchten, wie dies die methodologischen Ansprüche ihrer Wissenschaft gebieten, jene Defizite scharf konturiert benannt, die die Einlösung des Selbstanspruchs der Arbeiterbewegung, in Deutschland den Nationalsozialismus zu verhindern und damit den Faschismus in Europa, unmöglich gemacht haben²⁶⁾. So wirft Gerhard Beier der Gewerkschaftsführung vor, sie habe keine erfolgreiche dynamische Strategie entwickelt; er spricht von falschen Entscheidungen, von versäumten Gelegenheiten, von Kopfflosigkeit, Verwirrung und Abwarten aus Schwäche²⁷⁾.

Rolf Wabner²⁸⁾ benutzt in seiner Darstellung der Geschichte der hannoverschen Arbeiterbewegung ähnliche Kennzeichnungen: In reichlich freischwebender Argumentation sagt er „der SPD“ eine „fatale Fehleinschätzung“ des Nationalsozialismus nach, die nicht zuletzt daran gelegen habe, „daß sie sich vor jeder gewaltsamen, außerparlamentarischen und eventuell legalitätsgefährdenden Aktion fürchtete. So diente ihr tief verwurzelter Pazifismus ihnen als Vorwand, um weiterhin passiv bleiben zu können.“ Wabner glaubt zu wissen, daß die Führer der Arbeiterbewegung „überängstlich wohl lieber an die Grenze ihrer eigenen Vernichtung gehen“ wollten, „als den ersten Schritt zur Gegenwehr zu unternehmen“, während die Arbeiterschaft „den abwartenden bis zurückweichenden Kurs ihrer Führer mitmachte“, weil sie ihnen bedingungslos vertraute. Wabner spricht von der „Unangemessenheit der Politik der Führer der Arbeiterbewegung“, die nach seiner Auffassung „im wesentlichen“ auf deren „im 19. Jahr-

²¹⁾ Dieser Auffassung haben auch Eberhard Kolb und Hans Mommsen auf der Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum 50. Jahrestag des 20. Juli 1932 in Berlin Ausdruck verliehen. Vgl. den Bericht von Antje Dertinger im Vorwärts v. 29. 7. 1982.

²²⁾ Schulze in: Stürmer, Weimarer Republik, S. 279.

²³⁾ Auch die Verfasserin dieses Beitrages hat wiederholt, z. B. auch in ihrer „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (München 1970, S. 199—205), so argumentiert und versucht nun mit diesem Beitrag, ihre frühere Auffassung in entscheidenden Punkten zu modifizieren.

²⁴⁾ Karl Dietrich Erdmann, Versuch einer Schlußbilanz, in: Karl Dietrich Erdmann, Hagen Schulze (Hrsg.), Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute. Kölner Kolloquium der Fritz-Thyssen-Stiftung Juni 1979, Düsseldorf 1980, S. 357.

²⁵⁾ Ebd., S. 346.

²⁶⁾ Ich verweise hier nur auf einige vor allem neuere Darstellungen bzw. Interpretationen und vernachlässige auch Interpretationsangebote der marxistisch-leninistischen Historiographie oder ihr angenäherte Positionen. Zu letzterem vgl. Bärbel Hebel-Kunze, SPD und Faschismus. Zur politischen und organisatorischen Entwicklung der SPD 1932—1935, Frankfurt a. M. 1977.

²⁷⁾ Gerhard Beier, Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt a. M., Köln 1975, siehe insb. S. 20ff.

²⁸⁾ Rolf Wabner, Lernen aus verpaßten Chancen. Zur Geschichte der hannoverschen Arbeiterbewegung 1815—1933, Köln 1982, S. 213, 214, 220, 221, 222.

hundert gewachsenen kleinbürgerlich-sozialistischen Mentalität" beruhte: Parteihierarchie, Legalitätsdenken, Parlamentsfixiertheit, Blickverengung, „legalistische Verblendung" — all dies hat, so wie er es sieht, zum Verzicht „auf den außerparlamentarischen, bewaffneten Kampf" geführt. Im Vorwort zu Wabners Buch macht Peter von Oertzen am nach seiner Meinung besonders plastischen Beispiel Hannovers den allgemeinen Widerspruch „zwischen der Kampfbereitschaft einer — in Reichsbanner und Eiserner Front — immer besser organisierten Arbeiterbasis und der staats- und ordnungsgläubigen resignierenden Haltung der gewerkschaftlichen und politischen Führung"²⁹⁾ fest.

Patrick von zur Mühlen³⁰⁾ bewegt sich in der Nähe dieser Argumentation, wenn er behauptet, daß (am 20. Juli 1932) die „potentielle wirksame Waffe der ‚Eisernen Front‘ nicht zum Einsatz" kam, „obwohl ihre Mitglieder und ein großer Teil der Parteianhänger zum Widerstand bereit waren", und kritisiert, daß die Parteiführung sich auf nur „verbale und legale Proteste" beschränkte.

Selbst Klaus Schönhoven³¹⁾, der äußerst umsichtig argumentiert und Erklärungszugänge für das Verhalten der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und ihrer Führer erschließt, deren Gewicht noch angesprochen

werden wird, kommt dennoch nicht an dem Vorwurf an die Adresse der Parteiführung vorbei, sie habe das Potential der SPD nicht wirkungsvoll genug zur Geltung gebracht; wenn auch keine Erfolgchancen für einen Bürgerkrieg bestanden hätten, so wäre doch „ein heroisches Signal" (gemeint mit Blick auf Österreich) angemessener gewesen, als „die legalistische Passivität der verantwortlichen SPD-Führer".

Auch Arno Klönne und Eberhard Heupel³²⁾ sind scharfe Kritiker des Verhaltens der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik; ihre Argumente sind im Prinzip die gleichen, wie die der bereits genannten Autoren, wobei Heupel auch noch die sozialistische Linke in seinen Attentismus- und Immobilismus-Vorwurf einbezieht. Indirekt und sicherlich unbeabsichtigt stellen nun aber gerade Klönne und Heupel den stromlinienförmigen historiographischen Konsens in Frage, in dem sie vergleichsweise kleinlaut werden, wenn sie alternative Handlungsspielräume, die sie entdeckt zu haben glauben, entsprechend ihrem soliden methodischen Anspruch nun auch auf ihre Realitätsnähe abklopfen: Die Konkretheit der historischen Bedingungen seit 1931 entzieht sich dann der Logik ihrer langfristigen Perspektiven.

Ansätze zu einer Kritik der vorherrschenden Historiker-Auffassungen

Nur vereinzelt, oft nur beiläufig erwähnt oder in einem anderen systematischen Zusammenhang unterstrichen und kaum von Zeitzeugen unterstützt, sind bisher Auffassungen gegen

den dominanten Trend dieser Interpretationen geäußert worden. So hat kein Geringerer als Karl Dietrich Bracher selbst auf ein analytisches Defizit in der Geschichtsschreibung aufmerksam gemacht: Bisher sei die sich gegen die Linke auswirkende Arbeitslosigkeit, die für das Verständnis des Verhaltens derer wichtig sei, „von denen man mehr als Wider-

²⁹⁾ Ebd., S. 13. „Plastisch" erscheint ihm das Beispiel Hannovers deshalb, weil hier in den Großbetrieben Conti und Hanomag bis 1930 eine größere Streiktätigkeit zu verzeichnen war, dann aber 1932/33 keine Widerstandsaktionen größeren Ausmaßes stattgefunden haben, was nach Wabner (S. 222) an den dämpfenden, sich selbst und die Arbeiter zurückhaltenden Führern lag.

³⁰⁾ Patrick von zur Mühlen, Sozialdemokraten gegen Hitler, in: Richard Löwenthal, Patrick von zur Mühlen (Hrsg.), Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933—1945, Berlin, Bonn 1982, S. 57f.

³¹⁾ Klaus Schönhoven, Geschichtliche Voraussetzungen für den Aufstieg des Nationalsozialismus, in: Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung 1933—1945, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 180), Bonn 1981, S. 58ff.

³²⁾ Eberhard Heupel, Reformismus und Krise. Zur Theorie und Praxis von SPD, ADGB und AfA-Bund in der Weltwirtschaftskrise 1929—1932/33, Frankfurt a. M., New York 1981; Arno Klönne, Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen, Düsseldorf, Köln 1980. Siehe zu beiden Büchern auch den Literaturbericht von Helga Grebing/Doris von der Brèlie, Grundprobleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bemerkungen zu einigen Gesamtdarstellungen und Spezialstudien, der in Bd. XXIII (1983) des Archivs für Sozialgeschichte erscheinen wird.

spruch glaubte erwarten zu können³³⁾, nicht genügend berücksichtigt worden. Für Imanuel Geiss rief die Weltwirtschaftskrise einen neuen Schub der Radikalisierung hervor, dessen Ergebnis die Handlungs- und Manövrierunfähigkeit der Gewerkschaften und der SPD war³⁴⁾. Aber erst Ursula Büttner hat für Hamburg die soziale, die sozialmoralische und die politische Folgeschwere der Weltwirtschaftskrise methodisch gut abgesichert aus großen Materialmengen herausgearbeitet und ist zu dem Urteil gelangt, daß „angesichts des Ausmaßes der Not die Wähler überfordert (waren), wenn sie aus Sorge um die Erhaltung des demokratischen Rechtsstaats Parteien stärken sollten, die für die unmittelbar drängendsten wirtschaftlichen Probleme keine Lösung wußten. Es verdient im Gegenteil Anerkennung, daß noch immer Tausende trotz oft sehr bedrückter materieller Lage im Reichsbanner aktiv für die Republik eintraten und fast 300 000 Wähler bei den Bürgerschaftswahlen 1931 der Erhaltung des bestehenden demokratischen Staates den Vorrang vor anderen Zielen gaben.“³⁵⁾

Sie hat damit eine früh geäußerte Mutmaßung von Rudolf Vierhaus, daß man „die Auswirkungen der Krise auf das politische Bewußtsein der Menschen und damit auf ihre politische Haltung und Stellungnahme kaum überschätzen (kann)“³⁶⁾, in ihrem Aussagewert bestätigt. In einer vorweggenommenen Antwort auf die Thesen von Knut Borchardt, daß erst im Sommer 1931 die politisch Verantwortlichen den Charakter und das Ausmaß der Krise hätten erkennen können und deshalb keine Chance gehabt hätten, den Wirtschaftsverfall aufzuhalten und der Radikalisierung der Bevölkerung entgegenzuwirken³⁷⁾, hatte schon Werner Jochmann auf die

Breite der zeitgenössischen liberalen, Kapitalismus-immanenten Kritik an Brüning's Deflationspolitik aufmerksam gemacht³⁸⁾.

Thesenförmig zugespitzt hat Theo Pirker³⁹⁾ Auffassungen vorgetragen, die — wenngleich analytisch unabgesichert — ein erhebliches Maß an Plausibilität haben und denen man fast einen antithetischen Charakter zuschreiben möchte: Vehement verwirft Pirker die „Legende“, die das Verhalten der Arbeiterbewegung 1932/33 im Grunde genommen mit dem Verrat der Führer an den Massen zu erklären beansprucht: „Ich halte von dieser These überhaupt nichts und bin, auch wenn man mich deswegen als ‚verspäteten Agenten des deutschen Imperialismus‘ denunzieren mag, grundsätzlich anderer Meinung: Gerade dieses Verhalten der sozialdemokratischen Parteiführer entsprach nicht nur dem Willen ‚der sozialdemokratischen Massen‘, sondern es entsprach der Tradition der sozialdemokratischen Partei selbst!“⁴⁰⁾ Die KPD betrachtet er als bündnisunfähig, allenfalls als bündnisoffen in dem Sinne, daß sich die potentiellen Bündnispartner der KPD-Führung unterwerfen sollten; die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterbewegung war seines Erachtens in dieser Phase nicht möglich; die Gewerkschaften befanden sich „nicht nur im Zustand der Paralyisierung, sondern auch und vor allem im Zustand des Kompromisses“: sie „woll-

³³⁾ Werner Jochmann, Brüning's Deflationspolitik und der Untergang der Weimarer Republik, in: Dirk Stegmann, Bernd-Jürgen Wendt, Peter Christian Witt (Hrsg.), Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Festschrift Fritz Fischer, Bonn 1978, S. 97—112. Jochmann nennt Theodor Wolff, Leopold Schwarzschild, L. Albert Hahn, Moritz J. Bonn, Joseph Schumpeter, Bernhard Harms. Gegen Borchardts Thesen können natürlich auch jene marxistischen Krisentheoretiker angeführt werden, die die Krise und ihren Charakter durchaus realitätsadäquat vorausgesehen haben; vgl. hierzu Helga Grebing, Die Weiterentwicklung des historischen Materialismus im Kontext der Aufgabenstellung der sozialistischen Arbeiterbewegung nach dem Ersten Weltkrieg, in: Horst Heimann, Thomas Meyer (Hrsg.), Reformsozialismus und Sozialdemokratie. Zur Theoriediskussion des Demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik, Berlin, Bonn 1982, S. 35—58. Zu Borchardt vgl. neuerdings Claus-Dieter Krohn, „Ökonomische Zwangslagen“ und das Scheitern der Weimarer Republik. Zu Knut Borchardts Analyse der deutschen Wirtschaft in den zwanziger Jahren, in: Geschichte und Gesellschaft, 8. Jg. 1982, H. 3, S. 415—426.

³⁹⁾ Theo Pirker, Zum Verhalten der Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung in der Endphase der Weimarer Republik, in: Erdmann/Schulze, Weimar, S. 323—332.

⁴⁰⁾ Ebd., S. 325.

³³⁾ Vgl. Bracher laut „Ergebnisdiskussion“ in: Erdmann/Schulze, Weimar, S. 342.

³⁴⁾ Imanuel Geiss, Der 20. Juli 1932. Ein historisch-politischer Rückblick, in: Benz/Geiss, Staatsstreich, S. 41—44.

³⁵⁾ Ursula Büttner, Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928—1931, Hamburg 1982, S. 503.

³⁶⁾ Rudolf Vierhaus, Auswirkungen der Krise um 1930 in Deutschland. Beiträge zu einer historisch-psychologischen Analyse, in: Werner Conze, Hans Raupach (Hrsg.), Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/1933, Stuttgart 1967, S. 158.

³⁷⁾ Vgl. u. a. Knut Borchardt, Wirtschaftliche Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik, in: Erdmann/Schulze, Weimar, S. 211—238, sowie ders., Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre. Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Jahrbuch 1979, München 1979, S. 88—132.

ten unter allen Umständen ihre Organisation retten, und nichts sonst!"

Dies, so Pirker, verstehe man erst, wenn man erkenne, „welche Bedeutung für einen deutschen Gewerkschaftler seit jeher die Aufrechterhaltung der Organisation gehabt hat“. Aus all diesen Gründen bezweifelt er, daß die am Ende der Republik vollkommen bewegungsunfähige Arbeiterbewegung daran denken konnte, „z. B. durch die Proklamation eines Generalstreiks den Vormarsch des Faschismus aufzuhalten...“⁴¹⁾.

Josef Felder, das letzte noch lebende Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die am 23. März 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz stimmte, hat dieses Urteil aus seiner Sicht, unabhängig von Pirker, bestätigt: „Damals (am 20. Juli 1932, H. G.) haben die Reichsbannerleute bei uns, ihre Schufo-Abteilungen und viele Parteigenossen geglaubt, jetzt sei eigentlich der entscheidende Moment zum Gegenschlag gekommen, jetzt müsse man eingreifen. Aber inzwischen war die Arbeitslosigkeit auf sechs Millionen angestiegen. Ich weiß selbst aus der bedeutenden Industriestadt Augsburg, daß die Masse der Arbeiter von lähmendem Entsetzen geplagt und nicht bereit war, anzutreten, wenn nicht von der Spitze des ADGB das Signal gegeben werde.“⁴²⁾

Peter Lösche bringt die Diskussionslage auf den richtigen Punkt, wenn er das Wunschenken der Historiker mit den Denkhorizonten der damals Handelnden bzw. Nicht-Handelnden implizit konfrontiert, indem er darauf hinweist, daß die Voraussetzungen für einen aktiven Widerstand gegen Papens Staatsstreik gewesen wären, „daß legalistisches Denken und ausschließlich auf die parlamentarischen Institutionen fixiertes Handeln der SPD hätten überwunden werden müssen, eine

Tradition also, in der gerade preußische Sozialdemokraten Politik formulierten“⁴³⁾.

Diese Voten für eine Modifikation der herrschenden Interpretation bilden den Ausgangspunkt für eine Kritik an der Methode, die zu dieser Interpretation geführt hat, und für eine Kritik an der perspektivischen Verengung der inhaltlichen Aussagen. So hat m. E. die Untersuchung von Erich Matthias, die seinerzeit einen Durchbruch in der Interpretation der Geschichte der SPD am Ende der Weimarer Republik bedeutet hat, den Nachteil, daß sich ihr Verfasser, wie er selbst freimütig eingeräumt hat, nur auf vergleichsweise wenige Fallstudien beziehen konnte und nur eine geringe Zahl von Einzelzeugnissen zur Verfügung hatte⁴⁴⁾. Matthias hat dann den Einzelfällen, obwohl sie nicht ohne weiteres als beispielhaft ausweisbar sind, das Gewicht einer allgemeinen Tendenz gegeben, wengleich mit gebührender Einschränkung. Von Matthias' Argumentation abgekoppelt wurden dann diese Verallgemeinerungen für weitere historische Untersuchungen zu nicht mehr reflektierten Erklärungsschablonen. Die Berufungen auf Zeitzeugen hatten schon bei Matthias den Nachteil, daß sie überwiegend — aus der Absicht, die „Führer-Rechtfertigungen“ in ihrem argumentativen Gewicht zu relativieren — recht einseitig zustimmend zur These von der Kampfbereitschaft ausgewählt worden sind oder — was wahrscheinlicher ist — so akzentuiert auch nur zur Verfügung gestanden haben.

Schon Karl Rohe⁴⁵⁾ hat auf eine Reihe von Zeugnissen verwiesen, die die Überbetonung des Faktors Kampfbereitschaft entschieden abbauen. Vielfach wird die Kritik der Zeitzeugen an ihren seinerzeitigen Führern viel zu unkritisch übernommen: Übersehen wird, daß die, die sich heute noch äußern können, damals zu den Jungen, den Aktiven, zu dem

⁴¹⁾ Ebd., S. 327 ff.

⁴²⁾ Referat von Josef Felder anlässlich des Seniorentreffens der SPD am 29. 8. 1981 in Osnabrück, in: Sozialdemokratischer Informationsdienst/Seniorenarbeit, hrsg. vom SPD-Parteivorstand, Bonn, Oktober 1981, S. 1—16. Vgl. auch den Brief von Josef Felder an die Verfasserin vom 12. 7. 1982. Auch Alfred Nau, 1932 hauptamtlich im SPD-Vorstand in Berlin tätig, hat auf der in Anmerkung 21 genannten Veranstaltung erklärt, daß er zwar 1932 als Zeitgenosse die Auffassung vertreten hätte, daß Widerstand hätte geleistet werden müssen, daß er aber heute wisse, daß dieser Widerstand nicht hätte geleistet werden können. Siehe auch den autobiographischen Bericht von Alfred Andersch, Die Kirschen der Freiheit, Neuauf. Zürich 1968, S. 21—38.

⁴³⁾ Peter Lösche, Ernst Heilmann — Sozialdemokratischer parlamentarischer Führer im Preußen der Weimarer Republik, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 33. Jg. 1982, H. 7, S. 426. Zu Heilmann vgl. auch Horst Möller, Ernst Heilmann — Ein Sozialdemokrat in der Weimarer Republik, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte (der Universität Tel Aviv), hrsg. v. Walter Grab, Bd. XI, 1982, S. 261—294, mit einigen kritischen Hinweisen auf den historiographischen Wert von Hoegners „Flucht vor Hitler“.

⁴⁴⁾ Matthias, Die Sozialdemokratische Partei, in: Matthias/Morsey, Ende, S. 139: „Jede Schilderung der Einsatzbereitschaft des Reichsbanners und der Arbeiterorganisationen am 20. Juli muß notgedrungen lückenhaft bleiben.“

⁴⁵⁾ Rohe, Reichsbanner, S. 429 f.

Kern der Kampfwilligen gehört haben und verständlicher Weise ihre Bereitschaft zur kämpferischen Auseinandersetzung als *pars pro toto* zu nehmen geneigt sind. Diejenigen, die seinerzeit anderer Auffassung gewesen sind, leben nicht mehr und sind auf die stellvertretende Führung ihrer Stimme durch die Historiker angewiesen⁴⁶⁾.

Überwiegend wird bei der Verwendung von Zeitzeugnissen zu wenig darauf geachtet, von welchen psychischen Bedürfnissen die Aussagen getragen werden: Nichts Geringeres ist da im Spiele als ‚Trauerarbeit‘ über das als Versagen verstandene Nicht-Handeln der Arbeiterbewegung 1932/33, gemessen an den Folgen dieses Nicht-Handelns. Historiker der neuesten Geschichte befinden sich angesichts dieser Situation in der methodischen Klemme, auf Zeitzeugen nicht verzichten zu können, aber deren Aussagen oft entgegen ihren Ursprungsintentionen oder doch nicht in voller Kongruenz mit ihnen benutzen zu müssen. Historiker der neuesten Geschichte sind aber selber gefährdet — durch die historische Nähe zu ihren Gegenständen und als Zeugen ihrer eigenen Zeit mit den Folgen vergangenen Handelns bzw. Nicht-Handelns konfrontiert — Wunschenken und Wertungsabsichten in die vergangene Zeit zurückzutragen und sich nicht immer ausreichend ideologie-(selbst)kritisch zu überprüfen.

Wahrscheinlich ist es so zu erklären, daß — wenn auch oft recht milde gefaßt — die Führerverrats-These in der historischen Literatur weitergeschleppt wird, obwohl es doch inzwischen eine Binsenwahrheit sein sollte, daß es nicht als das Werk einiger Führer angesehen werden kann, daß die Arbeiterorganisationen so waren, wie sie waren, sondern daß dieses „Sosein“, wenn auch gebrochen, das tatsächliche Bewußtsein der Arbeitermassen selbst reflektiert. So mag es sich ergeben, daß insbesondere die sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen für Defizite gescholten werden, die ihr aus einer anderen Sicht oder bei anderer Gelegenheit als Plus angerechnet werden: Disziplin, Organisationsmacht, Legalität, Gewaltlosigkeit, humane Denkhorizonte und Handlungsvorstellungen, und daß eine gewisse Widersprüchlichkeit in der Argumentation der Historiker unübersehbar wird⁴⁷⁾. Auch werden Handlungszwänge und Situa-

tionsspezifisch oft nur unzulänglich beachtet, wird die politische Lage nur auf der Ebene der zentralen Entscheidungsträger analysiert, und ganze, außerordentlich handlungsdeterminierende Bereiche — wie z. B. die Politik der KPD in den letzten Jahren der Republik — werden ausgeblendet⁴⁸⁾. Da fehlt zwar nirgends der Hinweis auf die Folgen der Weltwirtschaftskrise für die Arbeiterbewegung, aber zugleich werden diese Folgen kaum tatsächlich in die Argumentationskette eingebaut bzw. es wird noch nicht einmal versucht, diese Folgen konkret zu bezeichnen.

Die Berufung auf die jüngeren Zeitzeugen oder besonders begründet Enttäuschte⁴⁹⁾ hat in der Historiographie auch zur Folge, daß nicht unterschieden wird zwischen Kampfwillen und Kampfbereitschaft einerseits und Kampffähigkeit andererseits; eine solche Unterscheidung würde auch durch eine vergleichende Analyse mit der Revolution 1918/20 nahegelegt werden. Sie sollte sich jedoch nicht nur auf die äußeren Rahmenbedingungen für revolutionäres bzw. bürgerkriegsähnliches Handeln beziehen, sondern auch als Mittel dazu dienen, die unter Umständen gegebenen sozialpsychologischen Entlastungsfunktionen verbaler Radikalität zu erkennen. Schließlich werden allzu rasch und umstands-

schem Weg zum Sozialismus, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XVIII, 1978, S. 594—609.

⁴⁸⁾ Das ist z. B. bei Eberhard Heupel (Anm. 32) der Fall.

⁴⁹⁾ Dazu können Julius Leber und Wilhelm Hoegner gerechnet werden. Leber hatte Lübeck quasi zu einer festen Burg der Sozialdemokratie ausgebaut. Hier kam es seit den September-Wahlen 1930 zu massiven und blutigen Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten, hier konnte Hitler im September 1932 nur vor den Toren der Stadt auftreten, hier kam es nach der Verhaftung des von Nazi-Schlägern überfallenen und verletzten Julius Leber am 31. 1. 1933 zu einer Serie von antifaschistischen Demonstrationen, u. a. am 3. 2. 1933 zu einem einständigen Generalstreik. — Wilhelm Hoegner war 1924 Mitglied des vom Bayerischen Landtag eingesetzten Untersuchungsausschusses über den Hitler-Putsch 1923; er war seither einer der besten (und bestgehabten) Kenner des Nationalsozialismus. Er hatte als Sprecher der SPD-Fraktion nach den September-Wahlen 1930 in einer engagierten und in turbulenter Atmosphäre gehaltenen Rede am 18. 10. 1930 gesagt: „Das Großkapital sieht in uns den Feind, in den Nationalsozialisten das Werkzeug zu unserer Bekämpfung ... Die deutsche Arbeiterschaft ist wohl organisiert und diszipliniert, und wir werden keinen Augenblick zögern, das Schwergewicht dieser Organisation, wenn es notwendig ist, gegen den drohenden Faschismus in die Waagschale zu werfen.“ (Stenographische Berichte der Verhandlungen des Reichstags, V. Wahlperiode 1930, Bd. 444, S. 139, 140).

⁴⁶⁾ Vgl. als Beispiel für diese Historiker-Funktion Hagen Schulze über Otto Braun (Anm. 17) und Peter Lösche über Ernst Heilmann (Anm. 43).

⁴⁷⁾ Vgl. hierzu Helga Grebing, Über den Zusammenhang von Gewaltlosigkeit und demokrati-

los — so hat Ursula Büttner angeregt, es zu sehen, — die historischen Vorbelastungen der Weimarer Republik zur Erklärung ihres Endes herangezogen, anstatt „die Wahlergebnisse des Jahres 1919 als Entscheidung für

den politischen Neuanfang ernst zu nehmen und zu klären, warum diese Bereitschaft so rasch der Verherrlichung des alten Systems oder Hinwendung zu irrationalen Zukunftsvisionen wich“⁵⁰⁾.

Möglichkeiten und Wege einer alternativen Interpretation. Zur Bedeutung der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise

Die eben geübte Kritik wird gewiß die Frage provozieren, wie denn eigentlich die Basis für alternative Interpretationsangebote aussehen könnte. Die Antwort auf eine solche Frage kann im Rahmen eines Aufsatzes über Tendenzangaben zunächst nicht hinausgelangen. Eine sehr brauchbare Materialbasis bilden die bereits vorliegenden einschlägigen Untersuchungen insofern, als daß das durch sie gehobene Material einer Sekundäranalyse unterzogen werden kann unter den neugewonnenen Fragestellungen. Ebenso unerlässlich ist die Bezugnahme auf Untersuchungen, die explizit oder implizit die alternative Interpretationsrichtung bereits aufgenommen haben⁵¹⁾, was heißen kann: die Übernahme oder vergleichende Verifikation von Thesen der Autoren. Ferner hat die Verfasserin sich über eine Sammlung von lokalen Informationen eine eigenständige authentische Quellenbasis zu schaffen versucht⁵²⁾; diese Sammlung ist

teilweise zufällig entstanden, teilweise systematisch angelegt worden unter dem Gesichtspunkt, von der Beschreibung der Metropolen wegzukommen und die Lage der Provinz zu eruieren. Das gesammelte Material ist disparat und inhomogen und von sehr unterschiedlichem Zuverlässigkeitsgrad. Zusammengekommen ergibt es aber einen brauchbaren Überblick, der allerdings die Verfasserin nun ihrerseits mitnichten aus jener methodischen Klemme freigibt, in der sie als Kritikerin andere Autoren gebracht zu haben annimmt: Wie kann man mit Aussicht auf Akzeptanz Einzelfälle zu repräsentativen Beispielen erheben und diesen dann in dem gewählten Argumentationsrahmen Verallgemeinerungskraft zubilligen?

Abstrakt läßt sich diese Frage nicht beantworten, allenfalls kann man hoffen, einen

⁵⁰⁾ Büttner, Hamburg, S. 52.

⁵¹⁾ Vgl. Büttner, Hamburg, sowie Klaus Tenfelde, Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900—1945, in: Martin Broszat, Elke Frölich, Falk Wiesemann, Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt (Teil C), München, Wien 1981, S. 1—382; Herbert Scheibe, Ziele und Inhalte betrieblicher und gewerkschaftlicher Interessenvertretung der Braunschweiger Metallarbeiter nach dem Zweiten Weltkrieg (1945—1948). Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung der Braunschweiger Metallarbeiter unter besonderer Berücksichtigung ihrer Erfahrungen am Ende der Weimarer Republik und während der Zeit des Nationalsozialismus. Soz. wiss. Diss. Göttingen 1981.

⁵²⁾ Das Material entstammt Forschungs- und Überlieferungssammelprojekten über die Geschichte der Arbeiterbewegung in Niedersachsen nach 1945, die als Beiprodukt sehr viel Informationsmaterial für die zwanziger und dreißiger Jahre erbrachten; ferner eine Reihe von Studienabschlußarbeiten, über die die Verfasserin bereits berichtet hat (vgl. Helga Grebing, Zur Problematik der personellen und programmatischen Kontinuität in den Organisationen der Arbeiterbewegung in Westdeutschland 1945/46, in: Otto-Brenner-Stiftung [Hrsg.], Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblema-

tik in der Arbeiterbewegung, Frankfurt a. M., Köln 1976, S. 171—194); darüber hinaus hat die Verfasserin in den letzten Jahren lokale und regionale Berichte, Chroniken und Festschriften zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gesammelt. Zusammengekommen liegen ihr auf diese Weise Informationen vor über:

Lübeck, Raum Kiel, Plön, Preetz; Brackwede, Brake, Braunschweig, Duderstadt/Eichsfeld, Einbeck, Emden, Göttingen, Hannover, Hann.-Münden, Leer, Lingen, Lüneburg, Bad Münder, Norden, Northeim, Oldenburg, Osnabrück, Osterode, Spaden, Uslar; Region Harz/Weser, Region Weser/Ems;

Altenkirchen, Köln, Mülheim a. d. Ruhr, Münster, Neveges, Recklinghausen/Ost, Rheda, Ummeln, Lippe-Detmold;

Bingen, Frankfurt a. M., Heuchelheim, Idar-Oberstein, Kinzenbach, Mainz-Gartenfeld, Nierstein, Ofenbach, Seligenstadt, Wiesbaden;

Trier;

Lahr, Pforzheim, Tuttlingen;

Floss, Günzburg, Herzogenaurach, Landsberg, Landshut, Pressath, Weiden, Würzburg.

Die Verfasserin bittet um Zusendung weiterer lokaler Arbeiten zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (gleich welchen Zeitraums) gegen evtl. Kostenersatz an die folgende Adresse: Prof. Dr. Helga Grebing, Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte der Universität Göttingen, Nikolausberger Weg 9c, 3400 Göttingen.

möglichst hohen Grad an Plausibilität für die eigene Argumentation zu erreichen. Diese Plausibilitätserwartung kann in dem nun folgenden thesenförmigen Argumentationsrahmen nicht eingelöst werden; dieser Rahmen dient nur dazu, Anstöße für andere als die herrschenden Interpretationen zu geben, nicht diese Interpretation selbst schon zu erbringen.

Zuallererst sollte versucht werden, Ernst zu machen mit der Forderung nach der Einbeziehung der Folgen der Weltwirtschaftskrise für das Ende der Weimarer Republik und für die Situation der Arbeiterbewegung, selbst wenn dies methodisch nur als einfache Parallelisierung und nicht als Kausalverknüpfung gelingen kann. Dabei wird man auf Quantifizierungen nach wie vor nicht verzichten können, selbst wenn diese nicht mehr erbringen sollten als situationsaufschließende Veranschaulichungen und Ausgangspunkte für Fragestellungen. Etwa so: Ende Juli 1932, dem Monat des Staatsstrechs Papens gegen Preußen, waren 44,4 % der in den Freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften organisierten Arbeiter arbeitslos, 22,3 % standen in Kurzarbeit; Ende Januar 1933 waren es sogar 46,7 % arbeitslose Gewerkschafter und 23,3 % kurzarbeitende, und dies alles bei sinkenden Netto-Reallohnen von 100 Punkten 1928 (wie 1913) auf 64 im Jahr 1932. 15 % der Wohnbevölkerung⁵³) von Lübeck waren Ende 1932 arbeitslos, in Solingen und Chemnitz waren es 17 %, in Plauen 18 %.

Oder nur die Andeutung einer anderen Variante der Quantifizierung: In der Stadt Norden waren im Januar 1932 bereits 95 % der Freien (sozialdemokratischen) Turnerschaft arbeitslos. Die höchste Arbeitslosigkeit herrschte 1932 in Teilen Schlesiens, im Land und in der Provinz Sachsen, im Land Thüringen, in Teilen der Provinz Westfalen und in der Rheinprovinz sowie in den Hafenstädten der Ost- und Nordsee. In Berlin betrug die Tagesration eines aus der Arbeitslosenunterstützung ausgesteuerten Wohlfahrtsunterstützten: sechs kleine Kartoffeln, fünf Scheiben Brot, ein faustgroßer Kohlkopf, ein Stückchen Margarine (und einmal im Monat einen Hering). In Hamburg mußten zwei Drittel der ledigen Frauen mit einer Untersützung zwischen 10 und 13 Mark pro Woche auskommen; Ju-

gendliche bekamen in Hamburg seit 1932 überhaupt keinen Arbeitsplatz mehr.

Die Darstellung der Krisenauswirkungen und der Politik, mit der auf die Krise reagiert wurde, ließe sich beliebig lange fortsetzen: Hier kam es nur darauf an, darauf aufmerksam zu machen, daß eine Demoralisierung der Arbeiterschaft und eine Demontage der Arbeiterorganisationen um sich gegriffen haben könnte, aus der teilweise die Resignation der Führer erklärbar werden könnte (und so gesehen zwar „schwer entschuldbar“⁵⁴), aber eben doch unter Umständen entschuldbar, wenn man sich auf diese Schuldfrage überhaupt einlassen will). Jedenfalls mußten „die Führer“ in ihr strategisches Kalkül die Frage einbeziehen, welches Ausmaß die Demoralisierung der Arbeiter und die Schwächung ihrer Organisationen durch die Weltwirtschaftskrise hatten. Selbst wenn man unterstellt, daß es z. B. am 20. Juli 1932 eine Kampfbereitschaft gab — für wie viele der 971 499 Mitglieder, die die SPD am 30. September 1932 hatte, konnte sie aber wirklich gelten? Und selbst wenn man weiter unterstellt, daß es diese Bereitschaft optimal gegeben hat, so wird man doch fragen müssen, ob akute Kampfbereitschaft gleichzusetzen ist mit langfristiger Kampffähigkeit, die außer strategischem Können und taktischer Gewandtheit den langen Atem rational kalkulierbaren Standhaltens verlangt und die nichts zu tun hat mit einer aus einer miserablen Lage sich ergebenden, emotional explosiven Radikalisierung.

In diesem Zusammenhang könnte versucht werden, die hauptsächlich aus den Jahren 1929 und 1930 stammenden Befragungsbeefunde der Forschungsgruppe um Erich Fromm über Einstellungen und Bewußtseins-horizonte von Arbeitern und Angestellten für die Zeit nach 1930, also der Hoch-Zeit der Krise, fortzuschreiben. Damals konnte nach Fromm nur von einer „mit insgesamt 15 % recht kleinen Gruppe ... in kritischen Zeiten erwartet werden, daß sie den Mut, die Opferbereitschaft und die Spontaneität aufbringen würde, die zur Führung der weniger aktiven Elemente und zur Besiegung des Gegners notwendig sind. Zwar besaßen die linken Parteien die politische Treue und die Stimmen der großen Mehrheit der Arbeiter, aber es war ihnen im großen und ganzen nicht gelungen, die Persönlichkeitsstruktur ihrer Mitglieder so zu verändern, daß diese in kritischen Situationen verlässlich gewesen wären.

⁵⁴) Benz in: Benz/Geiss, Staatsstreich, S. 31.

Auf der anderen Seite zeigten jedoch weitere 25 % der Sozialdemokraten und Kommunisten eine weitgehende, wenngleich geringere Übereinstimmung mit ihren politischen Parteien und ließen keine Persönlichkeitszüge erkennen, die ihren linken Ansätzen widersprochen hätten. Sie konnten deshalb als verlässlich, nicht aber als glühende Anhänger gelten.⁵⁵⁾

Bei der Mehrheit der Anhänger bestand jedoch eine Ambivalenz bzw. Inkonsistenz in den Einstellungen, durch die die linke Außen-seite neutralisiert, ja pervertiert werden konnte. Fromm und sein Herausgeber Bonß schließen daraus, daß diese Befunde dazu beitragen könnten, „die weitgehende geräuschlose Durchsetzung des Faschismus nach 1933 besser zu begreifen“: Die Weimarer Linke war „schon aufgrund der Charakterstruktur ihrer Mitglieder kaum in der Lage . . . , den Sieg des Nationalsozialismus zu verhindern“. Solche Thesen kommen der Durchbrechung eines Tabus gleich, selbst wenn sie von Erich Fromm stammen.

Schwach belegt und aus einer bestimmten methodischen Ecke heraus formuliert, würden sie kaum Durchsetzungskraft gewinnen können, wenn nicht lokal zentrierte Studien zunehmend Hinweise auf die Destabilisierung des Milieus der Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik enthielten: In Hamburg gab es einen Wählerwechsel zur NSDAP⁵⁶⁾; für Braunschweig beschreibt Herbert Scheibe die zwar schleichende, aber offenbar unaufhaltsame Zermürbung der Arbei-

terorganisationen, was eindeutig im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und den Mitteln zu ihrer Bekämpfung gesehen werden muß⁵⁷⁾. Ebenfalls für Hamburg hat Ursula Büttner zeigen können, daß es bei bestimmten Wählergruppen, so bei den Angestellten, keine überrepräsentative Anfälligkeit für den Nationalsozialismus a priori oder aus soziostrukturellen Gründen gegeben hat, sondern daß sich die dominanten Optionen für den Nationalsozialismus unter der Voraussetzung bestimmter Vorprägung erst unter Krisenbedingungen ergeben haben.

Wenn dennoch die Arbeiter im großen und ganzen an ihre alten Organisationen gebunden blieben, so deshalb, weil sie in ihnen Schutzräume gefunden hatten, die sie nun in der Krise erst recht nicht verlassen wollten; aber die Arbeiter konnten aufgrund ihrer durch die Auswirkungen der Krise hervorge-rufenen desolaten Lage ihre Organisationen nicht mehr ohne weiteres als jenes Kräfte-sammlungsfeld annehmen, aus dem heraus sich von ihnen eine aktive Kampfbefähigung erhalten oder überhaupt erst erwerben ließ. In diesem Zusammenhang kann an die negativen Erfahrungen der Linkssozialisten erinnert werden, die angesichts der offensichtlichen Radikalisierung der Anhänger der Arbeiterbewegung erwarteten, daß sie das Gravitationszentrum einer neuen Einheitsbewegung werden könnten, und erkennen mußten, daß sie den beiden großen Arbeiterparteien und genauso wenig den Gewerkschaften die Massenloyalität entziehen konnten.

Die politische Lage der Republik und der Arbeiterbewegung seit den Septemberwahlen 1930

Unter Krisenbedingungen sollte man nicht nur die ökonomischen Faktoren fassen, sondern auch die politische Lage der Republik seit 1930 und besonders im Jahre 1932: Da wurden die Wähler fünfmal zur Wahl gerufen; bei den Reichstagswahlen und bei den Landtagswahlen wurde die NSDAP zum Teil mit großem Abstand die stärkste Partei; in

Oldenburg erreichte sie sogar die absolute Mehrheit; schon gab es auf lokaler Ebene bürgerlich-nationalsozialistische Koalitionen, sogar Beteiligungen der Nationalsozialisten an Länderregierungen, so 1930 in Thüringen mit Frick als Innenminister. Die Republik existierte 1932 nicht mehr als die, die 1919 geschaffen worden war; das, was von ihr übriggeblieben war, gab keine legitimatorischen Impulse mehr dafür ab, sich für sie einzusetzen. Im Gegenteil: Die, die sie verteidigten

⁵⁵⁾ Erich Fromm, Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung, Stuttgart 1980, S. 53f., 250f., sowie die Einleitung von Wolfgang Bonß in: ebd., S. 38.

⁵⁶⁾ Büttner, Hamburg, S. 460f.

⁵⁷⁾ Scheibe, Ziele; vgl. auch Klönne, Arbeiterbewegung, S. 237.

sollten, waren gerade jene, die am nachhaltigsten — und das seit Jahren — belastet worden waren⁵⁸⁾.

Zu den angeführten Faktoren tritt noch die spezielle Situation der deutschen Arbeiterbewegung hinzu. Zunehmend wurde bis zum Ende des Jahres 1932 die Fragmentierung der Arbeiterbewegung spürbar: Zu der sich seit 1929 immer stärker vertiefenden Spaltung zwischen SPD und KPD kam die Entfremdung zwischen SPD und Freien Gewerkschaften, die erst unterschiedliche Vorstellungen über die Krisenbekämpfung entwickelten und sich dann in der Einschätzung des der Situation angemessenen taktischen Verhaltens gegenüber dem Nationalsozialismus von der SPD unterschieden. Als sich ein Teil besonders der jungen aktiven Linken 1931 von der SPD abspaltete und sich zur SAP zusammenschloß, war dies unvermeidbar, weil den Linken kein anderer Weg gelassen wurde, aber zugleich ein zusätzlicher Faktor der Uneinigkeit. Unüberwindbar blieb auch die Trennung der Gewerkschaften in Richtungen, obwohl es zu bestimmten Zeiten der Weimarer Republik bereits so ausgesehen hatte, als ob unterschiedliche weltanschauliche Orientierungen nicht mehr ein Hindernis für Gemeinsamkeiten bei den Auseinandersetzungen mit den Unternehmern bedeuten mußten.

Die Tätigkeit aller Teile der deutschen Arbeiterbewegung vollzog sich nach wie vor in vielen Teilen der Republik und hier besonders in der Provinz in einer seit Generationen arbeiter- bzw. sozialistenfeindlichen Umwelt. Zwar hatte die Republik vielerorts überhaupt erst die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß

die Arbeiterbewegung nicht mehr in einer Atmosphäre der permanenten politischen Verfolgung und der gesellschaftlichen Diskriminierung wirken mußte, und so waren vielerorts in der Provinz positive Beziehungen zur Republik, die die Wende gebracht hatte, entwickelt worden; aber nach 1930 trat hier eine Veränderung zum Negativen ein: Die Vertreter der Arbeiterbewegung sahen sich wieder mit überwunden geglaubten Verhältnissen konfrontiert, d. h. mit dezidiert antisozialistischen bürgerlichen oder gar bereits bürgerlich-nationalsozialistischen Koalitionen (Beispiele für diese radikalen Klimaveränderungen geben Wiesbaden, Göttingen, Pforzheim), und die Einstellung zur Republik wurde ambivalent. Besonders die Sozialdemokraten hatten zunehmend einen zermürbenden „Zwei-Fronten-Krieg“ gegen Nationalsozialisten und Kommunisten zugleich zu führen. Wenn Pirker behauptet, daß die Einheitsfrontbemühungen ohne Chance waren, so wird diese These durch das lokale Material unterstützt, obwohl gerade auch von sozialdemokratischer Seite Versuche nachgewiesen werden können, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. Deren krasse Fixierung auf die Sozialfaschismus-These ließ bei vielen Sozialdemokraten dann aber die Überzeugung wachsen, die Kommunisten müßten nun umgekehrt unweigerlich der Feind Nr. 1 werden, weil sie nur noch den die Republik zerstörenden Rechtsradikalen zuarbeiteten. Und so fand manchmal nur noch ein „Ein-Fronten-Krieg“ zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten statt, so wie ihn Klaus Tenfelde für die „Proletarische Provinz“ Penzberg überliefert hat⁵⁹⁾.

Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und „Preußenschlag“

Seit Oktober 1930 stand fast jede politische Aktivität der Arbeiterbewegung unter faktisch bürgerkriegsähnlichen Bedingungen. Es gab blutige Zusammenstöße überall in der Republik zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten auf der einen und Nationalsozialisten auf der anderen Seite; allein in der Zeit zwischen dem 20. Juni und dem 31. Juli 1932 hatte es bei solchen Zusammenstößen 100 Tote gegeben. Überfälle der SA auf Partei- und Gewerkschaftshäuser und Reichsbanner-

Büros mit anschließenden Plünderungen und Zerstörungen gehörten zum Alltag. Dazu kamen Bomben- und Sprengstoffattentate und vor allem der gegen Einzelpersonen und kleine Gruppen der Arbeiterbewegung gerichtete individuelle Terror der Nationalsozialisten. Im Rahmen dieses alltäglichen Bürgerkriegs war der 20. Juli 1932 großenteils kein besonderes Datum mehr; so gab es in Teilen der Republik überhaupt keine Reaktionen auf den „Preußenschlag“⁶⁰⁾, bzw. es gab

⁵⁸⁾ Büttner, Hamburg, S. 12.

⁵⁹⁾ Tenfelde, Proletarische Provinz, S. 217—222.

⁶⁰⁾ Rohe, Reichsbanner, S. 427 ff., hat die Regionen,

andere, als Historiker sie offensichtlich erwarten. Für letzteres stehe der Fall Lüneburg: Hier hatten die Mitglieder der SPD und der ihr angeschlossenen Organisationen in der Woche, in die der 20. Juli 1932 fiel, folgende Termine wahrzunehmen⁶¹⁾:

Montag, 18. Juli, 19.30, Sitzung der Kampfleitung der Eisernen Front

20.15, Funktionärssitzung der SPD. „Keiner soll fehlen. Türkontrolle. Freiheit!“

Dienstag, 19. Juli, 19.00, Flugblattverbreitung

20.00, Volkshaus. Zusammenkunft der erwerbslosen SPD-Mitglieder

Donnerstag, 21. Juli, 16.00, Öffentliche Versammlung der Rentner, Wohlfahrtsempfänger und Erwerbslosen

20.00, Öffentliche Kundgebung: Viktor Mungali/Italien: „Freiheitskampf des Proletariats“

Freitag, 22. Juli, 20.00, Abendspaziergang der SPD-Genossinnen. „Unkosten entstehen nicht, da wir nicht einkehren.“

Sonntag, 23. Juli, 20.00, Öffentliche Kundgebung der Eisernen Front auf dem Sportplatz

In dieser Woche sollten außerdem von allen Genossen Freiheitsopfermarken zu 15 und 20 Pfennig und Freiheitsfahnen 80 x 120 cm zu 1 Mark verkauft werden.

Nach dem 20. Juli 1932 wirkten sich die von Papen verfügten Restriktionen besonders nachteilig für die Sozialdemokraten in den klein- und nichtstädtischen Regionen aus, wo

die der SPD angehörenden Landräte durch konservativ-deutschnationale oder sogar schon durch nationalsozialistische Beamte ersetzt wurden, so in Northeim und Einbeck/Uslar; damit waren die staatlichen Schutzmauern für die Arbeiterbewegung niedergelassen. Dennoch gab es keine Beschleunigung in der Demoralisierung und keine anwachsende Resignation, wie vielfach in der historischen Literatur unter Berufung auf Zeitzeugen behauptet wird⁶²⁾. Vielmehr lassen sich auch nach dem 20. Juli 1932 wie in der Zeit davor eine Fülle von Zeugnissen für den alten Widerstandsgeist und seine handgreiflichen Ausdrucksformen finden, und keineswegs läßt sich eine Flucht vor Hitler feststellen. Es war allerdings ein Widerstand mit eigenen Gesetzen und sicherlich keiner, wie ihn die Historiker gerne haben möchten. Man zeigte täglich die eigene Flagge im wörtlichen und im übertragenen Sinne durch Präsenz auf der Straße, veranstaltete Massenkundgebungen mit Spitzenrednern in der Provinz⁶³⁾ und wehrte mit sehr viel persönlichem Mut den Terror der Nationalsozialisten ab. Diese wagten überwiegend nicht, die Massenversammlungen der Arbeiterorganisationen gewalttätig zu stören, und wenn sie dies taten, blieben sie meist die Unterlegenen; sie „spezialisierten“ sich deshalb auf Überfälle auf die nach den Kundgebungen einzeln oder in kleinen Gruppen heimkehrenden Arbeiter. Auch dies ist ein Beweis für die Standfestigkeit der Arbeiterbewegung, freilich auch ein Beweis mehr dafür, daß die Nationalsozialisten nicht aus eigener Kraft die Macht hätten übernehmen können.

Nur „Scheinaktivität“ und „Scheinradikalismus“?

Man hat diesen Arbeiterwiderstand „Scheinaktivität“ und „Scheinradikalismus“ genannt. Aber wer so argumentiert, zeigt nur, daß er kein Verständnis hat für jene Mischung aus Tapferkeit, dem Bemühen, sich selber Mut zu machen, und gewiß auch schon Resignation, die (und dies nun wirklich beispielhaft) sich in dem Jahresbericht für das Jahr 1932 des Göt-

tinger SPD-Unterbezirkssekretärs Richard Borowski ausdrückt: „Von allen Parteigenossen wurde in diesen Kämpfen der Einsatz aller Kräfte verlangt, und mit großer Freude stellen wir fest, daß die Parteigenossenschaft ohne Rücksicht auf Terror und wirtschaftlichen Druck Kampfgeist und Opfermut bewie-

⁶²⁾ Schon Rohe, Reichsbanner, S. 439, hat dagege gehalten.

⁶³⁾ So sprachen im Sommer 1932 z. B. in Göttingen (wo Hitler im Juli 1932 in einer spektakulären Veranstaltung auftrat) Erik Nölting, Wilhelm Sollmann und Emil Lederer; in Norden Rudolf Wissell und Paul Hertz; im Unterbezirk Lüneburg Julius Leber, Carlo Mierendorff, Ernst Heilmann.

von denen Reaktionen auf den 20. Juli bzw. keine Reaktionen registriert werden können, aufgelistet; einige Angaben erscheinen unter quellenkritischen Aspekten inzwischen überprüfenswert.

⁶¹⁾ Die Aufstellung ist einer Zusammenstellung von Mitteilungen und Anzeigen aus der örtlichen Partei-Zeitung entnommen (Quelle: Privatbesitz).

sen hat, der alle Angriffe der Gegner zunichte machte. Die Partei ist aus diesem Kampfe ungeschwächt hervorgegangen. Hier hat sich gezeigt, daß auch unter den mißlichsten Wirtschaftsverhältnissen in Verbindung mit einem Trommelfeuer von Angriffen eine Partei Großes zu leisten imstande ist, wenn die Mitgliedschaft mit den Idealen und Zielen verbunden und verwachsen ist.“⁶⁴⁾

Keineswegs zutreffend wäre es auch zu meinen, die Repräsentanten der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung — sei es vor Ort, sei es an der Spitze — hätten den Nationalsozialismus falsch eingeschätzt; daraus wird dann in der Literatur oft der Schluß gezogen, sie hätten gerade deshalb auch keine adäquaten Mittel zur Bekämpfung des Nationalsozialismus anwenden können. Es scheint eher so, daß der Nachweis gelingen könnte, daß es in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung durchaus präzise Vorstellungen davon gab, was die Herrschaft des Nationalsozialismus bedeuten würde. Dennoch oder gerade deshalb bestand man darauf, dem Nationalsozialismus mit den „eigenen geistigen Waffen“ und agitatorischen Möglichkeiten zu begegnen und sich nicht in die unwürdige Situation begeben zu wollen, den Gegner mit dessen Mitteln, nämlich Gewalt und Terror, bekämpfen zu müssen. Die historisch gewachsene Abneigung gegen Gewalt in der deutschen Arbeiterbewegung sozialdemokratischer Tradition scheint verstärkt worden zu sein durch das Erlebnis des Krieges und die allmählich unlegbar sichtbar werdenden gewaltsamen Formen der Umwälzung der Produktionsverhältnisse in Rußland: Sozialismus und Gewalt mußten nunmehr unabdingbar Gegensätze sein. Möglicherweise wuchs die Abneigung gegen die Anwendung von Gewalt in dem Maße, in dem diese von der Mehrheit der Gesellschaft legitimiert und von der Justiz nur selektiv (mit nach links blindem Auge) geahndet wurde; jedenfalls gehörte dies zum Erfahrungsspektrum der ganzen Arbeiterbewegung.

Aus diesen Einstellungen kann man im Nachhinein eine Unfähigkeit zur Bekämpfung des Nationalsozialismus ableiten, man kann aber

⁶⁴⁾ Kopie des Berichts im Nachlaß Felix Kraft im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn. — Zur Biographie von Richard Borowski: Geboren 1894, gestorben 1956, 1908 bis 1924 Arbeiter, seit 1919 SPD, 1924 Lokalredakteur des „Göttinger Volksblatts“, seit 1928 Parteisekretär, April bis Oktober 1933 KZ Moringen, danach arbeitslos bzw. Arbeiter, 1944 KZ Neugamme, nach 1945 u. a. Niedersächsischer Minister des Innern.

auch als Historiker solche normative Naivität hinter sich lassen und die damals nach ihren eigenen Gesetzen Handelnden von ihren eigenen Voraussetzungen her zu verstehen versuchen. Nach der persönlichen Meinung der Verfasserin sollte ein Historiker sich in diesem Fall nicht scheuen, von Tragik zu sprechen und sich an der ‚Trauerarbeit‘ beteiligen, anstatt sich auf das hohe Roß der letztlich verachtenden Kritik zu setzen.

In diesem Zusammenhang erscheint es angebracht, auf eine Situation einzugehen, die man vielleicht als das „Führer-Massen-Mißverständnis“ charakterisieren könnte. Die Führung schien auf das Losschlagen der Massen analog zu 1918 zu warten; so sagte Otto Wels auf der Sitzung des Parteiausschusses am 10. November 1932 in bezug auf den Anfang des Kampfes: Revolutionen werden nicht gemacht, sie kommen (dies war eine Paraphrase des vielzitierten Satzes von Karl Kautsky;) wenn die Massen aber beginnen, dann — so hieß es — „wirst Du Dich nicht verblüffen lassen. Wir haben auch nicht geschlafen“ (was wiederum in Analogie zu 1918 gedacht war)⁶⁵⁾. Man kann über einen solchen Satz hinweggehen, indem man ihn als typisches Produkt des revolutionären bzw. reformistischen Attentismus qualifiziert. Man kann diese im Traditions- und Erfahrungshorizont der Sozialdemokratie verankerte Auffassung aber auch ernst nehmen und sie situationsbezogen überprüfen: Während die „Führer“ auf das Zeichen der „Massen“ zu hoffen schienen, warteten diese auf das der „Führer“; weder das eine noch das andere „Signal zum Losschlagen“ wurde gegeben.

Dabei wird man den kampfbereiten Sozialdemokraten vor Ort weder Führergläubigkeit noch Mangel an Spontaneität vorwerfen können. Sie waren geübt in durchaus auch spontanen Aktionen in unmittelbar durchschauten Erfahrungsräumen; aber die Verantwortung und die Strategie für die große Auseinandersetzung meinten sie den Führern an der Spitze überlassen zu müssen, auch aus Verantwortung gegenüber ihrer lokalen Arbeiterschaft, und dies ja häufig bereits in einer Situation, die keineswegs fürs Losschlagen günstig erscheinen mußte. So entstand eine Lage, die den Historiker vielleicht veranlassen könnte, von einer Art gegenseitiger Blockierung von Führung und Massen, Massen und Führung zu sprechen. Dabei waren wahrscheinlich — dem müßte allerdings genauer

⁶⁵⁾ Schulze, Anpassung, S. 70.

nachgegangen werden — die tieferen Begründungen für das Verhalten der einen wie der anderen dieselben: Es war nicht mehr eindeutig, wo der Ort des Kampfes hätte sein können: die Straße — aber mit welchen Mitteln?; der Betrieb — angesichts von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ein schwankender Boden. — Und es ließ sich die Einsicht nicht mehr abwehren, daß ein Kampf, in welcher Form auch immer, als eine negative Probe auf die Existenz der Organisationen der Arbeiterbewegung ausfallen könnte.

Dennoch war der letzte Akt vor Ort — besser: in den Orten, über die die Verfasserin Informationen besitzt — kein tonloses Sichwegschleichen, sondern — schon unter den Bedingungen der halben oder ganzen Illegalisierung, unter persönlichen Morddrohungen bzw. nach den ersten Verhaftungen und Folterungen und überzeugt davon, daß nunmehr Gewalt und Terror in ungekannter Maßlosigkeit

ausbrechen würden⁶⁶) — im Angesicht des lauernenden Feindes ein würdiges Weggehen in der Gewißheit, die dann auch Otto Wels in seiner Erklärung zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 stellvertretend für alle Sozialdemokraten aussprach: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, aber die Ehre nicht“, und in dem Bewußtsein, das Wels ebenfalls ansprach, daß niemand die Macht haben würde, „Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten“.

Streit unter Historikern kann eigentlich nicht darüber bestehen, ob nun die nachfolgende überwiegende Haltung der Sozialdemokraten — sich quasi wie ein U-Boot zu verhalten — oder die der Kommunisten — um fast jeden Preis der Willkür des Nationalsozialismus zu widerstehen — vor der Nachwelt als überzeugender oder vorbildhafter oder achtenswerter zu erscheinen habe: das eine war gewiß vornehmlicher und das andere tapferer.

Vielleicht doch noch ein „heroisches Signal“?

Trotz allem, was ausgeführt wurde, bleibt die Frage unabwendbar, ob nicht mit Blick auf die österreichische Arbeiterbewegung ein „heroisches Signal“ hätte gesetzt werden müssen. Zweifellos — da herrscht wiederum kein Streit — hätte auch für die deutsche Sozialdemokratie die „ehrenvolle Niederlage“ bzw. der „kämpferische Untergang in Ehren“ nach Hitler einen selbstbewußteren Neuanfang ermöglicht, einen ohne Verdrängungen, ohne Einkapselung in die alte Tradition und mit einem klareren Blick für die Funktionen des Faschismus für die Überlebenschancen des Kapitalismus in der Weltwirtschaftskrise. Das klingt alles überzeugend; aber bei präziser Analyse der Situation wird man erkennen,

worauf bereits Karl Rohe hingewiesen hat⁶⁷), daß Österreich kein Beispiel sein kann für die „andere“ (d. h. „bessere“) Arbeiterbewegung.

Sieht man in dieser Argumentation einmal davon ab, daß die Weltwirtschaftskrise mit Zeitverzögerung auf Österreich traf und daß die Führung der österreichischen Sozialdemokratie, die zu den heftigsten Kritikern der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik gehört hatte, dann auch nicht anders als mit einer in der Art gleichen Politik auf die Krisensituation reagierte, so wird man feststellen, daß die österreichische Arbeiterbewe-

⁶⁶) Das in Privatbesitz befindliche Protokoll-Buch des SPD-Ortsvereins Emden (1921—1947) über die Zeit von 1931 bis 1933 ist in dieser Hinsicht ein besonders eindrucksvolles und den Nachbetrachter bedrückendes Zeugnis. Hier in Emden wirkten u. a. Hermann Tempel und Alfred Mozer. Tempel (geb. 1889) war Reichstagsabgeordneter, lebte 1933 einige Monate illegal, bis ihm die Flucht nach Amsterdam gelang. Hier stellte er sich 1940 der Gestapo, als an seiner Stelle der Wohnungsinhaber, der ihn aufgenommen hatte, verhaftet worden war. Tempel wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt und erlitt eine unmenschlich harte Haftzeit, an deren sekundären Folgen er im November 1944, kurz vor seinem 55. Geburtstag, verstarb. Auf Alfred Mozer, den Redakteur des „Volksboten“, hatten die Na-

tionalsozialisten ein Kopfgeld ausgesetzt. Mozer gelang die Flucht nach Holland, wo er sich an der illegalen Arbeit der holländischen Arbeiterpartei beteiligte. Vgl. A. Mozer-Ebbing, R. Cohen (Hrsg.), Alfred Mozer, Portrait eines Europäers, Bonn 1981; Wilhelmine Siefkes, Erinnerungen, Leer 1979 (W. S. ist eine bekannte ostfriesische Heimatdichterin und Sozialdemokratin); Hermann Tempel, Verse aus meiner Zelle, hrsg. v. Horst Milde, Wilhelmshaven (1963); Emil Kraft, Achtzig Jahre Arbeiterbewegung zwischen Meer und Moor, Wilhelmshaven 1952.

Zu den Sprüchen der Nationalsozialisten in Leer, wo Tempel wohnte, gehörte der folgende: „Dem Hermann Tempel haben wir's geschworen, dem Hermann Tempel brechen wir's Genick. Vielleicht ist der schon morgen eine Leiche — dann hängen wir ihn an die höchste Eiche.“

⁶⁷) Rohe, Reichsbanner, S. 435f.

gung es gewissermaßen „leichter“ hatte als die deutsche, weil sie besser vorbereitet war für eine bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzung mit dem Faschismus. Dies ist nicht nur in dem handgreiflichen Sinne zu verstehen, daß die Schutzbündler besser ausgebildet und bewaffnet gewesen sind, sondern auch in dem übertragenen Sinne, daß die Österreicher die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung schon vor Augen hatten und außerdem noch die Anschauung von einem Jahr „Faschismus an der Macht“, als sie im Februar 1934 den Aufstand wagten. Auch war die Arbeiterbewegung in Österreich nicht gespalten oder doch nur in dem Sinne, daß die österreichischen Kommunisten eine politisch unbedeutende Minorität darstellten, so daß kein „Zwei-Fronten-Krieg“ geführt wurde. Aber auch die österreichischen Schutzbundführer wußten lange vor dem Februar-Aufstand: „Wir werden kämpfen, aber wir werden verlieren.“⁶⁸) Denn die Österreicher hatten es nicht nur leichter, sondern zugleich auch schwerer, so eingezwängt, wie sie es waren zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland, dem faschistischen Italien und dem diktatorischen Horthy-Regime.

Die „ehrenvolle Niederlage“ gab den österreichischen Sozialisten die Möglichkeit zu einem unbefangenen Anfang nach Hitler, verschaffte allerdings der österreichischen Nation auch ein wohlfeiles Alibi für die Verdrängung ihrer eigenen Verstrickung in den Nationalsozialismus. Karl Rohe hat m. E. zu Recht die Frage gestellt, ob ein „ehrvoller Untergang“ der deutschen Arbeiterbewegung

die Folgen hätte aufwiegen können, die der Aufstand ausgelöst hätte. Man sollte dabei nicht nur an die unmittelbaren Folgen denken, sondern auch an die langfristigen, und dann stellt sich die Frage, ob nicht ein (aussichtsloser) Widerstand den Nationalsozialisten einen willkommenen Vorwand für die Legitimierung ihres Terrors geboten hätte. Vielleicht wäre sogar eine Abart der Dolchstoß-Legende im deutschen Bürgertum entstanden mit negativen Wirkungen bis heute.

Das Ziel dieses Aufsatzes ist es nicht gewesen, die sogenannten Führer zu rechtfertigen (außer Zweifel steht, daß diese freiwillig Verantwortung übernommen haben, der sie sich nicht gewachsen erwiesen haben, aus welchen Gründen immer), auch nicht, den Zeitzeugen ihre subjektive Wahrheit zu stehlen (diese bleibt ihre Wahrheit, selbst wenn Historiker Zweifel hegen, ob diese Wahrheit verallgemeinerungsfähig ist), und erst recht nicht war es die Absicht, bloß zu konstatieren, daß es eben so kommen mußte, wie es kam (auch die Verfasserin wünscht sich, daß es einen den Anspruch der Arbeiterbewegung einlösenden Widerstand gegeben hätte). Es schien der Verfasserin jedoch an der Zeit, Quellenmaterialien und Perspektiven so miteinander zu verknüpfen, daß man verstehen lernen kann, warum seinerzeit anders gehandelt wurde, als es wünschenswert gewesen wäre; dies sollte zukünftig Historiker davon abhalten, den gewöhnlichen Heroismus der kleinen Leute aus der Arbeiterbewegung ihrem Wunschenken entsprungene Normen zu unterwerfen und ihn unter die Rubrik „lähmende Passivität“ einzuordnen.

Keine Chance für die Republik?

Darüber hinaus sollte auf ein strukturelles Problem aufmerksam gemacht werden: Wenn es so ist, daß die Krise — eine Krise von noch nie gekanntem Ausmaß in der Geschichte des Kapitalismus immer noch — letzten Endes Handlungsmöglichkeiten für die Arbeiterbewegung fast vollständig ausgelöscht hat, dann stellt sich doch wohl die Frage, ob es irgendwann im Vorfeld der Krise oder an ihrem An-

fang eine Gelegenheit gegeben hat, die Weichen so zu stellen, daß der Weg der Republik in den Faschismus retrospektiv nicht zwangsläufig erscheinen müßte.

Der Bruch der Großen Koalition im März 1930 ist für solche Überlegungen kein Datum⁶⁹): wenn nicht schon früher, dann zeigte sich hier, daß die Weimarer Republik eine „kapitalistische Demokratie“ (wie sie Rudolf Hilferding genannt hatte) war und gesellschaftlich eine klassengespaltene — beides

⁶⁸) So überliefert von dem steierischen Schutzbundführer Koloman Wallisch durch Rolf Reventlow in seinen Memoiren (Fundstelle: Nachlaß Rolf Reventlow, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn), S. 198, vgl. auch S. 181 ff.

⁶⁹) Dagegen Erdmann in: Erdmann/Schulze, Weimar, S. 343.

Bestimmungsmerkmale, die unter den Bedingungen der Krise an ungeheurer Wucht hinzugewannen⁷⁰⁾. Das Versprechen der Schöpfer der Republik, aus ihr einen Volksstaat machen zu wollen, konnte deshalb nicht eingelöst werden, und dies erklärt die Ambivalenz der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gegenüber der Republik, wie sie Klaus Schönhoven auf den Begriff gebracht hat: Einerseits war die Republik ihre Republik, und niemand verteidigte sie entschiedener als die Sozialdemokraten, andererseits war ihr Ziel der Sozialismus; so blieb die SPD immer „eine halbe Regierungspartei und eine halbe Oppositionspartei“⁷¹⁾.

Denn offensichtlich war es schon unter den normalen Bedingungen dieser Republik schwer möglich, ausreichende „proletarische Gegenmacht“ gegen die kapitalistisch-konservativ-autoritären gesellschaftlichen Kräfte zu bilden. So war der Bruch der Großen Koalition programmiert und unvermeidlich. Und die Haltung der Gewerkschaften war konsequent, denn es sollten ja die gerade eben erst verankerten sozialstaatlichen Elemente der Republik wieder einkassiert werden, über die in der Arbeiterschaft so etwas wie eine Identifikation mit der Demokratie von Weimar hatte vermittelt werden können.

Also keine Chance für die Republik? Dagegen ist die These zu setzen, daß erst die Selbstbindung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung durch die Tolerierungspolitik, erst die Zerstörung des fragilen Konsenses zwischen Mehrheit und oppositioneller Minderheit in der SPD und erst das Verschütten auch der letzten Möglichkeit zu einer von Sozialdemokraten und Sozialisten initiierten Einheitsfront von den Kommunisten über die Sozialdemokraten bis zu den christlichen Ge-

⁷⁰⁾ Es ist deshalb eine Fehlinterpretation, davon zu sprechen, daß Weimar kein Klassenstaat mehr gewesen sei; vgl. Bracher in: Erdmann/Schulze, Weimar, S. 315, sowie Hagen Schulze, Weimar. Deutschland 1917—1933 (Die Deutschen und ihre Nation), Berlin 1982, S. 51f.; dagegen: Heinrich-August Winkler, in: „Die Zeit“ v. 8. 10. 1982.

⁷¹⁾ Schönhoven, Voraussetzungen, in: Widerstand und Exil (Anm. 31), S. 57.

werkschaften, zumindest aber zu einer Neuaufgabe der Weimarer Koalition (solange im Zentrum noch demokratische Reserven vorhanden waren) die letzten konzeptionellen Handlungsmöglichkeiten für die Arbeiterbewegung und damit auch für die Republik zerstört haben: Dieser Wendepunkt könnte zeitlich im Sommer 1931 gelegen haben.

Viel Spielraum für eine solche andere Politik gab es freilich nicht, denkt man an die fast blindwütige Fixierung der führenden Sozialdemokraten auf die Tolerierungspolitik und deren negative ökonomische Substanz, verbunden mit einer inadäquaten Kriseninterpretation. Diese Fixierung ließ die Sozialdemokratie eine Politik legitimieren, für die sie bei ihren Anhängern keine Legitimation erwarten konnte. So war die sozialdemokratische Politik am Ende der Republik zugleich der Bankrott des Reformismus.

Einzig die — sich dann z. T. abspaltende — Linke hatte auf der Basis einer zutreffenden Krisenerklärung ein Konzept für die Bindung der Anhänger, das der Situation wenigstens in seiner prinzipiellen Orientierung gewachsen war (wenn auch nicht gemessen an seiner konkreten Praktikabilität): Dieses Konzept sollte die Zielidentität herstellen zwischen einer aktuellen Politik der Faschismusvermeidung und der langfristigen Perspektive der Überwindung des Kapitalismus bzw. des Aufbaus des Sozialismus. Daß solche Überlegungen ohne durchschlagende Wirkungen blieben, kann zu der Feststellung veranlassen, daß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung der vermeintlichen Rettung der Republik wegen fast sich selbst aufgegeben hat. Dies bestätigt auf verquere, fast makabre Weise das hohe Maß der selbst übernommenen Verantwortung für die Republik. Dies wiederum sollte hellhörig machen dafür, daß Kritik und Selbstkritik der Arbeiterbewegung nicht dazu taugen, diejenigen zu entlasten, denen in erster Linie das Scheitern der Republik anzulasten ist: „ihren nationalistischen und konservativen Gegnern“⁷²⁾.

⁷²⁾ Gerhard A. Ritter, Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland, Berlin, Bonn 1980, S. 93.

30. Januar 1933 — Ein halbes Jahrhundert danach

Wenn 1983 eine wahre Flut von Fernseh- und Rundfunksendungen, eine Unzahl von politischen Veranstaltungen und wissenschaftlichen Kongressen, eine Welle von populärwissenschaftlicher Literatur und Illustriertenberichten über uns hereinbricht, weil fünfzig Jahre nach der sogenannten Machtergreifung der Nationalsozialisten die Erinnerung an dieses Ereignis und seine bis heute fortwirkenden Folgen wachgehalten oder kommerziell ausgebeutet werden soll, wird sich mancher — gleich welcher Generation er angehört — danach fragen, welche Bedeutung dieses Datum überhaupt noch für ihn hat.

Fünfzig Jahre sind keine geringe Spanne, und es gibt Epochen, in denen die Zeit in den Katarakten der Geschichte beschleunigt verläuft. Ein halbes Jahrhundert nach dem Wendepunkt, als Napoleons Kaisertum die Zähmung der Revolution zu symbolisieren schien, brachen die europäischen Revolutionen von 1848 aus. Ein halbes Jahrhundert nach 1848 starb mit Bismarck jene Persönlichkeit, ohne welche die neue Staatsbildung des großpreussischen Reiches in der Form von 1871 nicht zustande gekommen wäre; und der Spanisch-Amerikanische Krieg besiegelte mit dem Auf-

stieg der Vereinigten Staaten zur Weltmacht das Vordringen jener zweiten Flügelmacht neben Rußland, die der globalen Vöhrerschaft Europas binnen kurzem ein Ende bereiten sollte. Ein halbes Jahrhundert nach 1898 hatte Europa einen zweiten Dreißigjährigen Krieg erlebt und war in zwei Weltkriegen, wie es zunächst schien, nahezu ausgebrannt; aus dem hypertrophen „Großdeutschen Reich“ waren am Ende dieser Periode zwei deutsche Kleinstaaten hervorgegangen. Und ein halbes Jahrhundert nach 1933 ist die Bundesrepublik Deutschland rund dreimal so alt wie die Weimarer Republik — jenes erste Experiment mit einer deutschen Demokratie, die zwischen 1930 und 1932 bereits ihrem Scheitern entgegen ging.

Es lohnt sich, daran zu erinnern, was die Geschichte in den Verlauf eines halben Jahrhunderts alles hineinpresse kann. Und es ist ganz besonders notwendig, die Erinnerung an die Taten des NS-Regimes wachzuhalten, das seit dem 30. Januar 1933 in Europa die tiefsten Spuren hinterlassen hat, aber auch vielerorts auf dem Globus zu unübersehbaren Veränderungen geführt hat, die mittelbar damals in Berlin begannen.

Naive „Reeducation“?

Im Rückblick drängt sich erneut die Frage auf, wie man sich in der Bundesrepublik mit der ungeheuren Bürde der NS-Zeit auseinandergesetzt, wie man die schier erdrückenden Probleme dieser jüngsten Vergangenheit zu verarbeiten versucht hat. Dabei lassen sich einige Phasen ziemlich klar unterscheiden: Als nach Kriegsende die Betäubung durch den totalen Krieg, durch Bombennächte, Flucht und Evakuierung noch anhielt, setzte in den drei westlichen Besatzungszonen die „Reeducation“ ein. Insbesondere in der amerikanischen und britischen Zone verstand man darunter den Versuch, durch Aufklärung über die wahre Natur des nationalsozialistischen Regimes, die Steigerung seiner Verfolgungspolitik bis zur „Endlösung“, die Brutalität eines fünf-einhalb Jahre lang von Deutschland geführten Weltkriegs, nicht zuletzt aber auch über

die Vorgeschichte der „Machtergreifung“ und verhängnisvolle Fehlentwicklungen in der deutschen Vergangenheit überkommene Illusionen aufzulösen und ein realistisches Verhältnis zur eigenen Geschichte zu schaffen. Diese neue Einstellung galt als der Nährboden, auf dem sich dann eine bereitwillige Übernahme demokratisch-parlamentarischer Verfassungsformen vollziehen werde. Indem die Besatzungsmächte auf den Inhalt der Schullehrbücher und die Tendenz der neu lizenzierten Zeitungen Einfluß nahmen, zahlreiche politische und wissenschaftliche Veranstaltungen über einschlägige Themen förderten, dem Besuch von Dokumentarfilmen über das „Dritte Reich“ nachhalfen usw., bemühten sie sich, diese „Umerziehung“ zu verwirklichen. Als der „Kalte Krieg“ seinem Höhepunkt entgegenstrebte, die Bundesrepublik

gegründet wurde und das Ost-West-Verhältnis neue Probleme aufwarf, wurde das großangelegte Experiment stillschweigend aufgegeben. Seither ist es üblich geworden, das ganze Unternehmen mit ironischer Kritik oder arroganten Bemerkungen über die Naivität der „Besatzer“ abzutun. Ist diese Einstellung jedoch angebracht?

Nach der von den Alliierten soeben buchstäblich hautnah erlebten mörderischen Menschenverachtung des NS-Regimes, das sich bis weit in den Krieg hinein auf die bereitwillige Akklamation einer großen Mehrheit der Bevölkerung hatte verlassen können, bedeutete die „Reeducation“ im Grunde einen noblen Versuch, in der Tradition der Aufklärung Menschen für demokratische Formen des politischen und gesellschaftlichen Lebens zu gewinnen, indem man sie über die Ursachen ihrer selbstverschuldeten Misere aufklärte. Erziehung zu selbstkritischer Haltung, zur Mündigkeit, zum demokratischen Staatsbür-

ger wurde oft mit dem Pathos, das auch den Pädagogen der Aufklärung eigen gewesen war, betrieben, wohl auch mit zuviel weltfremdem Vertrauen auf die schnelle Wirkung vernünftiger Anleitung zum Besseren. Kritik ist da leicht möglich. Vergleicht man aber diese Anstrengung, unmittelbar nach einem zweiten totalen Weltkrieg Millionen von Menschen durch eine neue politische Erziehung zur Distanzierung vom Nationalsozialismus und für die Sache der Demokratie zu gewinnen, mit der gnadenlosen Liquidierungs- und Unterdrückungspolitik, wie sie im Bereich der Sowjetischen Besatzungszone und dann in der Frühphase der DDR praktiziert wurde, kann die kurzlebige „Reeducation“-Politik vor der historischen Kritik wohl bestehen. Obwohl sie ihre selbstgesetzten Ziele nicht erreichte, sind von ihr doch zahlreiche wichtige Impulse ausgegangen, denen ein herablassendes Achselzucken keineswegs gerecht wird.

Scheitern der „Entnazifizierung“

Die „Reeducation“ überschneidet sich mit der ebenfalls von den Besatzungsmächten initiierten „Entnazifizierung“, die im Grunde auch schon nach wenigen Jahren aufgegeben wurde. Vielleicht waren die Spruchkammern von Anfang an überfordert, als sie aus einer Bevölkerung, die nach dem „Anschluß“ Österreichs in einem Plebiszit wahrscheinlich mit 95 % der Stimmen Hitlers Politik bejaht hätte und jahrelang die Kriegsanstrengung bereitwillig mitgetragen hatte, möglichst alle Schuldigen herausfiltern sollten. Viele der wahren Verbrecher verbargen sich lange genug, entkamen nach Südamerika, fielen unter eine Amnestie oder fanden später geschickte Anwälte, die für den begehrten „Persilschein“ oder eine niedrige Einstufung sorgten. Die weithin unbekannteren „Schreibtischtäter“, deren bürokratisch exakte Vorbereitung des Massenmords an Juden und „Fremdvölkischen“ die „Banalität des Bösen“ (H. Arendt) demonstrierte, blieben meist unbehelligt, fanden alsbald den Weg zurück ins sogenannte bürgerliche Leben. Niedere Chargen unter den „Goldfasanen“ jedoch, gegen die sich in einer überschaubaren Umwelt genug Groll angehäuft hatte und die bekannt geblieben waren, wurden häufiger verurteilt. Die „kleinen Fische“, hieß es, zappelten im Netz, die großen wurden nur in seltenen Fällen gefangen. Einige der spektakulären Nürnberger-Prozesse führten zu Todesurteilen oder länge-

ren Haftstrafen für SS-Führer, Offiziere, Unternehmer und Manager an den Schalthebeln der NS-Wirtschaft. Freilich umgab die Nürnberger Prozesse von Anfang an der Ruch der Siegerjustiz, ihre psychopolitische Demonstrationswirkung sollte man daher nicht überschätzen, und außerdem erfaßte die alliierte Gerichtsbarkeit nur eine schmale Spitzengruppe, die an prominenter Stelle der braunen Diktatur gedient hatte.

Das Versickern der „Entnazifizierung“ und „Reeducation“ stand in einem eigentümlichen Kontrast zu der Häufigkeit, mit der man seit dem Ende der vierziger und dem Beginn der fünfziger Jahre die „Bewältigung der Vergangenheit“ beschwor. Der Ausdruck als solcher war nicht besonders glücklich gewählt — suggerierte er doch die Vorstellung, man könne in überschaubarer Zeit die Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Barbarei wie eine schwierige Schulaufgabe „bewältigen“ und dann endgültig einen Schlußstrich ziehen. Dennoch drückte diese Formel auch die Bereitschaft aus, sich mit dem Nationalsozialismus, mit seiner Vorgeschichte, seiner Regimephase, seiner Kriegszeit mehr oder minder intensiv zu beschäftigen. Hier ist eine scharfe Unterscheidung zwischen der politischen und privaten Reaktion auf den Nationalsozialismus einerseits, der wissenschaftlichen Auseinandersetzung andererseits geboten.

Im Bereich der Öffentlichkeit und der politischen Entscheidungen stellte sich im Prinzip eine klare Alternative: Entweder konnte man den Kurs einer kompromißlosen Distanzierung von der braunen Vergangenheit befürworten und ihn in praktische Maßnahmen übersetzen. Das hätte eine Unzahl von nachweislich Kompromittierten vor die Gerichte des Landes gebracht, sie zumindest in eine einflußlose Randzone von Gesellschaft und Politik verwiesen. Für Verwaltung und Wirtschaft, um nur zwei Beispiele zu nennen, wäre dadurch fraglos eine einschneidende Beeinträchtigung ihrer Funktionsfähigkeit eingetreten, bis neu heranzubildende Fachkräfte mit hinreichender Sachkompetenz hätten einspringen können. Die vermutlich langwierigen Schwierigkeiten einer solchen rigorosen Umstellung lassen sich nicht leugnen, aber man könnte sehr wohl argumentieren, daß nach der Ungeheuerlichkeit des Hitlerreiches eine solch tiefe Zäsur eine angemessene Reaktion dargestellt hätte und die „sozialen Kosten“, welche diese Entscheidung fraglos involviert hätte, zu tragen waren.

Die zweite Möglichkeit bestand darin, sich auch mit aller Entschiedenheit vom Nationalsozialismus zu distanzieren, in der praktischen Politik aber kompromißbereit, gewissermaßen mit laxer politischer Moral zu verfahren, sich über eine böse Vergangenheit in der Bürokratie, in der Justiz, im Schulwesen, in der Wirtschaft sogar ganz hinwegzusetzen, wenn Expertenfähigkeit als Gegenleistung geboten wurde. Auf diese Weise konnte man fast jedermann für den Wirtschaftsprozess oder seine frühere Amtsstellung in Anspruch nehmen, zum guten Teil auch durch Parteien (wie die CDU/CSU, die Deutsche Partei, den Bund der Heimatvertriebenen u. a.) in das neuentstehende politische System einbinden. Eine entschiedene Kritik daran ist leicht vorzubringen. Aber man darf nicht übersehen, daß diese Politik angesichts der Vielzahl von Menschen, die sich im Dienst des Nationalsozialismus exponiert hatten, durch den Verzicht auf einen rigorosen Bruch mit der Vergangenheit es verhinderte, ein rein numerisch gewaltiges Potential von Unzufriedenen, Diskriminierten, Bestraften zu schaffen, das sich mit den 13 Millionen Flüchtlingen, die aus dem Europa östlich der Elbe in wenigen Jahren nach Westdeutschland strömten, zu einem unbestreitbar hochbrisanten politischen Sprengstoff hätte verbinden können. Es

gehört nicht viel Phantasie dazu, sich diese explosive Situation vorzustellen, und mancher zeitgenössische Beobachter und politisch Handelnde im In- und Ausland hat damals ohnehin geglaubt, daß sie wegen der Not in den zerbombten Städten, wegen der Millionen von Vertriebenen und Geflüchteten nur durch ein Wunder vermieden werden könne.

Man kann schwerlich bestreiten, daß die westdeutsche Politik in der Ära Adenauer sich im wesentlichen für den zweiten Weg entschieden hat. Dafür gab es damals — und gibt es heute — triftige pragmatische Gründe. Vielleicht wäre jede Regierung, die der Maxime eines rigorosen Purismus gefolgt wäre, vor zu hohen Hürden steckengeblieben. Vielleicht ist der Zustand, den Richard Löwenthal geradezu die „Ultrastabilität“ der Bundesrepublik in den ersten drei Jahrzehnten ihres Bestehens genannt hat, auch ein Ergebnis dieses frühzeitig eingeschlagenen pragmatischen Kurses gewesen, der unausgesprochen von der Mitschuld fast aller ausging und — anstatt eine allgemeine Katharsis zur Vorbedingung eines neuen Anfangs zu machen — alle Energien in den Wiederaufbau und das bald einsetzende „Wirtschaftswunder“ lenkte. Ökonomische Prosperität aber erzeugte soziale Stabilität, und diese gewährleistete die Funktionsfähigkeit des politischen Systems. Die Einsicht in diesen Zusammenhang kann man dem politischen Establishment der Bundesrepublik seit den frühen fünfziger Jahren unterstellen, und die unbestreitbaren Erfolge, die aus der Verwirklichung dieser Einsicht resultierten, wird keiner geringschätzen.

Zweifellos mußte aber auch ein Preis für diese Politik bezahlt werden. In der Bürokratie, der Politik, der Wirtschaft tauchten in einflußreichen Positionen Männer wieder auf, die dem Nationalsozialismus bereitwillig gedient hatten — „um Schlimmes zu verhüten“, wie sie gewöhnlich behaupteten. Namen, die keiner mehr kennt? Mußten die Globke, Vialon, Oberländer, Schlüter und viele andere nicht die Glaubwürdigkeit der jungen Republik gefährden, denn mit dem Hinweis auf Effizienz und fachliche Tüchtigkeit ließen sich nicht für jedermann die anhaltenden Zweifel zum Schweigen bringen? Warum fand sich von den zahlreichen Unrechts-Richtern, welche die Perversionen der NS-Volksjustiz exekutiert hatten, nur äußerst selten jemand im Status des Angeklagten wieder? Wurden die Mitglieder des Freislerschen Volksge-

richtshofs je zügig zur Rechenschaft gezogen? Die Verdrängung der Vergangenheit erreichte ein erschreckendes Ausmaß. In der privaten Sphäre setzte sie sich fort. Welcher Vater sprach schon gern von seinen Erfahrungen in den Lagern, in denen Millionen russischer Kriegsgefangener um ihr Leben ge-

bracht worden waren? Wer zog sich nicht bereitwillig auf die „Verstrickung“ in schlimme Zeitläufe zurück? Wer wollte noch begründen, warum er seine Kinder nach den Weihnachtserien 1944/45 auf die „Napolas“, die „Adolf-Hitler“- und „SS-Heim-Schulen“ zurückgeschickt hatte?

Die Zäsur von 1968/69

Die Quittung präsentierte erst die Generation von 1967/68, die sich dank ihrer neuen moralischen Sensibilität mit den ausweichenden Antworten, mit der weithin praktizierten Verdrängung nicht mehr zufrieden geben wollte. Gewiß, der gesinnungsethische Rigorismus fiel den Nachgeborenen leicht. Aber gab es nicht allzu gute Gründe, die Leichtfertigkeit der Verdrängung, das moralische Versagen, die Unfähigkeit zu trauern ungeschminkt beim Namen zu nennen und nicht länger mehr jeden Zweifel, ob nach 1949 nicht doch Alternativen verschüttet, viele notwendige Entscheidungen versäumt worden seien, durch den Hinweis auf das „Wirtschaftswunder“ unterdrücken zu lassen? Es wirkt unverändert wie eine groteske Übertreibung, wenn neokonservative Kritiker die Studenten- und Assistentenbewegung der späten sechziger Jahre als „Kulturrevolution“ stilisieren. Aber eine Zäsur im gesellschaftlichen und politischen Leben der Bundesrepublik bedeutet sie durchaus — und wer möchte schon, die Kritiker mit einbezogen, in die späten Adenauer- und Erhard-Jahre mit ihrer spießbürgerlichen Muffigkeit, ihrem unredlichen Verhältnis zur Vergangenheit, ihrem plump materialistischen Hedonismus freiwillig zurückkehren?

Wenn der Einschnitt so tief ausfiel, daß fortan die ersten zwanzig Jahre der Bundesrepublik von der Folgezeit scharf geschieden sind, war das allerdings zum guten Teil dem Bonner „Machtwechsel“ zu verdanken, da die sozialliberale Koalition in den Jahren des Reformoptimismus in der Tat manchen anachronistischen Zopf abgeschnitten hat. Vor allem gelang es dadurch dieser Koalition, die ursprünglich systemfeindlich eingestellte APO bis auf kleine dogmatische Gruppen, die den Marsch ins politische Abseits antraten, in die SPD und FDP einzubinden, manche Impulse aufzugreifen und insgesamt die Reformfähigkeit der Bundesrepublik nachdrücklich zu beweisen. Das stellte keine geringe politische

Leistung dar, von der die Glaubwürdigkeit der Bonner Politik lange gezehrt hat. Und daß diese Leistung unmittelbar nach dem Zwischenspiel der „Großen Koalition“, die von nicht wenigen voreiligen Kritikern als das Ende der parlamentarischen Demokratie grotesk überschätzt worden war, vollbracht wurde, hat ihre Wirkung fraglos erhöht. Wer nach dem Regierungswechsel von 1982 kritisiert, daß in den dreizehn Jahren seit 1969 die „bürgerliche Gesellschaft“ in der Bundesrepublik wegen der Aktionen weltfremder Utopiker irreparablen Schaden genommen habe (H.-P. Schwarz), verweigert sich selbst und anderen die Erinnerung daran, wie veränderungsbedürftig diese bürgerliche Gesellschaft am Ende der sechziger Jahre dastand, und vor allem verkennt er auch, für wie viele erst seither der Eintritt in die bürgerliche Welt möglich gemacht worden ist.

Auch besteht kein Grund zu leugnen, welche positive Wirkung der Bonner „Machtwechsel“ von 1969 und das folgende Dutzend Jahre sowohl auf das Fremdbild, das man im Ausland von der Bundesrepublik besaß, als auch auf das Selbstverständnis der Westdeutschen von ihrem Staat und ihrer Gesellschaft ausgeübt hat. Der Übergang der Geschäfte von der früheren Regierungs- zur langjährigen Oppositionspartei vollzog sich reibungslos, Institutionengefüge und Parteien bewährten sich im Wandel. Mit Brandt übernahm ein Politiker das Kanzleramt, der eine untadelige Vergangenheit im Kampf gegen den Nationalsozialismus besaß. Die symbolische Bedeutung dieser Tatsache, daß ein Mann aus der politisch aktiven Emigration die Leitung der Bonner Politik übernahm, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Für die Bundesrepublik bedeutete das einen nachhaltigen Zuwachs an Respekt und Glaubwürdigkeit. In diesem Sinn kann man in der Tat davon sprechen, daß nicht das Erhard-Interregnum, sondern die erste Phase der sozialliberalen Koalition „das Ende der Nachkriegszeit“ markiert.

Wissenschaftliche Leistungen und Kontroversen

Bis zu dieser Zäsur von 1968/69 hatte die wissenschaftliche Auseinandersetzung sowohl mit dem Nationalsozialismus als auch mit den spezifischen Belastungen der deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert einen Verlauf genommen, der ein differenzierendes Urteil verlangt. Die westdeutsche Geschichtswissenschaft hat nach 1945 rund fünfzehn Jahre lang eine, aufs Ganze gesehen, eigentümliche Zurückhaltung gegenüber der Beschäftigung mit dem „Tausendjährigen Reich“ geübt. Natürlich gab es Ausnahmen: die ersten Arbeiten am Münchener „Institut für Zeitgeschichte“, die materialreichen Studien in seinen „Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte“ (seit 1953), Hans Rothfels' Widerstandsbuch, einige Aufsätze insbesondere von Angehörigen der älteren Generation, von der vor allem Gerhard Ritter die Diskussion in eine grundfalsche, apologetische Richtung zu steuern versuchte. Von breiter, intensiver Forschung und zusammenfassenden Darstellungen kann jedoch für diese Zeit noch keine Rede sein. Teils zog man sich auf die Position zurück, daß es um miterlebte allerjüngste Vergangenheit gehe, der gegenüber erst noch die Distanz des klärenden historischen Urteils gewonnen werden müsse (Alan Bullocks Hitler-Biographie bewies übrigens früh das Gegenteil). Teils spürte auch mancher, daß er selber zumindest auf die Karte der Revision des „Versailler Systems“, der „großdeutschen“ Einigung, der europäischen Hegemonie des Reiches gesetzt hatte, mithin Schweigen leichter fiel als das Eingeständnis eigener Irrtümer.

Vor allem verhinderte ein weithin noch ungebrochen fortlebender Historismus, der unverändert eine Zeit nur aus ihren eigenen Bedingungen und Möglichkeiten immanent zu „verstehen“ unternahm, eine kritische Analyse, da sich die Barbarei der NS-Diktatur gegen das überkommene „Verstehen“ sperrte. Ein spiritualistisch verdünnter Historismus — Friedrich Meinecke selber hatte das gefürchtete geistige Vakuum nach 1945 mit „Goethe-Gemeinden“ auffüllen wollen — vertrug sich ebenso wie die verbreitete Abstinenz gegenüber der deutschen Geschichte unter dem Nationalsozialismus recht gut mit dem allgemeinen politischen Klima der fünfziger Jahre.

Es bleibt das unbestreitbare Verdienst der neben der herkömmlichen Historiographie aufkommenden neuen Zeitgeschichte, daß ihr

dank der frühen Verbindung mit der Politikwissenschaft bereits 1955 mit Karl Dietrich Brachers „Auflösung der Weimarer Republik“ ein großer Wurf gelang. Welche Qualität dieses bahnbrechende Buch besitzt, wird u. a. daran deutlich, daß es bis heute — nach 28 Jahren intensiver Forschung — noch immer ein unübertroffenes Standardwerk darstellt. Historiker haben damals in ihren Rezensionen an der ungewohnten Verbindung von systematischer Sozial- und hermeneutischer Geschichtswissenschaft herumgemäkelt. Kaum waren jedoch ihre Besprechungen erschienen, legte Bracher mit seinen beiden Mitarbeitern Gerhard Schulz und Wolfgang Sauer 1960 ein ebenso eindrucksvolles Sammelwerk über „Die nationalsozialistische Machtergreifung“ vor, das in mancher Interpretation überholt, als monographische Detailstudie aber noch immer nicht ersetzt ist. Der mit solchen Leistungen aufwartenden Zeitgeschichte war es, pointiert gesagt, erst zu verdanken, daß die Erforschung des Nationalsozialismus bis 1960 fest etabliert war.

Die in den fünfziger Jahren begonnene Kärnerarbeit der Gewinnung gesicherten empirischen Wissens über möglichst viele Aspekte des Nationalsozialismus wurde in den folgenden Jahrzehnten fortgesetzt. Auf ihr basierten dann Werke, die jeweils Höhepunkte der Erforschung und Darstellung zentraler Dimensionen des Nationalsozialismus bedeuteten: Unter dem kühnen Titel „Der Faschismus in seiner Epoche“ brachte Ernst Nolte 1963 seine vergleichenden „phänomenologischen“ Studien über den deutschen, italienischen und französischen Faschismus heraus, denen in kurzen Abständen zwei weitere Bücher desselben Verfassers folgten, der dadurch die Forschung wieder dazu zwang, einen allgemeinen Faschismusbegriff ernst zu nehmen und zu präzisieren, und zum zweiten, auch durch sein eigenes Werk, zum differenzierenden Vergleich anregte. 1965 erschien erstmals Andreas Hillgrubers Pionierstudie „Hitlers Strategie-Politik und Kriegführung 1940/1941“, in der die Ausweitung des europäischen Kriegs zum totalen Welt-Krieg durch Hitlers Rußlandfeldzug und Amerikas Kriegseintritt sowie die qualitativ veränderte Natur des rassenideologisch inspirierten Vernichtungskampfes der NS-Truppen aus genauer Quellenkenntnis und mit Hilfe weiter Interpretationsperspektiven analysiert wurden. Nach zwanzigjähriger Beschäftigung mit die-

sem Gegenstand veröffentlichte Bracher 1969 seine Gesamtdarstellung „Die Deutsche Diktatur“, die von einer dezidiert anderen Position aus, als sie etwa Nolte und Broszat einnahmen, den Nationalsozialismus im Rahmen der Totalitarismustheorie als spezifisch modernes Diktatorialregime deutete. 1969 gelang es Martin Broszat in einer bisher noch nicht wieder übertroffenen Verbindung von systematischer Analyse und quellendichter Darstellung, den „Staat Hitlers“ in seiner Doppelnatur von charismatischem Herrschaftssystem und bürokratisiertem Anstaltsstaat zu erfassen. 1973 folgte mit Joachim Fests Hitler-Biographie der große Wurf eines Außenseiters der akademischen Geschichtswissenschaft, in der die arbeitsteilige Spezialistenforschung zunehmend die Überhand gewann und eine typische Synthescheu entwickelte. Seither hat die Zahl der Monographien und Aufsätze stetig zugenommen. Zugenommen hat freilich auch die Intensität der Debatte über eine angemessene historische Theorie — oder anders gesagt: über die überzeugendste Interpretation — des Nationalsozialismus bzw. des Faschismus.

Seit den sechziger Jahren hatte sich bei der Erforschung des Nationalsozialismus eine Strömung herausgebildet, die der Totalitarismustheorie mit wachsender Skepsis entgegentrat und eine Revision des damals gängigen Interpretationsmodells forderte. Sie bestritt den monolithischen Charakter des Herrschaftssystems und sah statt dessen eine Vielzahl miteinander rivalisierender Machtzentren am Werk. Von daher nahm sie den Begriff der Polykratie als Charakteristikum des nationalsozialistischen „Doppelstaats“ auf. Gegen die Vorstellung, daß Hitler seinen seit den zwanziger Jahren entwickelten Vorstellungen geradlinig gefolgt sei und sie, nachdem er in den Besitz der Macht gelangt war, zielstrebig verwirklicht habe, setzte der „Revisionismus“ ein pragmatischeres Politikverständnis, betonte die auch von anderen Akteuren mitbestimmten restriktiven Bedingungen für die Politik Hitlers und warnte vor einer Überschätzung seiner Entscheidungsrationale, ohne die Verbindlichkeit bestimmter dogmatisch fixer Ideen als handlungslei-

tende Fixpunkte zu leugnen. Martin Broszat, Hans Mommsen, Wolfgang Schieder und andere ihrem Ansatz folgende Historiker eröffneten damit eine Debatte, die bis heute anhält.

Gegenüber der Kritik verteidigte Bracher seine Position und eine modifizierte Totalitarismustheorie, die dem Charakter des NS-Regimes am ehesten gerecht werde. Er beharrte auf dem Fundamentalgegensatz von Diktatur und Demokratie und wandte sich mit zunehmender Schärfe schließlich gegen jedweden Faschismusbegriff. Unbestreitbar behält eine elastisch gehandhabte Totalitarismustheorie ihren Nutzen für die Interpretation auch der nationalsozialistischen Herrschaft. Insofern ist ihre flinke Verketzerung als ein Produkt des „Kalten Krieges“ verfehlt. Aber sie ist nicht sonderlich hilfreich im Hinblick auf die sozialökonomischen Voraussetzungen, die Vorgeschichte und den Aufstieg des Nationalsozialismus zur Massenbewegung; sie tendiert dazu, das Polykratieproblem nicht ernst genug zu nehmen, und sie ist der Politischen Soziologie Max Webers weit unterlegen, wenn es um eine zentrale systematische Frage: den Aufbau des Charismas und den Stellenwert von Hitlers „Führer“-Stellung, geht.

Ganz so dezidiert wie Bracher verteidigte sich eine andere Richtung, die sich für die Außenpolitik des NS-Regimes primär interessierte und — zum guten Teil dadurch bedingt — die Figur Hitlers ganz und gar in den Mittelpunkt stellte. Aus dieser Entscheidung ergab sich die Notwendigkeit, das wüste Gemisch der Hitlerschen Ideologie als Ursprung seiner Antriebskräfte ernst zu nehmen; es ergab sich aber auch die Gefahr, die Zielstrebigkeit seiner Programmatik zu überschätzen und die Ausführung seines sogenannten Stufenplans (Hillgruber) als eines neuen deutschen Griffs nach der Weltmacht zu einseitig von einem einzigen Aktionszentrum, nur von Hitler her, zu interpretieren. Auch diese „Programmologen“ (W. Schieder), die den Nationalsozialismus zum „Hitlerismus“ verengten, wurden durch die wissenschaftliche Kontroverse unter wachsenden Legitimationsdruck gesetzt.

Nationalsozialismus oder Faschismus?

Die Debatte über den Nationalsozialismus gewann außerdem dadurch eine neue Dimension, daß seit dem Ende der sechziger Jahre im Zusammenhang mit der Studentenbewegung die älteren sozialistischen und kommunistischen Faschismustheorien eine Art Renaissance erfuhren. Selbstredend gab es dafür politische Gründe, aber ein gut Teil des Engagements entstand auch aus einer moralischen Verletzung: aus dem Eindruck, daß bisher nicht radikal genug nach den sozialen und ökonomischen Bedingungen und Antriebskräften „des“ Faschismus gefragt worden sei. Zahlreiche Varianten von Faschismustheorien wurden seither mit Leidenschaft verfochten. Im Kern aber lassen sich alle auf eine neomarxistisch beeinflusste Kapitalismuskritik zurückführen, derzufolge „der“ Faschismus — geschrieben und geredet wurde aber fast ausschließlich über den deutschen Nationalsozialismus — als eine spezifische Form „bürgerlicher Herrschaft“ zu „begreifen“ sei, die aus einer tiefen Krise des Industriekapitalismus, wie sie die Weltwirtschaftskrise seit 1929 enthüllte, mit innerer Notwendigkeit hervorgegangen sei und erneut hervorgehen könne.

Rund zehn Jahre lang wurde eine z. T. leidenschaftliche Debatte über Faschismustheorien geführt, der empirische Ertrag indes blieb minimal. Aus einem einzigen Buchkapitel oder zusammenfassenden Aufsatz von Broszat, Mommsen, Schieder, Bracher, Hillgruber u. a. lernt man mehr als aus dieser ganzen sterilen Debatte, die Forschung und Darstellung kaum vorangebracht hat. Außer ihrer Empiriescheu blieb sie von Anfang bis Ende durch eine spezifische Einseitigkeit gekennzeichnet: Zwar war unentwegt von „dem“ Faschismus die Rede, fast ausnahmslos stand jedoch, wie gesagt, nur der Nationalsozialismus zur Debatte. Wegen dieser Verengung konnte weder von einer Erörterung „des“ Faschismus ernsthaft die Rede sein, noch eine Frage, die schlechterdings zum eigentlichen Kern der Problematik gehört, angemessen weiterdiskutiert werden — die Frage nämlich, warum es in Deutschland als einzigem hochindustrialisiertem Land zu der besonders extremen Ausprägung des Nationalsozialismus, zu einem „Radikalfaschismus“ (Nolte) gekommen war. Diese Frage kann nur durch intensive komparative Arbeit geklärt werden, und zu dieser vergleichenden Forschung haben die großen

Strategen der Faschismus-Diskussion so gut wie nichts beigetragen. Man braucht sich z. B. nur die zahlreichen Veröffentlichungen einzelner Autoren durchzulesen, um festzustellen, mit welcher Eintönigkeit und Unergiebigkeit ein vulgärmarxistischer Ansatz, der für neue undogmatische Forschungsergebnisse völlig unzugänglich ist, mit minimalen Varianten wiederholt wird. Auf diese und ähnliche Weise ist der ursprünglich aufklärerische Impuls von 1968 an den Dogmatismus verraten worden.

Zwei Ergebnisse der allgemeinen Kontroverse über Nationalsozialismus und Faschismus wird man heute festhalten dürfen: Zum ersten kann man auf einen idealtypisch scharf zugespitzten Sammelbegriff für die gegen den Kommunismus und den Kapitalismus, gegen die Kriegsniederlage und die politische Ordnung nach 1918/19 gerichteten „rechtsradikalen“, antidemokratischen, antiliberalen und antiparlamentarischen Protestbewegungen unter der Leitung hervorgehobener Parteiführer nicht verzichten. Ein exakt definierter Faschismusbegriff ist daher trotz aller ideologischen Überfrachtung, wie sie politischen Kampfbegriffen in der Regel eigen ist, mangels überlegener Begriffe ein unentbehrlicher Bestandteil des kategorialen Apparats der Forschung. Ohne einen solchen Idealtypus sind gerade vergleichende Analysen kaum möglich, ganz gleich, ob sie nun die Annäherung oder sogar Kongruenz der untersuchten Realitätsbereiche mit dem Idealtypus oder die Entfernung und den Zwang zur Umformulierung des Idealtyps ergeben mögen. Zum zweiten kann eine seriöse historische Faschismustheorie, die über das heuristische Instrument eines Idealtypus hinausgelangt, nur dann zustande kommen, wenn anstelle der Fixierung allein auf den Nationalsozialismus die beiden autonom bzw. mit Hilfe der typischen Koalition mit alten Machteliten zur Macht gelangten „Faschismen“: der italienische und der deutsche, unter vergleichenden Fragestellungen, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede pointiert hervorheben, weiter erforscht und in synthetischen Darstellungen erfaßt werden. Von dieser Basis aus muß dann erneut der Frage nachgegangen werden, ob wir wirklich von einer Vielzahl von faschistischen Bewegungen „in ihrer Epoche“ zwischen 1918 und 1945, ja darüber hinaus mit stichhaltigen Gründen sprechen können.

Chancen einer Synthese konkurrierender Ansätze

Schließlich scheint auch inzwischen der Zeitpunkt herangekommen zu sein, wo es nicht mehr genügt, die Unterschiede zwischen den rivalisierenden Ansätzen (Totalitarismustheorie, „Hitlerismus“, Revisionismus) immer wieder zu unterstreichen. Die Fronten sind allmählich jedermann bekannt, der ritualisierte Schlagabtausch wird nicht nur langweilig, sondern er führt vor allem wissenschaftlich nicht weiter. Die Frage lautet daher, ob es nicht ein systematisches Erklärungsangebot gibt, das eine gewisse Verknüpfung der konkurrierenden Interpretationen erlaubt und selbstverständlich mit den Ergebnissen der historischen Filigranarbeit kompatibel sein muß. Nachdem ältere Anregungen von Franz Neumann in seinem „Behemoth“ (deutsche Ausgabe erst Frankfurt 1977) und von Joseph Nyomarkay (Charisma and Factionalism in the Nazi Party, 1967), die beide auf Max Webers Konstrukt der charismatischen Herrschaft zurückgegriffen haben, von der internationalen Forschung nicht gebührend berücksichtigt worden sind, hat M. Rainer Lepsius in letzter Zeit mehrfach an die Weberische Politische Soziologie angeknüpft (z. B. in seinem Beitrag in: J. Linz u. A. Stepan [Hrsg.], *The Breakdown of Democratic Regimes; Europe, Baltimore 1978*; ebenso in seinem Vortrag auf dem Münsteraner Historikertag 1982) und eine sinnvolle Diskussions- und Forschungsstrategie vorgeschlagen. Einmal ist der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die NSDAP immer auch Hitler-Bewegung, der NS-Staat stets auch der „Staat Hitlers“, die Außenpolitik in der Tat eine Domäne der Entscheidungen Hitlers war. Die erste Aufgabe besteht deshalb darin, den Aufbau des Charismas, das Hitler nicht frühzeitig umgab, sondern das er erst allmählich entwickelte und maximal optimierte, bis er als unbestrittener „Führer“ an der Spitze von Bewegung und Staat stand, historisch-systematisch zu analysieren.

Es bleibt unverändert eine spannende Arbeit, den Weg des „böhmischen Gefreiten“, der trotz der unglaublichen Verluste des deutschen Führungspersonals nach vier Jahren Krieg noch nicht einmal zum Unteroffizier befördert worden war, unter diesem Gesichtspunkt des teils instinktiv, teils planmäßig verfolgten Ausbaus seines Charismas, der erfolgreichen Ausnutzung und des außergewöhnlich spät einsetzenden Verfalls in dem Vier-

teljahrhundert nach dem Ersten Weltkrieg zu verfolgen. Insofern könnte den Vorstellungen derjenigen Schule, die von der zentralen Rolle Hitlers ausgeht, innerhalb systematischer Grenzen Rechnung getragen werden.

Zum zweiten könnte das mit den Verfechtern der nationalsozialistischen „Polykratie“ — ein Theorem, das sich als außerordentlich stimulierend erwiesen hat — auch geschehen, da der Kampf der verschiedenen Machtzentren im NS-Regime geradezu als systemeigene, notwendige Voraussetzung für den über dem Streit der Parteien thronenden, gewissermaßen als Unparteiischer in letzter Instanz durch „Führerbefehl“ entscheidenden Charismatiker angesehen werden kann. Daß der Nationalsozialismus in seiner Regime-Phase ausgeprägt totalitäre Züge besaß, scheint evident zu sein. Daher ließen sich auch nicht wenige der Argumente, die vor allem Bracher für die historische Natur der „deutschen Diktatur“ vorgetragen hat, in diesem Rahmen berücksichtigen.

Von einem historisch spezifizierten Interpretationsmodell der Entstehung und Ausübung charismatischer Herrschaft in dem oben mit äußerster Knappheit umrissenen Sinn läßt sich m. E. eine tragfähige Synthese erwarten. Und heutzutage steht hierzulande nicht die 333. Spezialmonographie, sondern vor allem die überzeugende Synthese der immer weiter ausufernden, kontrovers beurteilten Forschungsergebnisse auf der Tagesordnung.

Mit diesem Plädoyer soll nicht einer Harmonisierung, die womöglich unaufhebbare Unterschiede überspielt, das Wort geredet werden. Auch mag sich die vorgeschlagene Synthese als Weg in eine falsche Richtung erweisen oder einer überlegenen weichen müssen. Unstreitig aber besteht der Anspruch des „gebildeten Laien“, erst recht des interessierten Studenten, Schülers, Lehrers und Fachwissenschaftlers zu Recht, daß ihm eine stringenten, systematischen Gesichtspunkten folgende historische Synthese anstelle der zahllosen, in ihrem Wert an sich unbestrittenen Spezialistenergebnisse geboten wird. Darauf sollte sich die Anstrengung der kompetenten Sachkenner richten, nicht zuletzt auch aus dem Grund, daß sonst das Bedürfnis nach Gesamtinterpretation durch populärwissenschaftliche Surrogate befriedigt wird.

Die öffentliche Verantwortung der Fachwissenschaften

Diese Gefahr lenkt auf einen anderen wichtigen Gesichtspunkt hin: Die Geschichtswissenschaft ist der politischen Öffentlichkeit solche zusammenfassenden Darstellungen schuldig, da der inflationierte faschismustheoretische Jargon in den vergangenen Jahren in die Sprache von politischen Studentenverbänden, von Redakteuren, von Lehrern usw., mithin in die Sprache von meinungsbildenden Gruppen eingesickert ist. Oft ist von dem ursprünglichen theoretischen Anspruch nurmehr ein geradezu pseudomarxistischer kruder Restbestand von Vorstellungen übriggeblieben, etwa im Sinne einer plumpen Agententheorie, wonach „die“ kapitalistischen Interessenaggregate „die“ Politiker eine mehr oder minder autoritäre Politik hinter der Fassade des demokratischen Verfassungsstaats betreiben lassen, und das Abgleiten in einen neuen Faschismus lauert dann stets in der nächsten Krisensituation. Es gibt z. B. seit geraumer Zeit in gewerkschaftlichen Akademien und Zeitungen einen erbitterten Streit zwischen orthodoxen kommunistischen Politikwissenschaftlern einerseits, die in einem „faschismustheoretischen“ Rahmen und mit tollkühner Simplifizierung, aber in einer eingängigen, die Problemkomplexität auf ein Minimum reduzierenden Sprache vielgelesene Darstellungen zur Geschichte der SPD und der Gewerkschaften geschrieben haben. Ihnen stehen andererseits wenige sachkundige Historiker und Sozialwissenschaftler gegenüber, die diesen alle historische Realität verfälschenden Klischees energisch entgegentreten. Eine solche notwendige Auseinandersetzung wird u. a. dadurch erschwert, daß es aus der Feder führender Vertreter der „Revisionisten“ unter den Zeithistorikern keine knappen, in klarem Stil geschriebenen Darstellungen gibt, die bei einer derartigen Kontroverse äußerst nützlich wären. Die Konsequenz ist, daß platten Vorurteilen und wirklichkeitsfernen Stereotypen das Feld häufig allein überlassen bleibt.

Ähnlich kann man bei Diskussionen mit Schülern und Studenten die Erfahrung machen, daß abgesackte Elemente der Faschismustheorien ganz unbefangen für die Wahrheit und nichts als die Wahrheit gehalten werden. Die Denkfiguren sind so bequem, das intellektuelle Niveau der „Beweise“ gestattet jedermanns Teilnahme, eine kräftige Schwarz-Weiß-Zeichnung fordert zur Identifizierung mit den Guten, zum Abscheu gegen

die Volksverderber auf. Gegen die daraus resultierende Arroganz der „schrecklichen Vereinfacher“ ist manchmal, zumal wenn sie in ihrer Heilsgewißheit den Lauf der Geschichte zu kennen vermeinen, selbst mit den besten Argumenten nicht leicht anzukommen. Gewiß, man sollte derartige Erscheinungen nicht übermäßig dramatisieren. Aber da die kritisierten Pseudatheorien insbesondere dem Anfänger, dem Unwissenden, dem unsicher Suchenden ein festes Leitseil an die Hand geben, ist es mit vornehmer Zurückhaltung oder dem Vertrauen darauf, daß der Weg in die Sackgasse die meisten schon kurieren werde, nicht getan. Dies gilt auch deshalb, weil weite Kreise der „Grünen“ und „Alternativen“ ebenfalls zu einer Dämonisierung „des“ Kapitalismus und zu politischen Agententheorien neigen. Das läßt sich dann leicht mit einer faschismustheoretischen „Perspektive“ verbinden, so daß von der Kontinuität des Bösen eine gewisse Suggestion ausgeht.

Man möchte sich daher mehr Fachwissenschaftler wünschen, die den Mut zur (immer vorläufigen) Synthese besitzen, öffentlich ihre Stimme erheben und sich des Forums der verschiedenen Medien bedienen, um den Ergebnissen einer freien, undogmatischen Geschichtswissenschaft zu ihrer aufklärenden Wirkung zu verhelfen. Dieses Engagement ist auch deshalb geboten, weil sich das Verhältnis der politischen Generationen in der Bundesrepublik grundlegend verschoben hat. Um 1970 konnte man — grosso modo — drei politische Generationen unterscheiden: eine erste, welche das Ende des Kaiserreichs und die Weimarer Republik, dann vor diesem Hintergrund den Nationalsozialismus und die Folgezeit erlebt hatte. Eine zweite Generation war stärker durch die Jahre des NS-Regimes, vor allem durch die Kriegs- und Nachkriegsjahre geprägt worden. Eine dritte Generation schließlich hatte einige Jahre im Jungvolk oder in der Hitlerjugend, Flucht, Hunger und dann die Aufstiegsphase der Bundesrepublik als formende Periode erlebt. Diese Koexistenz unterschiedlichster Generationenerfahrungen erzeugte manche Spannung, aber es gab auch einen gemeinsamen Nenner: Man konnte das Leben in einem liberaldemokratischen Verfassungs- und Rechtsstaat während einer langen Dauerkonjunktur mit den beiden schlimmen Jahrzehnten vor 1949 vergleichen. Nur die Borniertheit eines NPD- oder KPD-

Anhängers konnte die Lektion ignorieren, welche durch die eigene Lebenserfahrung vermittelt worden war.

Inzwischen stellt, sozialstatistisch gesehen, die politische Generation der nach der Währungsreform und neuen Staatsgründung Geborenen die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung. Machtergreifung, Hitler-Diktatur, totaler Krieg — das alles sind jetzt sekundäre Erfahrungen, die durch den Schulunterricht, das Studium, die Medien gefiltert und weitergegeben werden. Mag dieser Unterricht auch

noch so gut, eine Fernsehsendung über das „Dritte Reich“ auch noch so zuverlässig sein — direkte Erfahrungen lassen sich nicht an die folgenden Generationen weitergeben, unvermeidbar bleiben auch größere Hohlräume als früher bestehen, in die alte und neue Irrlehren eindringen können. Daß dieses Vakuum durch ein freiheitlichen, undogmatischen Wertmaßstäben verpflichtetes, klar geordnetes Orientierungswissen gefüllt wird, ist auch eine wichtige Aufgabe des öffentlich tätigen Historikers und historisch denkenden Sozialwissenschaftlers.

Unvergleichbare Konstellationen: 1929/1933 und heute

Das zugrundeliegende Problem, daß Nationalsozialismus und „Radikalfaschismus“ für viele inzwischen einer fernen Welt angehören, jedoch durch einige faschismustheoretische Tuschenspieler-Kunststückchen in die unmittelbare Gegenwart verlängert werden, könnte sich bald in neuer Schärfe stellen, wenn die ökonomische Krisenzeit anhält, die Arbeitslosigkeit steigt, die Verteilungskämpfe härter werden und dadurch die Funktions- und Lernfähigkeit des politischen Systems auf eine Belastungsprobe gestellt wird, wie es sie in dieser Form seit 1949 vermutlich noch nicht gegeben hat. Das könnte (zu Recht) der Kapitalismuskritik neuen Auftrieb geben, dann aber ist der Faschismusverdacht nicht mehr weit. Gegenüber einer so kurzschlüssigen Verbindung kann nicht nachdrücklich genug auf den prinzipiellen Unterschieden zwischen der Zeit vor 1933 und der Gegenwart bestanden werden.

Max Horkheimer hat in einer viel zitierten Formulierung geurteilt, daß vom Faschismus schweigen solle, wer nicht zugleich vom Kapitalismus reden wolle. Jeder, der mit der jüngeren deutschen Geschichte vertraut ist, weiß, daß vom Nationalsozialismus auch schweigen sollte, wer nicht den Einfluß und die prägende Kraft traditionaler, vorindustrieller Faktoren hoch zu veranschlagen bereit ist. In Deutschland ist nicht eine auf erfolgreichem Industriekapitalismus aufruhende „bürgerliche Herrschaft“ in den Faschismus umgekippt, sondern ein Defizit an Bürgerlichkeit, an bürgerlichem Parlamentarismus und an fest verankerter bürgerlicher politischer Kultur hat auf den Weg in den Abgrund geführt. Noch einmal ist daran zu erinnern, daß Deutschland das einzige zivili-

satorisch und industriell hochentwickelte Land des okzidentalten Kulturkreises gewesen ist, das einen Nationalsozialismus hervorgebracht hat. In Italien gab es zur Zeit von Mussolinis Machtergreifung nur in Oberitalien größere Industrieregionen, und Faschismustheorie als Kapitalismuskritik trifft nach meinen Begriffen in Italien auf vergleichbare Schwierigkeiten wie in Deutschland. Dort ist wegen der Zähmungillusionen der traditionellen Machteliten, dank der Steigbügelhalter aus dem Großagrariertum, der Bürokratie, der Schwerindustrie, der Reichswehr, der protestantischen Geistlichkeit und Professorenschaft Hitler in den Sattel gehoben worden. Reiten konnte er dann weit besser als diejenigen, die ihn gut konservativ hatten einrahmen und die Dynamik seiner Bewegung auf ihre Mühlen leiten wollten. Ohne den Klassen- und Gruppenegoismus dieser politisch zählebigen und ihren Einfluß kompromißlos verteidigenden Koalitionspartner des „großen Trommlers“ wäre die „Machtergreifung“ nicht so zustande gekommen, wie sie Ende 1933 erfolgt ist.

Die tiefe Krise der kapitalistischen Industriegesellschaft seit 1929 reicht, so verhängnisvoll ihr Einfluß auch gewesen ist, als Erklärung für den nationalsozialistischen Aufstieg nicht aus. Vergleichbare Depressionserscheinungen gab es in den anderen Industriestaaten auch. Aber die politische Kultur und das Institutionengefüge, das Parteiensystem und die Mentalität der Führungsgruppen in England, Frankreich und Amerika wurden mit den Problemen innerhalb des etablierten politischen Systems einigermaßen fertig. Also müssen entscheidende Erklärungsmomente ganz offensichtlich nicht in den Gemeinsamkeiten

der industriewirtschaftlichen Krisenära, auf die politisch so unterschiedlich reagiert werden konnte, sondern in nationalhistorischen Unterschieden gesucht werden.

Ausschlaggebende Faktoren, die diesen Unterschieden ihr Gepräge gegeben haben, sind jedoch in der Bundesrepublik nicht mehr vorhanden. Es gibt keinen preußischen Militarismus mehr, keine Junkercliquen, keine Staatsvergottung durch Geistlichkeit und Hochschullehrer, kein Übergewicht der Schwerindustrie in politischen Entscheidungsprozessen. Es fehlt auch ein vergleichbarer Stachel wie die Niederlage von 1918 nach all den phantastischen Kriegszielträumen, denn die totale Niederlage nach dem zweiten totalen Krieg war zu eindeutig, als daß sie durch neue Legenden hätte in Frage gestellt werden können; es gibt kein verhaßtes „System von Versailles“, kein Reparationsproblem, keinen nostalgischen Rückblick auf das braune Reich wie damals auf das verklarte Kaiserreich. Gewiß, nur um den Preis des NS-Regimes, des Zweiten Weltkriegs, der territorialen Zerstückelung und der millionenfachen Vertreibung in der Nachkriegszeit ist der westdeutsche Staat einen gut Teil der Probleme losgeworden, welche das erste Demokratieexperiment erdrückt haben. Unstreitig aber hat die Bundesrepublik im Effekt dadurch ungleich günstigere Startbedingungen besessen und — von der Weltpolitik und Prosperität des ökonomischen Aufschwungs begünstigt — inzwischen Leistungserfolge vorzuweisen, die ihr dreißig Jahre lang eine auffallende Stabilität verliehen haben. Es ist keine vermessene Annahme zu glauben, daß diese Stabilität auch erheblichen Belastungen gewachsen sein wird.

Blickt man z. B. auf die Lebensverhältnisse der sieben Millionen offiziell erfaßten Arbeitslosen nach 1929 mit ihrem hohen Anteil von Dauerarbeitslosen und denkt man an die Dunkelziffer der unbekanntenen Arbeitslosen, die ihren degradierenden Zustand nicht weitermeldeten, tritt der Unterschied im Vergleich mit der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit scharf zutage. Nicht der geringste Zweifel ist erlaubt, daß Arbeitslosigkeit immer eine deprimierende Erfahrung bedeutet. Aber das „soziale Netz“ von heute fängt Arbeitslose ganz unvergleichlich besser auf als die kümmerlichen Sozialleistungen nach dem „schwarzen Oktober“ von 1929. Strukturelle Arbeitslosigkeit effektiv zu bekämpfen, wirft offenbar immer schwierigere Probleme auf. Aber die Schwierigkeiten werden mit einem

ganz anderen Problembewußtsein, gerade auch im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit der gesellschaftlichen und politischen Verfassung der Bundesrepublik, angegangen als etwa zu Brünnings Zeiten, der die klar vor Augen gestellte Alternative einer antizyklischen Konjunkturpolitik verwarf und auf seinem deflationären, krisenverschärfenden Kurs beharrte, um mit dem Hinweis auf die inneren Schwierigkeiten außenpolitische Erfolge — die Lösung der Reparationsfrage, allmählich auch die Revision des „Versailler Systems“ — erzielen zu können; den Preis der inneren Radikalisierung nahm er bewußt in Kauf, damit aber trug er maßgeblich dazu bei, der NSDAP den Aufstieg bis dicht vor die Traumgrenze der absoluten Mehrheit im Reichstag zu erleichtern.

Heute dagegen ist allen Politikern im Bonner „Korridor der Macht“ die polarisierende Wirkung von Wirtschaftskrisen, ihre Begünstigung von Rechts- und Linksextremismus bewußt, und diese Einsicht hat den politischen Entscheidungsprozeß mitzubestimmen. Selbst einem antediluvianischen Wirtschaftsliberalismus, der neuerdings wieder Lebenszeichen von sich gibt, kann an einer millionenstarken „industriellen Reservearmee“ nicht gelegen sein.

Mit anderen Worten: Nicht nur die Historiker erliegen manchmal der Berufskrankheit des falschen historischen Analogieschlusses, sondern auch in der öffentlichen Debatte spielen voreilige, in die Irre führende Analogien keine geringe Rolle, wie wir immer wieder beobachten können. Ein schwerer Konjunkturreinbruch bedeutet noch nicht eine Weltwirtschaftskrise; die gegenwärtige Arbeitslosigkeit ist trotz aller Härten, die sie insbesondere für Jugendliche und ältere Menschen besitzt, mit der Hoffnungslosigkeit von Millionen in den frühen dreißiger Jahren nicht zu vergleichen; die politische Wachsamkeit und die Interventionsbereitschaft sind in einem grundverschiedenen Maße stärker ausgeprägt als damals. Auch wenn die ökonomische Depression anhalten und sich noch verschärfen würde, die sozialen und politischen Probleme weiter zunehmen, stünde dennoch kein zweiter Nationalsozialismus vor der Tür. Die Geschichte wiederholt sich nicht, und als der kurzlebige Erfolg der NPD die Cassandra rufe lauter werden ließ, traf doch — um Marx' boshaften Kommentar über Napoleon III. abzuwandeln — für den zweiten Adolf (v. Thadden) zu, daß er nur eine kümmerliche Farce im Vergleich mit dem grauerregenden ersten zu spielen imstande war.

Wachsamkeit gegenüber neuen Gefahren

Weil sich die Geschichte nicht wiederholt, führen auch diejenigen Faschismustheorien ins Abseits, die aus einer Wirtschaftskrise gleichsam automatisch ein faschistisches Herrschaftssystem hervorgehen sehen. Ja nicht nur das: Solche Vorstellungen machen geradezu blind für neue Gefahren, die mit dem an seine Zeit gebundenen Nationalsozialismus wenig oder nichts zu tun haben. Denn selbstverständlich wäre der Hochmut, daß die Bundesrepublik gegen jede neue Gefahr gefeit sei, von Übel und könnte sich schneller als erwartet als politisch folgenschwere Fehlkalkulation erweisen. Die Janusköpfigkeit des Industriekapitalismus besteht unverändert fort: Er kann ungeahnten Wohlstand hervorbringen, aber andererseits ist seine Fähigkeit noch längst nicht erschöpft, durch ökonomische Krisen soziale Labilität zu erzeugen und über kurz oder lang die Funktionstüchtigkeit des politischen Systems härtesten Belastungsproben auszusetzen. Es mag dann ein Abgleiten in einen autoritären Interventionsstaat geben, der mit dem Nationalsozialismus

nichts gemein hätte, trotzdem aber den demokratisch-parlamentarischen Verfassungsstaat und die Lebensformen einer freiheitlichen Gesellschaft von innen aushöhlen könnte. Kritische Wachsamkeit muß daher auch heute unentwegt von der Öffentlichkeit und allen auf Geschichte und Gegenwart bezogenen Wissenschaften erwartet werden. Selbstgefällige Zufriedenheit ist gegenüber den anstehenden Problemen die am allerwenigsten angebrachte Einstellung. Die wissenschaftlich zuverlässig überprüfte Erinnerung an die Vergangenheit, auch an die Bedingungen des Aufstiegs und an die Regimezeit des Nationalsozialismus, kann das Problembewußtsein wachhalten und schärfen. Aber sie sollte nicht dazu führen, daß man sich auf die Wiederkehr des Gleichen einstellt, sondern muß dazu beitragen, daß auf nur teilweise vergleichbare Krisenbedingungen, die neue Probleme heraufbeschwören, angemessen reagiert werden kann, ohne daß die Substanz der Bundesrepublik irreparablen Schaden erleidet.

Heinrich August Winkler: Wie konnte es zum 30. Januar 1933 kommen?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 4-5/83, S. 3-15

Die nationalsozialistische „Machtergreifung“ war weder ein Betriebsunfall der deutschen Geschichte noch ihr logischer Endpunkt. Es gab historische Vorbelastungen aus der Zeit des Obrigkeitsstaates, ohne die das Scheitern von Weimar gar nicht zu verstehen ist. Aber aus autoritären Traditionen allein läßt sich Hitlers Aufstieg zur Macht nicht erklären. Zu den Bedingungen seines Erfolges gehört auch jene Teildemokratisierung des Obrigkeitsstaates, die mit der Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts durch Bismarck begann.

Die meisten Historiker sind sich heute darin einig, daß viele Schwächen der Weimarer Republik auf Entscheidungen zurückgehen, die in der Gründungsphase dieses Staates fielen. Die Stützen der wilhelminischen Gesellschaft konnten wichtige Machtpositionen in die Republik hinüberretten, aber Stützen des demokratischen Deutschland wurden sie nicht. Die Kriegsschuld der kaiserlichen Führungsschicht wurde nach 1918 verdrängt; infolgedessen unterblieb neben dem gesellschaftlichen auch der moralische Bruch mit dem alten Regime.

Der Obrigkeitsstaat wirkte nicht nur in den Parteien fort, die sich nach ihm zurücksehnten, sondern auch bei denen, die sich zur demokratischen Republik bekannten. Die Abneigung gegen Kompromisse stammte aus der Zeit, in der die Parteien noch keine politische Verantwortung zu tragen hatten. Der Präsidialstaat, der 1930 aus dem Scheitern des Parteienstaates hervorging, ignorierte die Massenstimmung und begünstigte dadurch das Anwachsen des Nationalsozialismus. Aber Hitler kam nicht auf Grund eines strahlenden Wahlerfolges an die Macht, sondern weil Teile der alten Machtelite den radikalen Bruch mit Weimar wünschten und weil ein solcher Bruch einen Rückhalt in den Massen brauchte. Hitler war der einzige Kandidat für eine solche „Krisenlösung“.

Arno Klönne: Hitler-Jugend und Jugendopposition im Dritten Reich

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 4-5/83, S. 17-25

Bei der zeitgeschichtlichen Erforschung der deutschen Zustände „unter dem Hakenkreuz“ ist die Frage nach dem Leben der Jugend, nach der Bedeutung der „Hitler-Jugend“ und nach dem Stellenwert jugendlicher Opposition gegen den NS-Staat zumeist vergleichsweise unzureichend behandelt worden. Seit etlichen Jahren aber wenden sich wissenschaftliche Publizistik und politische Bildung diesem Thema verstärkt zu. In diesem Beitrag werden bisherige Ergebnisse der Aufarbeitung der Geschichte der Jugend im Dritten Reich skizziert; auf weitere Forschungsperspektiven wird hingewiesen.

Wie erklärt sich die Unterschiedlichkeit oder Widersprüchlichkeit der Erinnerungen damals Beteiligter an ihre Zeit in der Hitler-Jugend? Wo liegen die Gründe für die Attraktivität der NS-Jugendorganisation gerade in den ersten Jahren nach 1933? Wie kam es zum Wandel von der „nationalen Jugendbewegung“ zur reglementierten Staatsjugend?

Es wird dargelegt, daß die vom NS-Staat verordnete Hitlerjugend-Sozialisation bei nicht unerheblichen Teilen der nachwachsenden Generation „mißlang“, daß sich in verschiedenen Phasen und aus verschiedenen Richtungen eine jugendliche Opposition entwickelte, die nicht zuletzt auch eine Reaktion auf den Staatsjugenddienst, auf den Verlust an jugendlichen Freiräumen war. Der NS-Staat sah in dieser Widerständigkeit von Jugendlichen und Jugendgruppen eine Bedrohung seines Herrschaftsanspruchs.

Helga Grebing: Flucht vor Hitler? Historiographische Forschungsergebnisse über die Aussichten des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen die Nationalsozialistische Machtübernahme

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 4-5/83, S. 26—42

Im ersten Teil des Aufsatzes werden die Auffassungen von Zeitzeugen und Historikern über die Möglichkeiten und die Erfolgsaussichten eines Widerstandes des demokratischen Teiles der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, insbesondere am und nach dem 20. Juli 1932 — dem Tag des Staatsstreichs des damaligen Reichskanzlers v. Papen gegen Preußen — untersucht. Während die überwiegende Argumentation darauf hinausläuft, daß ein Widerstand nicht nur nötig, sondern auch möglich gewesen ist, wenn auch wahrscheinlich ohne Erfolg, haben nur wenige Zeitzeugen und Historiker Bedenken gegenüber dieser Interpretation geäußert und dabei u. a. auf die verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise auf die Kampffähigkeit der Arbeiterbewegung hingewiesen. Ausgehend von diesen Hinweisen wird die methodische Basis der Argumentationsweise, die mehr oder weniger einschränkungslos einen Widerstand für möglich hält und deshalb der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften Versagen vorwirft, kritisch untersucht. Dabei zeigt sich, daß Einzelzeugnisse überbewertet worden sind und Handlungszwänge, Situationsspezifika und ganze, außerordentlich handlungsdeterminierende Bereiche wie z. B. die Politik der KPD in ihrer Bedeutung ununtersucht bleiben oder ausgeblendet werden.

Im zweiten Teil ihres Aufsatzes versucht die Verfasserin die Richtung anzugeben, die eingeschlagen werden müßte, um die festgestellten Defizite zu korrigieren: 1. Orientierung der Forschungen von den Metropolen weg zur Provinz (beides nicht räumlich, sondern strukturell gemeint); 2. Untersuchung der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Arbeiterschaft und ihre Organisationen; 3. Darstellung der politischen Krisenhaftigkeit insbesondere des Jahres 1932; 4. Unterscheidung von Kampfbereitschaft und Kampfwillen von der Kampffähigkeit für einen Bürgerkrieg und in diesem Zusammenhang eine Untersuchung der Einstellungen der Arbeiter zu ihren Organisationen; 5. Klärung des Ausmaßes der Fragmentierung der Arbeiterbewegung; 6. Summierung und Gewichtung der faktisch bürgerkriegsähnlichen Bedingungen, unter denen seit Oktober 1930 zunehmend jede politische Betätigung der Arbeiterbewegung stand.

Dennoch, so die These der Verfasserin, gab es keine Flucht vor Hitler, sondern Widerstand, wenn auch nach eigenen Gesetzen und einen anderen, als die Historiker überwiegend erwarten — einen Widerstand, der die abfällige Kennzeichnung als „Scheinaktivität“ und „Scheinradikalismus“ nicht verdient. In diesem Zusammenhang wird versucht zu erklären, warum die Abneigung gegen die Anwendung von Gewalt in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung eher zugenommen hat und warum eine Art gegenseitiger Handlungs lähmung zwischen „Führern“ und „Massen“ angenommen werden kann. Abschließend wird auf die strukturell negativen Bedingungen der Weimarer Demokratie für die Durchsetzung der Ziele der Arbeiterbewegung eingegangen und verdeutlicht, daß unter diesen Bedingungen und in der konkreten Situation des Endes der Weimarer Republik von der demokratischen Arbeiterbewegung ein hohes Maß an Verantwortung für die Republik übernommen worden ist.

Hans-Ulrich Wehler: 30. Januar 1933 – Ein halbes Jahrhundert danach

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 4-5/83, S. 43—54

Die Nachkriegs-Reaktionen auf das Dritte Reich können mit drei Begriffen beschrieben werden: „Entnazifizierung“ und „Reeduktion“ bezeichneten die Bemühungen der Besatzungsmächte um eine angemessene demokratische Reaktionsweise; auf deutscher Seite bildete die Formel von der „Bewältigung der Vergangenheit“ den Versuch, die politische Moral mit den Notwendigkeiten der Schaffung neuer Institutionen und ihrer alsbaldigen effektiven Arbeit miteinander in Einklang zu bringen. Die Studie zeigt, daß der institutionellen Funktionsfähigkeit allzuoft Priorität eingeräumt wurde gegenüber der in der politischen Rhetorik so häufig beschworenen „Bewältigung der Vergangenheit“. Jene damals weitgehend unterbeliebene moralische Zäsur fand erst eine Generation später 1968/69 statt; sie ist in ihren Ausläufern des Jugendprotestes noch heute zu spüren.

Der zweite Teil der Arbeit widmet sich den wissenschaftlichen Interpretationen der NS-Zeit. Hier werden die unterschiedlichen Forschungsansätze und die daraus entstandenen Kontroversen in einem Überblick geschildert. Als Quintessenz erscheint dem Verfasser nicht eine Weiterführung der Spezialforschungen über das Dritte Reich Priorität zu besitzen, sondern eine Zusammenfassung der vorhandenen Ansätze. Damit würde die Geschichtswissenschaft sowohl ihrer Verantwortung gegenüber ihrem Forschungsgegenstand gerecht wie auch den Notwendigkeiten politischer Bildung.